



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



V.l.: Dr. Johann Keller, Geschäftsführendes Präsidialmitglied; Landrat Franz Löffler, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag; Kerstin Schreyer, MdL, Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr; und Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags.
Bild: Bayerischer Landkreistag

Staatsministerin Schreyer beim Bayerischen Landkreistag:

Drei Säulen eines zukunftsfähigen ÖPNV

Bedarfsgerechtigkeit, Finanzier- und Umsetzbarkeit

„Zweifelsohne hat der ÖPNV im Freistaat Bayern durch die Bedeutung, die ihm die Bayerische Staatsregierung unter Ministerpräsident Dr. Markus Söder seit 2018 zugemessen hat, einen enormen Schub erhalten. Corona bedeutet aber gleichzeitig einen derartigen Dämpfer, dass man sich heute leider die Frage stellen muss, was man sich überhaupt noch leisten kann? Um den ÖPNV zukunftsfähig weiterzuentwickeln und zu planen, brauchen wir eine langfristige Antwort auf die Finanzierungsfrage“, so Landrat Franz Löffler, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag.

Angesichts eines dramatischen Rückgangs der Fahrgastzahlen insbesondere im Regional- und Nahverkehr stehen die bayerischen Landkreise vor großen Herausforderungen.

Konjunkturpaket des Bundes

Hätte der Bund, der für den Öffentlichen Nahverkehr eigentlich nicht zuständig ist, im Rahmen seines Konjunkturpaketes vom Juni nicht 2,5 Milliarden Euro bundesweit für die Ausfälle im Öffentlichen Nahverkehr zur Verfügung gestellt, wäre die

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

8. Bayerisches BreitbandForum 2020:

Die digitale Kommune



Endlich gute Nachrichten! Wir haben ein offizielles „GO!“ und dürfen tagen, live und in echt. Wichtig: Um die Mindestabstände einzuhalten, dürfen wir nur eine begrenzte Besucherzahl zulassen. Vertreter*innen von Kommunen haben Vorrang. Für Infos, Essen und Hygienemaßnahmen sorgen wir, Sie denken bitte an Ihre Maske. Das 8. Bayerische BreitbandForum findet am 12. November 2020 im Amberger Congress Centrum ACC statt.

Die Bayerische GemeindeZeitung als Veranstalter lädt hierzu politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den bayerischen Regionen ein. Unsere Gäste aus Bayerns Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirken finden die exakt auf ihren Bedarf zugeschnittenen Lösungsangebote.

Bei der Versorgung der bayerischen Bevölkerung mit ausreichenden Kapazitäten für ein schnelles Internet stehen die hiesigen Kommunen vor sehr großen finanziellen, technischen und rechtlichen Herausforderungen. Dabei müssen sie mit dem Geld ihrer Bürger sorgsam wirtschaften. Die Bereitstellung von schnellem Internet ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Nur durch flächendeckenden hochbitratigen Breitbandanschluss kann echter Wettbewerb den Standort Bayern allgemein stärken. Es ist die Aufgabe der kommunalen Entscheidungsträger hierfür die beste Lösung zu finden und die Finanzierung sicherzustellen.

Informationen und Anmeldung:
<https://www.bayerisches-breitbandforum.de/>

Präsidium des Deutschen Städtetages:

Alarm in den Innenstädten

Mit der massiven Veränderung der Innenstädte und Stadtteilzentren durch Corona sowie dem Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder befasste sich der Deutsche Städtetag bei seiner jüngsten Präsidiumssitzung in Mannheim.

Fakt ist: Die Corona-Pandemie beschleunigt massiv den Trend zum Onlinekauf, gleichzeitig sinken die Umsätze in bestimmten Segmenten des stationären Einzelhandels rasant.

Corona-Pandemie als Katalysator

Dieser aktuelle Wandel trifft besonders Innenstädte und Stadtteilzentren. Für den Deutschen Städtetag ist dies eine be-

sorgniserregende und alarmierende Entwicklung, wie Verbandspräsident Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, konstatierte.

Aus seiner Sicht wirkt die Corona-Pandemie wie ein Katalysator: „Sie forciert den Onlinehandel und könnte viele Einzelhändler zur Geschäftsaufgabe zwingen. Eine große Zahl der Kaufhäuser ist in den vergangenen Jahren geschlossen worden. Handelsketten, gerade mit Tex-

Virtueller CSU-Parteitag:

Krise als Chance

„Vorsicht ist besser als Risiko“ lautete die Botschaft des Parteivorsitzenden und Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder beim virtuellen Parteitag der CSU. Söder mahnte zur Vorsicht und erinnerte an die Prioritäten im Umgang mit der Corona-Pandemie: **Bevölkerungsschutz, Erhalt von Arbeitsplätzen und Gewährleistung von Schule und Kita.**

In seiner Grundsatzrede vor rund 800 Delegierten betonte der CSU-Chef: „Klar ist, die Krise bietet auch Chancen. Deshalb gilt es jetzt, die besten Köpfe nach Bayern zu locken. Dafür werden im kommenden Jahr 700 neue Professuren geschaffen.“ Darüber hinaus bekannte sich Söder unmissverständlich zu Steuersenkungen: „Wir brauchen eine Steuerreform. Nicht Steuern rauf, sondern Steuern runter! Wir müssen Anreize setzen zum Investieren. Der Soli muss weg für alle!“

Konkret plädierte der Parteivorsitzende „für eine familienfreundliche Steuerpolitik, beispielsweise die Absetzbarkeit von Homeoffice“. Für die Unternehmen müsse es niedrigere Unternehmens- und Energiesteuern geben. „Und wir sollten die Kommunen an der Umsatzsteuer beteiligen.“ Schließlich würden sie noch lange unter dem Ausfall der Gewerbesteuer zu leiden haben.

Bekennnis zum Klimaschutz

Genauso klar bekannte sich Söder zum Klimaschutz, „der uns auch nach Corona noch lange beschäftigen wird. Der Klimawandel und seine Bekämpfung ist ein wichtiges Thema.“

Niemand dürfe Verschwörungstheoretikern und Rechtsextremisten nachgeben, die versuchen, die Verunsicherung und die Demokratie zu kapern, fuhr Söder fort. Für den (Fortsetzung auf Seite 4)

tilien, geben zunehmend Läden auf. Die Gastronomie verliert Kunden. Und Homeoffice macht einen Teil der Büroflächen womöglich überflüssig. Viele Einzelhändler und große Handelsketten warnen, dass sie ihre Mieten nicht mehr lange zahlen können.“

Dominoeffekte verhindern

Jung zufolge dürfen sich Leerstände in Fußgängerzonen und auf Einkaufsmeilen bundesweit nicht vermehrt ins Bild drängen. „Wir müssen jetzt handeln, um negative Dominoeffekte für das Umfeld zu verhindern. Geschäfte und Kaufhausfilialen brauchen schnell neue Nutzer. Deshalb fordern die Städte Bund und Länder auf, uns bei neuen, zukunftsfähigen Konzepten wirksam zu unterstützen.“

Die Städte erachten es als wichtig, dass alle relevanten Akteure miteinander beraten, wie die Innenstädte gestärkt werden können: Vertreter von Immobilien- und Wohnungswirtschaft (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Übel der Welt zieht sich heutzutage immer mehr in die Provinz zurück. Darum hat jetzt auch Passau zur besten Sendezeit in der ARD seinen Regionalkrimi. „Eine richtig tolle Werbung für eine schöne Stadt“, meint der Bürgermeister nicht ohne einen kleinen Anflug von Neid.S. 15

25 Jahre Bürgerbegehren in Bayern

Am 1. Oktober 1995 beschlossen Bayerns Bürger per Volksentscheid die Einführung der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene. Was damals hohe Wellen schlug, ist heute aus der politischen Landschaft nicht mehr wegzudenken. Seither wurden im Freistaat 3.241 Verfahren für Plebiszite auf kommunaler Ebene eingeleitet, die in 1.989 Bürgerentscheiden mündeten, teilte die Geschäftsführerin des Landesverbands Bayern von „Mehr Demokratie“, Susanne Socher, mit. Das entspricht 42 Prozent aller kommunalen Bürgerbegehren in Deutschland.

Gerade in den ersten Jahren kam es zu sehr vielen Bürgerbegehren (1996: 279, 1997: 271). Seitdem haben sich die Zahlen auf ein Mittel von 100 bis 130 Verfahren jährlich eingependelt. 130 Verfahren wurden in den vergangenen 25 Jahren durchschnittlich neu eingeleitet. Die 3.241 Verfahren unterteilen sich in zwei Verfahrenstypen: 2.637 Bürgerbegehren wurden per Unterschriftensammlung durch die Bürger eingeleitet, 604 Ratsreferenden wurden vom Gemeinderat initiiert. Spitzenreiter sind Augsburg (35 Verfahren), München (33), und Erlangen (23).

Von den eingeleiteten Verfahren kamen 1.989 zum Bürgerentscheid, also zur Abstimmung. Knapp die Hälfte (49,2 Prozent) wurden davon im Sinne des Begehrens abgestimmt. Zudem wurden 17,5 Prozent aller Bürgerbegehren für unzulässig erklärt und 14,3 Prozent endeten in einem Kompromiss zwischen Initiatoren und Gemeinderat.

Je kleiner die Gemeinde, um so höher die Wahlbeteiligung

Bei den Abstimmungen lag die Beteiligung bei durchschnittlich 54,4 Prozent der Abstimmungs-

berechtigten. In Gemeinden mit bis zu 5.000 Einwohnern liegt sie deutlich höher (58,5 Prozent). In Städten zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern stimmten durchschnittlich noch 32,8 Prozent und ab 500.000 Einwohnern nur noch 26,0 Prozent ab.

Ein Viertel der Verfahren (26,3 Prozent) bildeten Wirtschaftsprojekte (z.B. Einkaufszentren, Gewerbegebiete), ein weiteres Fünftel Verkehrsprojekte (20,3 Prozent). Aktuell ist zudem eine verstärkte Verknüpfung mit umweltpolitischen Themen erkennbar: Gerade in den Jahren 2019 und 2020 fanden besonders viele Radentscheide statt. An dritter und vierter Stelle standen öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen (z.B. Schulen, Bäder) mit 15,6 Prozent sowie öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen wie Rathäuser und Stadtwerke mit 11,6 Prozent. DK

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Klimaschutz braucht konkrete Vorgaben.	2
Bürgerschaftliches Engagement stärken	2
Kindergesundheit Schwerpunktthema 2021	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle:	
Keine Toleranz für Hassreden und Beleidigungen.	3
Förderbescheide für Heimatkampagne	3
Freiheit wird in den Kommunen verteidigt	5
Kommunale Bauthemen.	5 - 8
Abfall · Umwelt	9 - 10
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau · Friedhofsgestaltung	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Expertenanhörung zum Klimaschutzgesetz im Landtag:

Klimaschutz braucht konkrete Vorgaben

Mit dem Dreiklang aus Klimaschutzgesetz, Maßnahmenpaket und Investitionen soll Bayern bis spätestens 2050 das erste klimaneutrale Bundesland werden. Im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz diskutierten zehn Experten mit den Abgeordneten, wie dieses Ziel auf Basis des Klimaschutzgesetzes erreicht werden kann.

Die Experten im Umweltausschuss lobten die Offensive Bayerns, als elftes Bundesland ein Klimaschutzgesetz auf den Weg zu bringen. Doch sie waren sich auch darin einig, dass im Gesetzentwurf noch zusätzliche Aspekte berücksichtigt werden sollten. Dazu zählen beispielsweise Controlling, Reporting, Monitoring und die Möglichkeit nachzubessern. Dr. Johannes Gnädiger, Geschäftsführer der Prof. Schaller Umwelt-Consult GmbH, betonte: „Wir brauchen eine zentrale Stelle, die überwacht, ob Zielvorgaben erfüllt werden und eventuell gesteuert.“

Konnexitätsprinzip

Der Sachverständige ging ausführlich auf die Relevanz des Gesetzentwurfs für die Kommunen ein. Beispielhaft zitierte er aus der Bayerischen Gemeindezeitung (<https://www.gemeindezeitung.de/archiv/2020/GZ-15-16-2020.PDF>), in der Stefan Graf, Direktor des Bayerischen Gemeindetags, die Problematik des Konnexitätsprinzips in diesem Zusammenhang erläutert. „Wenn der Staat verbindliche Regeln für staatliche Unterstüt-

zungsleistungen im Bereich Klimaschutz trifft, zeigt er sich als verlässlicher Partner der Kommunen“, so das Fazit des Experten.

Vorgaben statt Deregulierung

Aus Gnädigers Sicht brauchen die Kommunen klare Vorgaben um gemeinsam zu planen. Beispielsweise sei bei der Steuerung der Windenergie zuviel dereguliert worden. „Wir brauchen einen gemeinsamen Regionalplan, der vorschreibt, wie wir den Raum zusammen entwickeln können“, sagte der Unternehmer. Als Vorbild nannte er Bayerns Öko-Modellregionen, zu denen bereits 27 Regionen gehören.

Keine Schubladen-Konzepte

Wichtig sei jedoch auch, dass der Staat Kommunen per Gesetz noch effektiver dabei unterstützt, dass entwickelte Konzepte nicht in der Schublade landen, sondern auch umgesetzt werden können – vom Flächenmanagement bis zum Radwegkonzept. Prof. Dr. Ingrid Kögel-Knabner, Inhaberin des Lehrstuhls für Bodenkunde, Technische Universität München, pflichtete ihm bei: „In meiner eigenen Gemeinde sind viele engagierte Kommunalpolitiker aktiv, die der Staat nicht alleine lassen sollte. Dabei wünschen sich diese Leute mehr Vorgaben und Richtwerte von der Staatsregierung, um Klimaschutzziele umzusetzen.“ Kögel-Knabner kritisierte das fehlende unabhängige organisierte Monitoring, wie es auch der Bund habe: „Wir bleiben in dem Gesetzentwurf viel zu vage und wissen am Ende gar nicht, was wir erreicht haben.“ Dr. Stephan Sina, Koordinator interne Rechtsberatung Ecologic Institute Berlin, ergänzte: „Wichtig ist dabei festzulegen, wer an der Fortschreibung von Programmen beteiligt wird und in welchem verbindlichen Zeitrahmen.“

Kompetenzen für Kommunen

Christian Maaß, Geschäftsführer Hamburg Institut für Klima & Energie, forderte, dass die Länder noch viel mehr Gesetzgebungskompetenz – beispielsweise was die klimaneutrale Gebäudeversorgung betrifft – an die Kommunen weitergeben sollten. „Diese müssen dann natürlich auch mit Förderprogrammen hinterlegt werden. Aber es braucht eine gesetzliche Grundlage, damit Klimaschutz in den Kommunen flächendeckend umgesetzt werden kann.“

Dr. Jürgen Landgrebe, Leiter der Deutschen Emissionshandelsstelle beim Umweltbundesamt, hält es für nötig, besondere Anreize im kommunalen Bereich für Verkehrsplanung, Planungsrecht und Bauordnung zu schaffen. Gleichzeitig müsse es aber auch einen Passus im Gesetzentwurf geben, der den Umgang mit Maßnahmen zwischen Bund und EU-Ebene regelt, sagte Prof. Dr. Karen Pittel, Leiterin des ifo-Zentrums für Energie, Klima und Ressourcen. Sie forderte zudem, die Mitglieder des Klimarates verstärkt aus dem Bereich der Wissenschaft zu rekrutieren und das Gremium mit finanziellen Mitteln auszustatten, sodass beispielsweise unabhängige Studien beauftragt werden können.

Lob für Hightech Agenda

Prof. Dr. Wolfgang Arlt, ehemals Inhaber des Lehrstuhls für Thermische Verfahrenstechnik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, betonte die Bedeutung der bayerischen Hightech Agenda. „Die Chance liegt darin, dass Bayern CO₂-arme Technologien entwickelt, um diese weltweit zu exportieren. Großes Potenzial bietet beispielsweise die Wasserstoff-Technologie, weil sie auf die Infrastruktur der Mineralölindustrie zurückgreifen kann und exportfähig ist.“ Martin Geilhufer, Landesbeauftragter Bund Naturschutz in Bayern e. V., forderte mehr Mut und appellierte an die Politik auch Entscheidungen zu treffen, bei denen Erfolge erst nach einigen Legislaturperioden eintreten.

Übereinkommen von Paris

Denn um den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen, wie im Übereinkommen von Paris 2015 beschlossen, reiche eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen je Einwohner bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent nicht. Dieses Ziel ist im Gesetzentwurf formuliert. „Bezogen auf den Durchschnitt des Jahres 1990 muss der CO₂-Ausstoß um mindestens 67 % reduziert werden, um die Vorgaben von Paris zu erzielen. Diese aufzunehmen, halte ich für sehr wichtig“, sagte Geilhufer. Landgrebe forderte in diesem Zusammenhang nicht nur ein spezifisches Pro-Kopf-Ziel an Treibhausgasemissionen festzulegen, sondern ein absolutes Ziel, zusätzliche Zwischenziele und Ziele, die sich auf relevanten Sektoren wie Solar, Wind und Gebäude beziehen.

Motivieren und mitnehmen

„Motivation und Mitnehmen, Überzeugen statt Vorschriften, Freiwilligkeit statt Verbote“ sind die Zielvorgaben der CSU-Fraktion beim Bayerischen Klimaschutzgesetz. „Wir sind auf dem richtigen Weg ... und wollen mit dem richtigen Rahmen überzeugen. Der Freistaat geht hier mit seiner Vorbildfunktion vor-

an: So will die bayerische Staatsverwaltung bis 2030 Klimaneutralität erreichen und bis spätestens 2050 soll ganz Bayern klimaneutral sein. Dafür müssen wir Klimapolitik und Innovation koppeln“, erklärte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Tanja Schorer-Dremel. Ihr Fraktionskollege Martin Huber schloss sich ihren Ausführungen an: „Nur wenn sich Ökologie und Ökonomie ergänzen, können die Klimaziele auch erreicht werden, ohne gleichzeitig unsere sozialen Standards zu gefährden. Für die CSU-Landtagsfraktion gilt daher der Dreiklang aus Klimaschutz, Wirtschaftlichkeit und sozialer Verträglichkeit.“

Benno Zierer (Freie Wähler) stellte klar, dass das Engagement hinsichtlich erneuerbarer Energien weiter gestärkt werden müsse.

Opposition fordert objektive Prüfungen

Florian von Brunn (SPD) betonte, dass das Umweltbundesamt und Rechtsexperte Sina genau die Punkte bemängeln, die die SPD in ihrem Änderungsantrag bereits forderten: „Wir brauchen ein unabhängiges Expertengremium, welches regelmäßig das Erreichen der Klimaziele objektiv überprüft und verbindliche Konsequenzen, wenn die Klimaziele in Bayern verfehlt werden. Dieser Gesetzentwurf ist so weich und unverbindlich, dass er für den dringend notwendigen Klimaschutz in Bayern nichts bringt.“

Auch Martin Stümpfing, Klimaschutzsprecher der Landtags-Grünen, kritisierte: „Ohne konkrete Zielvorgaben zur Senkung des CO₂-Ausstoßes in den einzelnen Sektoren und ohne ein regelmäßiges Monitoring der Zahlen, ist dieses Klimaschutzgesetz ein zahnloser Tiger. Wir brauchen deshalb zwingend Konkretisierungen und müssen vor allem auch die Städte und Gemeinden als Umsetzer der Klimaschutzmaßnahmen besser mit einbinden. Zudem muss der Klimarat als unabhängige Beratungs- und Überwachungsinstanz gestärkt und mit einem klar definierten Aufgabengebiet ausgestattet werden.“ red

Studie bestätigt bayerisches Vorgehen

Sozialministerin Trautner: „Wir wollen bestehende Einrichtungen für bürgerschaftliches Engagement weiterhin vor Ort zeitgemäß und nachhaltig stärken“

Die Covid-19 Pandemie hat die organisierte Zivilgesellschaft vor gewaltige Herausforderungen gestellt. Das ist das Ergebnis einer Befragung unter Verbänden und Infrastruktureinrichtungen der Zivilgesellschaft, die das unabhängige Forschungs- und Beratungshaus ZiviZ im Stifterverband im Rahmen einer Studie durchgeführt hat. Die Studie, die unter anderem durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales unterstützt wird, verweist beispielsweise auf die Verantwortung von Ländern und Kommunen und auf eine engere Vernetzung zwischen Verbänden und Infrastruktureinrichtungen.

Damit bestätigt die Studie den Weg des Bayerischen Sozialministeriums, das Ehrenamt in Bayern weiter zu stärken. „Die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie haben wieder deutlich gezeigt, wie wichtig und unverzichtbar ehrenamtliches Engagement für unsere Gesellschaft ist“, betont Sozialministerin Carolina Trautner. „Dabei wurde auch ersichtlich, wie wertvoll gut funktionierende Strukturen vor Ort für die Bewältigung der Folgen der Pandemie sind. Die bestehenden Einrichtungen haben in ihrer Funktion als Ansprechpartner und „Kümmerer“ einen wesentlichen Beitrag für das freiwillige Engagement geleistet.“

Deshalb will das Sozialministerium in einem Modellprojekt den Ausbau von bestehenden Einrichtungen für bürgerschaftliches Engagement zu Zentren für lokales Freiwilligenmanagement

fördern. Zurzeit läuft hierfür ein sogenanntes Interessenbekundungsverfahren. Es richtet sich an alle Landkreise und kreisfreien Städte sowie an bestehende Einrichtungen für bürgerschaftliches Engagement wie Freiwilligenagenturen, Freiwilligenzentren und Koordinierungszentren Bürgerschaftliches Engagement.

Einmalige Infrastruktur

„Die Freiwilligenagenturen und Koordinierungszentren vor Ort stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Hier ist vor allem die Digitalisierung zu nennen, die grundlegende Veränderungen auch für das bürgerschaftliche Engagement erfasst“, so Trautner und weiter: „Bayerische Politik setzt auf den weiteren Ausbau der deutschlandweit einmaligen Infrastruktur für das Ehrenamt und ist damit auf dem richtigen Weg: Ehren-

LEE-Stellungnahme zum BayKlimaG-E

In seiner Eigenschaft als Sprecher des Landesverbands Erneuerbare Energien (LEE) hat Altlandrat Hermann Steinmaß Stellung zum Bayerischen Klimaschutzgesetz (BayKlimaG-E) bezogen. Dabei geht es ihm nach eigenem Bekunden „vor allem auch darum, dass im Vollzug bei den Kreisverwaltungsbehörden und den Kommunen klare Regeln entstehen“.

Als oberste Zielsetzung wird im Klimaschutzgesetz laut Steinmaß die Reduzierung der Treibhausgase gesehen. Dies kann aus seiner Sicht jedoch nur gelingen, wenn man konsequent alle Möglichkeiten ausschöpft, um heimische, erneuerbare, klimaschonende Energieträger in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft (Produktion, Verkehr, Wärme, Landwirtschaft) zu etablieren. Nur dann seien die heimischen Energieträger Wasser, Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie in der Lage, einen echten substanzialen Beitrag zur klimafreundlichen Energieversorgung zu leisten. Wenn die staatlichen Behörden hier unterstützend tätig werden sollen, sei es wichtig, dazu auch die entsprechenden Vorgaben zu schaffen und im Klimaschutzgesetz verbindlich zu verankern. „Soll“ und „Kann“-Bestimmungen seien zu unterlassen.

Eine Akzeptanz vor Ort für Einrichtungen einer klimaschonenden Energie (Erzeugung, Transport und Speicherung) wird Steinmaß zufolge nur im Einvernehmen mit den Bürgern und den Kommunen gelingen. Letztere sollten in Verbindung mit einer entsprechenden Finanzausstattung in den Klimaschutz eingebunden werden.

Die Erstellung kommunaler Energiepläne und deren Umsetzung werde eine Schlüsselfunktion für das Gelingen der Energiewende und das Erreichen der Klimaschutzziele sein. „Dies ergibt auch die große Möglichkeit, die Bürgerbeteiligung zu befördern und somit die ‚Gemeinschaftsaufgabe Energiewende‘ voran zu bringen.“ In Verbindung mit einer entsprechenden Finanzausstattung sollten die Kommunen in den Klimaschutz eingebunden werden. DK

Gesundheitsministerin Melanie Huml:

Gesundheit der Kinder stärken

2021 Schwerpunktthema der Gesundheitsministerkonferenz unter bayerischem Vorsitz

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml will erreichen, dass bundesweit die Gesundheit von Kindern gestärkt wird. Huml unterstrich in einer Pressemitteilung zur 93. Gesundheitsministerkonferenz (GMK), die wegen der Corona-Pandemie als Videokonferenz stattfand: „Die Einschränkungen im Kampf gegen das Coronavirus haben dem Thema Kindeswohl zusätzliche Bedeutung verliehen. Auch deshalb wird die Gesundheit unserer Kinder im kommenden Jahr das Schwerpunktthema der GMK, bei der Bayern 2021 den Vorsitz übernimmt.“

Die Ministerin erläuterte: „Konkret lautet das Schwerpunktthema 2021: ‚Zukunft unserer Kinder‘. Es ist mir ein persönliches Anliegen, gemeinsam mit den anderen Bundesländern Maßnahmen anzuschließen, die sowohl das körperliche als auch das seelische Wohl der Kinder fördern und verbessern. Wichtig dabei ist auch, eine flächendeckende stationäre und ambulante Versorgung für Kinder zu ermöglichen. Denn in die Gesundheit unserer Kinder zu investieren heißt, in unsere Zukunft zu investieren.“

Psychische Belastungen

Huml fügte hinzu: „Obwohl es dem Großteil unserer Kinder und Jugendlichen gut geht, benötigen sie gerade im Zuge der Corona-Pandemie in besonderem Maße unsere Unterstützung. Eventuell nicht mehr in den Kindergarten oder zur Schule gehen zu können und den amtliche, Vereine sowie zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen werden davon profitieren.“

ZiviZ im Stifterverband hat im Sommer 2020 Führungskräfte aus Infrastruktureinrichtungen sowie Landes- und Bundesverbände gemeinnütziger Organisationen zu den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf das freiwillige Engagement befragt. Sie hat damit die Ergebnisse aus einer ersten Befragung, die im Mai 2020 veröffentlicht wurde, fortgeschrieben. Weitere Zahlen und Ergebnisse dieses neuen Engagement-Barometers finden sich auf der ZiviZ-Homepage unter www.ziviz.de/corona □

Kontakt zu Freunden einschränken zu müssen, ist für viele Kinder und Jugendliche und für deren Angehörige eine Herausforderung und zum Teil psychisch sehr belastend. Deshalb ist es entscheidend, dass wir hier verstärkt Hilfe anbieten.“

Prävention

Die Ministerin ergänzte: „Auch für das wichtige Thema Prävention müssen wir gemeinsam Schlüsse aus der Corona-Pandemie ziehen. Es geht darum, Konzepte zu entwickeln, wie wir unser Gesundheitssystem noch besser auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zuschneiden können.“ Ziel in der GMK soll es sein, mehr als Analysen und Willensbekundungen anzustellen. „Wir müssen das Thema greifbar machen für die Menschen vor Ort, für die Kinder und ihre Eltern. Das gelingt uns, wenn wir konkrete Projekte starten – und ich lade meine Kolleginnen und Kollegen in den Ländern ein, eigene Schwerpunkte zu entwickeln“, so die Ministerin.

Die Gesundheitsministerkonferenz findet einmal jährlich unter rotierendem Vorsitz statt. 2021 übernimmt Bayern die Leitung der 94. GMK. Die Hauptkonferenz ist am 15. und 16. Juni im oberfränkischen Bamberg geplant, der Heimatstadt von Gesundheitsministerin Huml.

Ziel der GMK ist es, die gesundheitspolitischen Interessen der Länder zu koordinieren und gemeinsame Ansätze zu entwickeln. Ihr gehören die Gesundheitsminister und -senatoren aller 16 Bundesländer an. Der Bundesgesundheitsminister ist ständiger Gast. □

Wir gratulieren

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Kling
86479 Aichen
am 14.10.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Richard Michl
86949 Windach
am 13.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Krahl
94060 Pocking
am 10.10.

Bürgermeisterin Liane Sedlmeier
94486 Osterhofen
am 11.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Schulz
97355 Abtswind
am 13.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Holger Schmitt
97618 Niederlauer
am 9.10.

Bürgermeister
Marcus Eichenmüller
92253 Schnaittenbach
am 13.10.

Landrat Thomas Ebeling
92421 Schwandorf
am 20.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Florian Questel
95491 Ahorntal
am 13.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin Marina Hirnt
92697 Georgenberg
am 14.10.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Sebastian Voit
95686 Fichtelberg
am 13.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Regionale Identität:

Förderbescheide für Heimatkampagne

Im Rahmen der Heimatpolitik fördert das Finanz- und Heimatministerium Projekte, die der Stärkung und Inwertsetzung regionaler Identität dienen. Neben einer positiven regionalen Entwicklung zielt die Förderung auch auf eine noch bessere Abstimmung und Vernetzung vor Ort und die deutlichere Profilbildung von Regionen nach innen und außen ab. Über die konkrete Ausgestaltung des jeweiligen Projekts entscheiden die Akteure vor Ort.

„Unsere Förderung stößt auf große Resonanz. Insgesamt haben wir bayernweit bereits Projekte in über 20 Regionen mit einer Gesamtsumme von rund 6,4 Millionen Euro unterstützt. Das zeigt, wie wichtig dieses Thema für die Menschen in Bayern ist“, betont Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Unterstützung für die Volksmusik

Aktuell wird das Projekt „Volksmusik macht Schule!“ des Bezirks Niederbayern und der Volksmusikakademie in Bayern mit insgesamt rund 350.000 Euro unterstützt. In Kooperation mit der Volksmusikakademie in Bayern plant der Bezirk Niederbayern ein- oder mehrtägige Schüleraufenthalte in der Volksmusikakademie in Freyung. Der Bezirk möchte damit Schülerinnen und Schülern die Volksmusik als Schlüssel zur regionalen Identität vermitteln und die Besonderheiten der regionalen Lieder und Tänze sowie der typischen Instrumente näherbringen. Außerdem soll ein Begleitprogramm zur Vermittlung von Wissen um Bräuche, Kultur und Geschichte der Region entwickelt werden.

Mit 175.000 Euro gefördert wird die Einführung eines Bonusprogramms samt Kundenkarte für regionale Einzelhändler, Dienstleister und Gastronomen durch die Standortmarketing-Gesellschaft Landkreis Miesbach. Mit der Oberland-Card erhalten Kunden einen Anreiz, ortsansässige Betriebe zu unterstützen. Die teilnehmenden Unternehmen profitieren unter anderem von einer gemeinsamen Marketingstrategie und einem gemeinsamen Internetauftritt. Gleichzeitig soll allen Nutzern der Oberland-Card ein Bewusstsein für ihre Region vermittelt werden. Daher ist

eine Zusammenarbeit im Oberland auch über den Landkreis hinaus, insbesondere mit dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen, vorgesehen.

Management für die Region

Mit insgesamt rund 168.000 Euro unterstützt das Finanz- und Heimatministerium wiederum ein Projekt des Vereins Initiative Regionalmanagement Region Ingolstadt. Die Stadt Ingolstadt und die Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen und Pfaffenhofen a. d. Ilm werden im Rahmen der Landesgartenschau 2021 in Ingolstadt einen „Pavillon der Region“ gestalten, um die Region Ingolstadt in ihrer ganzen kulturellen, landschaftlichen und wirtschaftlichen Vielfalt zu zeigen und ihre regionalen Produkte, Handwerke und Dienstleistungen zu präsentieren. Zudem sollen beispielsweise Persönlichkeiten aus der Region als Botschafter auftreten, „Geheimtipps“ vorgestellt und ein Regionsrätsel durchgeführt werden. Daneben sind Veranstaltungen mit Blick auf regionale Kultur und Tradition ebenso geplant wie spezielle Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche.

Kommunikationskampagne

Eine Kommunikationskampagne für den „Erlebnisraum Glückswege im Allgäu“ plant der Landkreis Unterallgäu. Das Projekt wird mit insgesamt rund 299.000 Euro gefördert. Durch Audio-Guides und Videoclips sollen die 14 „Glückswege“, die die regionalen Attraktionen, die besonderen Geschichten und Landschaften des Unterallgäus und der Stadt Memmingen auch als Radrouten erschließen, Einheimischen und Gästen nähergebracht werden. Das Projekt zielt zudem darauf ab, die Qualität der „Glückswege“ zu sichern

und ihre Attraktivität aus Sicht der Nutzer stetig zu erhöhen.

Zwei weitere vielversprechende Projekte werden in der Region Nürnberg mit rund 710.000 Euro unterstützt. Der Verein Europäische Metropolregion Nürnberg e. V. hat sich in seinem Projekt „Der Heimatlotse“ zum Ziel gesetzt, alle Informationen zu Kultur, Events, Naherholung und Freizeit in der Metropolregion auf einen Blick dauerhaft und aktuell bereitzustellen. Dabei soll eine digitale Informationsplattform „Heimatlotse“ entwickelt und an bestehende Angebote, wie den Entdeckerpass, angebunden werden. Das Finanz- und Heimatministerium fördert dieses Vorhaben des Forums „Heimat und Freizeit“ der Metropolregion Nürnberg mit rund 375.000 Euro.

Zukunftsthema Wasserstoff

Der Verein ENERGIERegion Nürnberg e. V. widmet sich mit dem Projekt „HyPowerEMN“ ganz dem Zukunftsthema Wasserstoff. Das Bewusstsein für regional vorhandene Ressourcen, schwerpunktmäßig die nationalen und international herausragende Kompetenz in Wasserstofftechnologien, soll den Bürgerinnen und Bürgern mithilfe einer Imagekampagne nähergebracht werden. Darüber hinaus sind Leuchtturmveranstaltungen und die Initiierung von Bildungspartnerschaften geplant. Dieses Projekt unterstützt das Heimatministerium mit rund 335.000 Euro.

Der Landkreis Fürth wiederum plant die Umsetzung einer großangelegten Imagekampagne rund um das Thema Regionale Identität. Dabei möchte sich der Landkreis als attraktiver Lebensraum und Arbeitsstandort vorstellen und die Einwohnerinnen und Einwohner auf eine Entdeckungsreise durch die Region schicken. Ein besonderes Augenmerk soll auch auf die regionale Wirtschaft und regionale Produkte gelegt werden. Für dieses Heimatprojekt erhält der Landkreis eine Unterstützung von rund 202.000 Euro. DK

Aufruf zum Dialog:

Freiheit wird in den Kommunen verteidigt

„free – Perspektiven auf die Freiheit“ nennt sich ein Dialogprozess, den die ehemalige Würzburger Oberbürgermeisterin Dr. Pia Beckmann initiiert hat. Erste Perspektiven finden sich in einem gleichnamigen Buch, das seit Ende September 2020 im Handel erhältlich ist. Zudem soll die Website www.free2020.de zum Gedankenaustausch einladen und diesen abbilden. Auch in den Städten Bayerns möchte Beckmann diesen Dialog führen. In mehreren Städten hat man ihr bereits spontan Unterstützung angeboten.

In der Publikation erkunden elf namhafte Autorinnen und Autoren im Alter von 17 bis 64 Jahren den Begriff Freiheit aus ihrer persönlichen oder fachlichen Sicht. Sieben spannende Menschen offenbaren ihre Schicksale und was Freisein für sie bedeutet. Dokumentarische Kunstfotografien von der Installation „free“ von Winfried Muthesius im Kriminalgericht Moabit regen eigene Überlegungen zum Thema Freiheit an.

Kunst als Gedankenöffner

Pia Beckmann wünscht sich eine öffentliche Diskussion, die sie unter anderem mit diesem Projekt anstoßen will. Kunst könne dabei als Gedankenöffner fungieren. Dies habe sie bereits bei ihrer Demokratie-Initiative www.pics4peace.de erfahren, die sie gemeinsam mit jungen Erwachsenen im Dezember 2017 ehrenamtlich ins Leben rief. Der amtierende Würzburger OB Christian Schuchardt und die Stadt Würzburg haben dieses Projekt von An-

fang an mit großem Nachdruck unterstützt. Beckmann zufolge herrscht „offensichtlich ein tief verwurzeltes Kommunikationsproblem zwischen denen, die Politik für die Zukunft machen wollen und denen, die die Zukunft unserer Gesellschaft sind“. Hier will pics4peace Abhilfe schaffen: „pics4peace will das, was junge Menschen bewegt, hin zu den Entscheidern in Politik und Gesellschaft tragen. Wir wollen die Echoräume aufbrechen und insbesondere junge Menschen motivieren, sich für die Gestaltung ihrer Zukunft einzusetzen, sich für den Erhalt von Frieden und Demokratie stark zu machen, ihre Ängste zu formulieren, ihre Vorstellungen und Ideen einzubringen.“

Dies falle leichter mit kreativen Ausdrucksmitteln. Daher der Zugang über die vielfältigen künstlerischen Ausdrucksformen und über Wege, die junge Menschen nutzen: online und offline durch Workshops und Dialogveranstaltungen, deren Ergebnisse wieder online allen zur Verfügung gestellt werden.

Durch die Kombination aus Vor-Ort- und Online-Aktionen soll über die Jahre eine junge, lebendige politische Community entstehen, die mit Freude und Engagement ihre Vorstellungen von Zukunft auf ihre Weise zum Ausdruck bringt und sich an der Meinungsbildung beteiligt. Die Initiative richtet sich deshalb auch an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft. Ihr Tenor: „Hört genau hin. Verstehet. Gebt jungen Menschen eine Stimme! Greift auf, was sie zu sagen haben. Sucht den Dialog dort, wo sie sind. Bindet sie ein!“ DK

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,



Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat in seiner Rede auf dem Virtuellen Parteitag der CSU einige menschen- und personenverachtende Zeilen vorgelesen, die ihn persönlich als politischer Mandatsträger erreicht haben. Seine Aufzählung der strafrechtlich relevanten Beleidigungen und unsachgemäßen Beschimpfungen war erschreckend. Diese zu wiederholen war selbst für einen absoluten Politikprofi nicht leicht und hat auch mir als langjährigem Verantwortungsträger sehr zu denken gegeben.

Das gesellschaftliche Klima ist kälter und der öffentliche Diskurs ist rauer geworden, zumindest im Internet und den Sozialen Netzwerken. Die Auseinandersetzungen mit antisemitischen Ressentiments, infamen Beleidigungen,

Keine Toleranz für Hassreden und Beleidigungen

populistischen Positionen und plumper Hetze sind zu einem festen Bestandteil des politischen Alltags geworden. Dies spüren nicht nur unsere Spitzenpolitiker auf Bundes- und Landesebene, sondern auch unsere Kommunalpolitiker auf allen Ebenen vor Ort.

So kam es im vergangenen Jahr laut Bundesinnenministerium zu insgesamt 1.674 politisch motivierten Straftaten gegen Amts- oder Mandatsträger in Deutschland und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Viele rechtlich relevanten Persönlichkeitsverletzungen im Internet werden einfach gelöscht und können nicht mehr nachverfolgt werden. So dürfte die Dunkelziffer der nicht angezeigten Beleidigungen in den Sozialen Netzwerken noch um ein Weiteres höher liegen als es die Statistik aufzeigt. Das lag sicherlich auch an den aufwendigen Verfahrensabläufen, die ein Betroffener

vor sich hatte, wenn er sich an den Rechtsstaat wenden wollte. Das hat sich jetzt in Bayern geändert.

Das Bayerische Innenministerium hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zum besseren Schutz unserer heimischen Kommunalpolitiker vorgelegt. Dessen zentraler Baustein ist eine digitale Melde-Plattform für Online-Straftaten, auf der Straftatbestände schnell und unkompliziert an die Justiz übermittelt werden können.

Auch für persönliche Diffamierungen am Infostand und beleidigende Zusendungen im analogen Raum gibt es jetzt feste Ansprechpartner für Kommunalpolitiker bei jeder der 22 Staatsanwaltschaften im Freistaat Bayern, um ein zeitnahes und zügiges Ermittlungsverfahren zu garantieren. So findet in relevanten Fällen eine nachdrückliche Strafverfolgung über die zuständige Staatsanwaltschaft und nicht mehr wie früher über den Privatklageweg des Opfers statt.

Ebenso wurde eine Modernisierung des Beleidigungsstrafrechts in Deutschland zum besseren Rechtsschutz unserer Kommunalpolitiker maßgeblich von Bayern aus auf den Weg gebracht. So soll nach den bayerischen Vorstellungen Beleidigungen, üble Nachreden und Verleumdungen in schwerwiegenderen Fällen härter bestraft werden können.

Die Bayerische Staatsregierung hat damit gezeigt, dass sie hinter unseren ehrenamtlichen und berufsmäßigen Kommunalpolitikern steht, die gerade in diesen schwierigen Zeiten Schutz brauchen.

Als KPVB begrüßen wir die Maßnahmen ausdrücklich, da auch in unseren Reihen diese Thematik vielfach bearbeitet wurde. Wir sehen die rechtlichen Verbesserungen auch als Wertschätzung gegenüber den Kommunalpolitikern an, denn eine sprachliche Verrohung und Beleidigungen im Internet dürfen in einer Demokratie nicht toleriert werden.

In diesem Sinne: Bleiben Sie standhaft vor Ort.

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

1000 Schulen für unsere Welt:

Schulprojekt in Pakistan

aktion hoffnung und die Dominikanerinnen von St. Ursula unterstützen die Naziran Mary School in Pakistan

Die bundesweite Initiative der kommunalen Spitzenverbände „1000 Schulen für unsere Welt“ und die aktion hoffnung setzen sich künftig für die Bildungsförderung in Pakistan ein. Zum Start dieser vielversprechenden Zusammenarbeit lud Landrat Stefan Rößle als Initiator von „1000 Schulen für unsere Welt“ und ehrenamtlicher Botschafter für kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu einem gemeinsamen Termin.

Neben dem Geschäftsführer der aktion hoffnung, Johannes Müller und der Projektverantwortlichen Christina Hartmann folgten auch Schwester Teresa, Priorin der Dominikanerinnen, Schulleiter Peter Müller und der Donauwörther Oberbürgermeister Jürgen Sorré der Einladung.

„Bildung stärken – was dem Menschen an Bildung gegeben ist, kann ihm nie mehr genommen werden.“ Dies sei einer der Grundsätze, auf denen die Zusammenarbeit zwischen der Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ und der aktion hoffnung basiert, betonte Rößle zu Beginn des Gesprächs. Darüber hinaus sind die Nachhaltigkeit der Projekte und größtmögliche Transparenz Grundpfeiler der Arbeit aller Partner. Für Johannes Müller ist es das Wichtigste, den Menschen in Not Hilfe zu kommen zu lassen. Dies gelänge gemeinsam besser als alleine.

Diesen Prinzipien fühlen sich die Dominikanerinnen von St. Ursula schon seit Jahren verpflichtet. Seit damals unterstützen sie die Naziran Mary School im Osten Pakistans.

In der Gegend um Mian Chanu, wo die Schule liegt, beträgt das monatliche Familieneinkommen umgerechnet 45 bis 60 Euro. Es ist weder eine Kanalisation noch eine Gasversorgung vorhanden. Nun soll ein neues

Schulprojekt entstehen. Dafür werden 25.000 Euro Spendenmittel benötigt.

Unterstützung trotz Corona

Auch Oberbürgermeister Jürgen Sorré möchte das Projekt unterstützen: „Trotz der aktuellen Lage mit Corona und der damit einhergehenden Herausforderungen dürfen solche Projekte nicht in Vergessenheit geraten. Die Einschränkungen, die aktuell an unseren Schulen herrschen, sind sicherlich lästig, sie sind aber nichts im Vergleich zu den Einschränkungen, wie sie an pakistanischen Schulen herrschen.“

Schwester Teresa berichtete



V.l.: Johannes Müller und Christina Hartmann von aktion hoffnung, Schulleiter Peter Müller und Schwester Teresa sowie Landrat Stefan Rößle und Oberbürgermeister Jürgen Sorré. Bild: Julia Lanzner

zuvor von ihren drei Besuchen vor Ort: „Dort ist es schon allein aufgrund ihrer Religion für viele Kinder gefährlich, in die Schule zu gehen.“ Der Schulleiter von St. Ursula, Peter Müller, berichtet, dass es bereits viele Ideen gäbe, wie zusammen mit den Schülerinnen und Schülern Spenden gesammelt werden könnten. Das Schulprojekt soll auch Thema im Unterricht werden.

Rößles Erfolgsgeschichte

„Nun haben wir in nur zwei Jahren bereits 123 Schulen fest geplant. Mit der Unterstützung eines Partners wie der aktion hoffnung und den direkten Kontakten der Dominikanerinnen von St. Ursula nach Pakistan können wir jetzt mit der Planung der 124. Schule beginnen“, freut sich Landrat Rößle. Zum Abschluss konnte er zudem die erfreuliche Nachricht überbringen, dass bereits drei Zusagen von Privat Spendern über insgesamt 3.500 Euro vorlägen. Ein vielversprechender Start!

Informationen zum Projekt unter www.aktion-hoffnung.de/Schulbildung_Pakistan

Krise als Chance ...

(Fortsetzung von Seite 1) Freistaat werde er die bei Corona-Demonstrationen oft gezeigte Reichskriegsflagge verbieten.

Weitere inhaltliche Impulse setzte die Antragsberatung: Mit überwältigender Mehrheit unterstützten die Delegierten diverse Anträge für eine Stärkung der digitalen Bildung. Die verschiedenen beschlossenen Anträge fordern u. a. eine zentrale Bayern-Cloud, eine Schul-Video-plattform, ein eigenes Schul-Rechenzentrum, zusätzliche digitale Leihgeräte für Schüler und Lehrer, neue IT-Systemadministratoren und neue Stellen für die Aus- und Fortbildung von Lehrern. Die CSU sprach sich auch für eine vollständige Digitalisierung aller Schulbücher samt kostenfreier Bereitstellung für alle Bürger aus.

Kampf gegen Kindesmissbrauch

Ebenso einig war sich die Parteibasis in der Stärkung des Kampfs gegen Kindesmissbrauch, etwa durch die Wiederzulassung der umstrittenen Vorratsdatenspeicherung. Abgelehnt wurde dagegen die Einrichtung eines Polizeibeauftragten. Zudem wurde der Parteivorstand beauftragt, sich auf Basis diverser Anträge mit unterschiedlichen Pflegefragen auseinanderzusetzen und ein Konzept zu entwickeln.

An die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag überwiesener wurde ein Antrag der Frauen-Union Bayern, der sich für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und kommunalem Mandat einsetzt. Dazu sollen in die Bayerische Gemeindeordnung geeignete Regelungen aufgenommen werden, die junge Mütter und Väter von ihrer Pflicht zur Teilnahme an den Gemeinderats-/

Stadtrats- und Kreistagssitzungen in angemessenem Umfang befreien.

Freistellungsanspruch für berufstätige Mandatsträger

Ebenfalls von der FU stammt ein an die CSU-Fraktion überwiesener Antrag, wonach die CSU im Bayerischen Landtag und die Bayerische Staatsregierung aufgefordert werden, „Maßnahmen zu ergreifen, um einen gesetzlichen Freistellungsanspruch für berufstätige Mandatsträger in die Bayerische Gemeindeordnung, die Landkreisordnung und die Bezirksordnung aufzunehmen“. Hierbei seien auch die „Besonderheiten von Gleitzeitmodellen oder völlig flexiblen Arbeitszeiten“ zu berücksichtigen.

An die CSU-Landtagsfraktion überwiesen wurde ferner ein Antrag des Kreisverbandes Augsburg-Land, der dazu auffordert, sich für die Umsetzung des sog. 365-Euro-Tickets nicht nur in den dafür in Frage kommenden Städten, sondern auch in den jeweiligen Verkehrsverbänden einzusetzen.

Ebenso überwiesen wurde ein Antrag der JU Bayern, der ein Förderprogramm für die Entwicklung und den Ausbau von geobasierten digitalen Dienstleistungen in ländlichen Regionen fordert. Dadurch sind „zumindest teilweise die Nachteile ländlicher Regionen gegenüber den Ballungsräumen auszugleichen und der Vorsprung der Städte bei der Digitalisierung zu verkleinern“. Dies könne durch entsprechende Beratung sowie organisatorische und finanzielle Förderung geschehen. Die Umsetzung des Förderprogramms sollte laut JU im bayerischen Digitalministerium angesiedelt werden. **DK**

Drei Säulen eines ...

(Fortsetzung von Seite 1) Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr mit der Bayerischen Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr, MdL Kerstin Schreyer über die weitere Strategie auszutauschen.

Einnahmeausfälle von mehreren 100 Millionen Euro

Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags, zeigte sich sehr besorgt: „Wir rechnen in Bayern mit Einnahmeausfällen in Höhe von mehreren 100 Millionen Euro. Die Bayerische Staatsregierung hat vor Ausbruch des Coronavirus im Bereich des ÖPNV Meilensteine gesetzt. Um daran weiter anknüpfen zu können, kommen wir nicht umhin, Aspekte der Finanzierung künftig (noch) stärker in den Vordergrund zu rücken. Wie soll das dem Bedarf entsprechende Angebot aussehen? Wie können wir dieses finanzieren und was müssen wir dafür tun?“

ÖPNV mit Augenmaß

Grundsätzlich galt schon vor der Pandemie, beim ÖPNV mit Augenmaß vorzugehen. Forderungen, beispielsweise jeden Ort mit mehr als 10 Wohnhäusern im Stundentakt anzubinden, haben nichts mit der Realität zu tun. Wir müssen schauen, was wirklich umsetzbar ist und vor allem finanzierbar ist. Dabei spielen im ländlichen Raum vor allem bedarfsgerechte flexible Verkehre eine entscheidende Rolle, um eine attraktive Alternative zum eigenen Pkw zu bieten. Viele Menschen dort sind bisher und vermutlich auch noch lange Zeit auf das eigene Auto angewiesen, weil es

ein ÖPNV-Angebot wie in Ballungsräumen weder wirtschaftlich noch umweltpolitisch sinnvoll geben kann.

Angebot vor Tarif

„Angebot vor Tarif“, so muss das Motto laut Franz Löffler lauten, wobei natürlich großflächige Kooperationen in Verkehrsverbänden mit einheitlichen Tickets ebenso wichtig sind wie adäquate Angebote für mobilitätseingeschränkte Personen. Nicht zu vergessen die Schülerbeförderung, die oft das Rückgrat des ÖPNV im ländlichen Raum ist.

Bayern gleicht 90 Prozent der Schäden aus

Verkehrsministerin Kerstin Schreyer machte deutlich: „Corona ist eine unglaublich große Herausforderung für uns alle. Wir als Freistaat lassen unsere Kommunen und die Verkehrsbetriebe dabei nicht im Regen stehen. Zum Beispiel ergänzen wir den ÖPNV-Rettungsschirm des Bundes mit 255 Millionen Euro und gleichen so 90 Prozent der pandemiebedingten Schäden aus. Außerdem unterstützen wir die kommunalen Aufgabenträger bei der Bestellung von Verstärkerbussen im Schülerverkehr über unsere interne Vermittlungsplattform. Die Bayerische Staatsregierung hat beschlossen, 100 Prozent der Kosten für Verstärkerfahrten im Schülerverkehr zu übernehmen. Wir stellen dafür 15 Millionen Euro bereit. Durch die Verstärkerbusse soll im Schülerverkehr der Infektionsschutz insbesondere dort gewährleistet werden, wo Mindestabstände nicht eingehalten werden können.“ **□**

Preisverleihung „Kommune bewegt Welt“:

Freude in Vilshofen

Im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Kommune bewegt Welt“ wurden insgesamt zehn Gemeinden, Landkreise und Städte für ihr außergewöhnliches, innovatives und nachhaltiges Engagement ausgezeichnet. Sie alle hatten sich gemeinsam mit entwicklungspolitisch aktiven migrantischen Organisationen beworben. Die feierliche Preisverleihung fand in diesem Jahr erstmalig virtuell statt. Ausgetragen wurde die Veranstaltung in Saarbrücken, Preisträgerin der letzten Wettbewerbsrunde.

In der Kategorie über 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner wurde dem Kreis Dürren der erste Platz zugesprochen, in der Kategorie 20.000 bis 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner setzte sich die Stadt Stralsund durch. In der Kategorie bis 20.000 Einwohnerinnen und Einwohner siegte Vilshofen an der Donau. Das Preisgeld in Höhe von 135.000 Euro wird zu gleichen Teilen zwischen den drei Kategorien verteilt.

Vilshofen an der Donau überzeugt laut Jury mit nachhaltigen, entwicklungspolitischen Strukturen vor allem im Bereich Fairtrade. Gemeinsam mit zahlreichen Akteuren, von Schulen und Kindergärten bis hin zur Wirtschaft, werden migrantische Themen von unten nach oben bearbeitet und globales Lernen ermöglicht. Zugleich gelingt es der „kleinen Kommune“, durch die Zusammenarbeit mit dem Landkreis über den eigenen Teller-rand zu blicken.

Darüber hinaus wurden die Kommunen Leipzig, Cottbus und Geestland mit Sonderpreisen bedacht. Über den Publikumspreis stimmten die Bewerberkommunen am Abend live ab. Der Preis „von Kommunen für Kommunen“ ging an Münster.

Der Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ steht unter der Schirmherrschaft von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller. In seiner Videobotschaft zur Preisverleihung würdigte er die Preisträger-Kommunen für ihre besonderen Leistungen und ihren Einsatz im Bereich Migration und Entwicklung und erklärte, dass die Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit die besten Partner sind, „weil sie alles können, was wir auch in den Entwicklungsländern brauchen“.

In der Wettbewerbsjury sitzen neben dem Deutschen Städte- und Gemeindebund Vertreter aus Kommunen, Zivilgesellschaft, entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. **DK**

Kultur und Klima:

Den kulturellen Wandel gestalten

Neues Programm von Stadtkultur Netzwerk Bayerischer Städte

Im Rahmen des bayernweiten Projekts unter dem Motto „Wurzelschätze – Blätterrauschen“ sollen Workshops zur kulturell-ästhetischen sowie ökologischen Bildung von jungen Menschen in den Schuljahren 2020/21 und 2021/22 angeboten werden – im Wald, im Park, in der Stadt, im Museum, im Theater und Bibliotheken.

Zuschussanträge können für Workshops zum Schwerpunktthema in den Mitgliedstädten gestellt werden. Dem Netzwerk können alle bayerischen Kommunen beitreten.

„Gerade während Krisen ist kulturelle Bildung wichtig, denn sie gibt Orientierung, Sinn und Lebensfreude, fördert die Teilhabe und positive Entwicklungschancen“, erklärt Dr. Christine Fuchs, Projektkoordinatorin und Leiterin vom Netzwerk Stadtkultur: „Das Thema Kultur und Nachhaltigkeit ist angesichts des Klimawandels, der trotz Corona nichts an seiner Brisanz verlor hat, von größter Aktualität und Relevanz. Gerade für junge Menschen.“

Der Gestaltung der Workshops sind keine Grenzen gesetzt: vom Nature Writing oder Theater und Tanzperformances über Projekte zur Urbanen Botanik bis zu Musikworkshops zu den Sounds of Nature. Professionelle Künstlerinnen und Künstler, Kunstpädagoginnen und Kunstpädagogen aus allen Sparten können sich beteiligen.

Die einzigen Voraussetzungen sind: Die Workshopteilnehmenden müssen sich im direkten Kontakt und unmittelbaren Erleben mit Bäumen beschäftigen und selbst gestalterisch tätig werden. Die Workshops können im Wald, im Park, in der Stadt und in Kulturräumen (etwa Museum, Theater, Bibliothek, Galerie) sowie teilweise digital stattfinden. Zielgruppe sind in erster Linie Kinder und Jugendliche.

Teilnahme- und antragsberechtigt sind freischaffende Künstlerinnen und Künstler, Kunstpädagoginnen und Kunstpädagogen sowie kommunale und freie Träger kultureller Bildung aus den Mitgliedstädten des Netzwerks

Stadtkultur. Für eine Mindestanzahl an Teilnehmenden garantieren die Antragsteller.

Das Projekt unter dem Motto „Wurzelschätze – Blätterrauschen“ findet im Rahmen des für die Jahre 2021/2022 gesetzten Schwerpunktthemas „Kultur und Klima – den kulturellen Wandel gestalten“ statt.

Gefördert wird „Wurzelschätze – Blätterrauschen“ durch den Kulturfonds Bayern des Bayerischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst und dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Weitere Informationen sowie die Antragsunterlagen sind auf der Homepage des Netzwerks Stadtkultur zum Download verfügbar.

Weitere Informationen: www.stadtkultur-bayern.de **□**

Hebammenversorgung wird weiter gestärkt

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml: Bereits 200 Anträge auf Niederlassungsprämie für Hebammen

Das Förderprogramm von Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml zur Niederlassung von Hebammen ist weiterhin sehr erfolgreich: Innerhalb eines Jahres ist mittlerweile der 200. Antrag auf die Niederlassungsprämie eingegangen.

Anlässlich der Überreichung des Förderbescheids für den 200. Antrag betonte die Ministerin: „Mein Ziel ist es, die Versorgung mit qualitativ hochwertigen wohnortnahen Hebammenleistungen weiter auszubauen. Daher freut es mich, dass unser Förderprogramm so gut angenommen wurde. Innerhalb eines Jahres haben 200 Hebammen in Bayern die Niederlassungsprämie beantragt.“

Seit dem 1. September 2019 können Hebammen, die erstmalig eine freiberufliche Tätigkeit in Bayern aufnehmen oder nach einer zwischenzeitlichen Aufgabe des Berufs erneut aufnehmen, eine einmalige Unterstützung in Form einer Niederlassungsprämie in Höhe von 5.000 Euro erhalten. Für die Gewährung der Prämie muss die antragstellende Hebamme neben der Berufserlaubnis lediglich die Meldung beim zuständigen Gesundheitsamt zur Gründung einer Niederlassung in Bayern nach dem 1. September 2019 nachweisen.

Huml unterstrich: „Alle Schwangeren und Mütter in Bayern sollen die Betreuung durch Hebammen bekommen, die sie brauchen. Deshalb möchten wir mehr Hebammen als bisher für eine freiberufliche Tätigkeit in Bayern gewinnen und so das Angebot an Hebammenleistungen ausbauen, insbesondere in der Geburtshilfe und der Wochenbettbetreuung.“

Der Antrag für die Niederlassungsprämie kann seit dem 1. September 2019 unter www.niederlassungsprämie.bayern.de heruntergeladen werden. Anspruchsberechtigt sind auch angestellte Hebammen, wenn diese neben ihrer Festanstellung noch eine freiberufliche Tätigkeit aufnehmen. Der Antrag auf Gewährung der Prämie muss innerhalb von sechs Monaten nach Begründung der Niederlassung gestellt werden. **□**

Alarm in den ...

(Fortsetzung von Seite 1) schaft, Mietverbänden, Handel, Gastronomie, Handwerk, Kunst, Touristikverbänden, Bund und Kommunen. In diese Richtung geht ein Runder Tisch, zu dem der Bund für Anfang Oktober eingeladen hat. „Wir stehen am Anfang eines längeren Prozesses zur Zukunft der Innenstädte. Für eine Lösung der aktuellen Probleme müssen wir ganzheitliche Konzepte entwickeln und alle Beteiligten einbinden. Die Zukunft der Innenstädte lässt sich nicht allein mit Hilfe der Digitalisierung neugestalten, auch wenn das ein wichtiges Thema ist, das wir gerne mit Bundeswirtschaftsminister Altmaier besprechen“, betonte Jung.

Innovative Ansätze fördern

Die Städte wollen innovative Ansätze fördern, bei denen Gewerbe und Wohnen, kulturelle Vielfalt und wirtschaftliche Angebote in den Innenstädten und Stadtteilzentren verträglich und erfolgreich zusammenspielen. Nach Jungs Auffassung sollte für innovative Innenstadtkonzepte die Städtebauförderung von Bund und Ländern von derzeit 790 Millionen Euro jährlich deutlich aufgestockt werden. Mit diesem Instrument ließen sich Innenstädte besonders gut stabilisieren, wiederbeleben und weiterentwickeln. Bund und Länder sollten den Kommunen außerdem ermöglichen, relevante Schlüsselimmobilien vorübergehend zu erwerben, zum Beispiel aufgegebene Kaufhaus-

filialen. Dann könnten diese Immobilien für die Zentren neu entwickelt werden.

Themenwechsel. Damit ein starker Ausbau der Ganztagsbetreuung von Schulkindern gelingt, drängen die Städte auf eine Ausbildungsoffensive für mehr Fachpersonal. Der Deutsche Städtetag schlägt außerdem vor, den von Bund und Ländern geplanten Rechtsanspruch gestaffelt umzusetzen.

Ausbildungsoffensive

Wie der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg, Prof. Dr. Eckart Würzner, hervorhob, benötigten Eltern und Kinder Betreuungspersonal mit qualifiziertem Personal und nicht nur ein politisches Versprechen durch einen Rechtsanspruch. Schon jetzt suchten die Städte händeringend nach Erzieherinnen und Erziehern und Sozialpädagogen. Für den größten Teil der Grundschüler bis 2025 Betreuung in hoher Qualität anzubieten, sei faktisch unmöglich. Benötigt würden ein realistischer Zeitplan, ausreichend Geld und eine Ausbildungsoffensive für das pädagogische Personal. Sonst gelinge der Rechtsanspruch nicht. Dafür sei ein gewaltiger Kraftakt aller Beteiligten nötig.

Ganztagsbetreuung

Die Städte befürworten den Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern und halten den Rechtsanspruch für sinnvoll. Bund und Länder verhandeln aber derzeit ohne die Kommunen über die Finanzierung: „Die Städte müssen endlich mit an den Tisch, so wie es von den Koalitionspartnern versprochen wurde. Schließlich sollen die Städte den Rechtsanspruch vor Ort sicherstellen“, bekräftigte der Vizepräsident.

Die Städte plädieren dafür, einen Rechtsanspruch gestaffelt nach Altersgruppen einzuführen. Würzner: „Wir schlagen vor, den Betreuungsanspruch frühestens 2025 für Schulkinder in der ersten Klasse einzuführen und dann mit den weiteren Schuljahren auszubauen. Auch über Betreuungszeiten müssen wir sprechen. Ein Angebot an allen Wochentagen bis in den späten Nachmittag hinein wird nicht überall gleich zu Beginn möglich sein.“ Viele Horte und Schulen müssten umgebaut, ausgebaut oder sogar neu gebaut werden.

Zur Finanzierung meinte der stellvertretende Verbandschef: „Bund und Länder sind in der Finanzierungspflicht für diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie müssen die zusätzlichen Investitions- und Betriebskosten übernehmen.“ Für einen Rechtsanspruch wird rund eine Million zusätzlicher Plätze gebraucht. Nötig sind dafür Investitionen von 7,5 Milliarden Euro sowie die Finanzierung der jährlichen Betriebskosten von mindestens 4,4 Milliarden Euro. Die bisher vom Bund eingeplanten Mittel von 2 Milliarden Euro sowie die mit dem Konjunkturpaket zusätzlich für Kinderbetreuung in Aussicht gestellten 1,5 Milliarden Euro sichern davon nur einen Bruchteil.

Laut Würzner darf es für Familien beim Wechsel von der Kita zur Grundschule keinen Bruch geben. Richtig wäre es, den Rechtsanspruch in den Schulgesetzen der Länder zu regeln. Denn Schule und Betreuung müssen Hand in Hand gehen. Dass die Bundesregierung den Rechtsanspruch im Jugendhilferecht und damit bei den Kommunen ansiedeln will, halten die Städte nicht für sinnvoll. **DK**

Vorreiterrolle in Deutschland

Leipfinger-Bader betreibt weltweit einzigartige Ziegel-Recycling-Anlage

Die Bau- und Abbruchabfälle sind in Deutschland mengenmäßig der größte Abfallstrom. So groß, dass ihn die Deponien bisweilen nicht mehr annehmen können. Die Ziegelwerke Leipfinger-Bader mit Stammsitz in Vatersdorf (Landkreis Landshut) begegnen diesem Problem jetzt mit einer weltweit einzigartigen Anlage: Am Unternehmensstandort in Puttenham (Landkreis Kelheim) werden seit dem Frühjahr 2020 bei Neubauten anfallender Ziegel-Bruch sowie Reste von verfüllten und unverfüllten Ziegeln aufbereitet.

In Zukunft soll auch Material aus Abbrüchen für das Recycling angenommen werden. Die wertvollen Rohstoffe werden wiederverwendet. „Das ist umwelttechnisch ein Durch-

bruch“, so Firmenchef Thomas Bader.

Deponien stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen

„Ab kommenden Samstag, 13. Juli, muss die Bauschutt-Annahmestelle des Landkreises für die Anlieferung neuen Materials vorübergehend geschlossen bleiben. Der Anlieferstopp wird voraussichtlich bis Ende September dauern ...“ Meldungen wie die des Landratsamtes Landshut aus dem Jahr 2019 sind keine Seltenheit mehr in Deutschland. Im ganzen Land haben Bauherren und Bauunternehmen immer wieder mit dem gleichen Problem zu kämpfen: Deponien stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen und stoppen deshalb die Annahme.

Bisher wird Recyclingpotenzial achtlos weggekippt

Die Folge: Das Material wird auf Lastwagen zum Teil über weite Strecken durch das Land transportiert oder sogar außer Landes gebracht, um es zu entsorgen. Die Kosten für die Beseitigung, die Bauunternehmen und Bauherren zu tragen haben, steigen dadurch immer weiter an. Umweltfreundlich ist das zudem nicht. Bisher wird so enormes Recyclingpotenzial der Baustoffe im wahren Sinne des Wortes achtlos weggekippt. Rund 58,5 Millionen Tonnen Bauschutt macht das laut einer bundesweiten Statistik pro Jahr mittlerweile aus.



Advertorial

Nachhaltige Mauerziegelproduktion: In der neuen Recyclinganlage in Puttenham (Niederbayern) werden Ziegelbruch und Dämmstoffe getrennt und anschließend wiederverwertet. Auf diese Weise sorgt Leipfinger-Bader für einen geschlossenen Wertstoffkreislauf. Bild: Leipfinger-Bader

Anlage ermöglicht geschlossenen Rohstoffkreislauf

„Eine gigantische Verschwendung von Ressourcen“, sagt Thomas Bader. Vor einigen Jahren stieß er deshalb in seinem Unternehmen die Entwicklung einer Recyclinganlage am Werkstandort in Puttenham (Stadt Mainburg, Landkreis Kelheim) an. Sie soll einen geschlossenen Rohstoffkreislauf bei den Produkten des Unternehmens ermöglichen. Nach einem einjährigen Testbetrieb bekam die in ihrer Art weltweit einzigartige Anlage im Frühjahr 2020 die Genehmigung des Landratsamtes.

In Zukunft wird auch der Gebäudeabriss recyclingfähig

Ziegelbruch sowie die Reste aus verfüllten Ziegeln, die bei Neubauten anfallen, werden von Leipfinger-Bader jetzt wieder zurückgenommen und zur Recyclinganlage nach Puttenham gebracht. Dort entsteht daraus dann Material, das zum Beispiel für Dachbegrünungen oder im Straßenbau Verwendung findet.

Dämmstoffe werden ebenfalls recycelt

Die Dämmstoffe aus verfüllten Ziegeln werden ebenfalls

vollständig recycelt und wieder der Produktion zugeführt. Das gilt sowohl für mineralisch gefüllte Unipor-Mauerziegel als auch für solche mit Füllung aus sortenreinen Nadelholzfässern.

In Zukunft soll in Puttenham auch Material aus Gebäudeabrisse recycelt werden. Firmen-Chef Thomas Bader: „Wir sehen den Mauerziegel auch über seine erste Lebensphase hinaus als wertvolle Materialressource an. Mit der Entwicklung unserer speziellen Recyclinganlage bieten wir als erstes Ziegelwerk in Deutschland einen vollständig geschlossenen Rohstoffkreislauf an.“



Hat die Genehmigung des Landratsamtes zur Inbetriebnahme der einzigartigen Mauerziegel-Recyclinganlage erhalten: Thomas Bader, Geschäftsführer der Ziegelwerke Leipfinger-Bader. Bild: Leipfinger-Bader

ITVA-Positionspapier:

Zeitenwende für das Flächenrecycling

Dem Flächenrecycling zur Deckung des sehr großen Flächenbedarfs in den Kommunen Priorität gegenüber der Ausweisung neuer Flächen „auf der grünen Wiese“ einzuräumen, darüber besteht breiter gesellschaftlicher Konsens. Obwohl die Vorteile des Flächenrecyclings offensichtlich sind, werden die Potenziale aus Sicht des Ingenieurtechnischen Verbands für Altlastenmanagement und Flächenrecycling aufgrund unterschiedlicher Hemmnisse nur unzureichend genutzt. In einem Positionspapier fordert der ITVA, das Flächenrecycling auf kommunaler Ebene deutlich zu stärken und auszubauen – für eine nachhaltige Entwicklung der Städte und Regionen.

Zur Stärkung und Förderung der Innen- vor der Außenentwicklung müssten insbesondere die finanzielle Ausstattung der Kommunen verbessert sowie die Neuinanspruchnahme von Flächen vermieden werden. Kommunen müssten durch konkrete Handlungsstrategien stärker in die Lage versetzt werden, ihre innerstädtischen Flächenpotenziale zu erfassen und geeignete Brachflächen zu identifizieren und zu klassifizieren. Ausgewählte, für die städtische Entwicklung besonders bedeutsame Flächen seien aktiv zu steuern.

Für Flächenvorratspolitik

Nach Erfahrungen des ITVA betragen die nicht rentierlichen Kosten für die Aufbereitung industriell oder gewerblich vorgenutzter Flächen einschließlich Abbruch von Gebäuden und Anlagen in Abhängigkeit von der zukünftigen Nutzung der Fläche Brutto 60 bis 100 Euro/qm. Wesentlich sei es daher, die Kommunen durch finanzielle und personelle Förderung insbesondere bei der Aufbereitung schwerer marktgängiger Flächen zu unterstützen. Speziell für die Erweiterung und Ansiedlung von Gewerbe und Industrie sei ei-

ne kommunale und interkommunale Flächenvorratspolitik notwendig.

Ruf nach interkommunalen Instrumenten

Um die Vermarktung aufbereiteter Flächen zu unterstützen, fordert der ITVA interkommunale Instrumente, wie Fondslösungen zur Absicherung von Restrisiken. Eine Schlüsselrolle spielt die notwendige personelle Ausstattung der Kommunen mit Schwerpunkt der Planungs- und Umweltämter zur Umsetzung der Maßnahmen sowie eine externe Beratung und die Entwicklung von Handlungsstrategien, wie mit Brachflächen angemessen umgegangen werden kann und muss.

Politisch, so der ITVA, kann die Aufbereitung von Brachflächen durch eine Novellierung der Grund- und Grunderwerbssteuer deutlich entlastet und die Neuinanspruchnahme von Flächen stärker belastet werden. Für die Wiedernutzung von Brachflächen sind in Landes-, Regional- und Bauleitplanung Vorrangregelungen einzuführen und auf Maßnahmen ohne zusätzliche Flächeninanspruchnahme zu fokussieren. Flächenhandelsysteme können – wie das

Planspiel des Umweltbundesamtes gezeigt habe – die Inanspruchnahme von Flächen wirksam reduzieren, die Innenentwicklung stärken, die nachhaltige Siedlungsentwicklung fördern, die kommunalen Finanzen entlasten sowie regionale Unterschiede ausgleichen. Deshalb fordert der ITVA die bundesweite Einführung des Flächenhandels unter Berücksichtigung der Bodenqualität.

Neben der Förderung des Bewusstseins bei allen bisher benannten Akteuren für die hohe Bedeutung und großen Potenziale des Flächenrecyclings sei die Kommunikation mit der Öffentlichkeit ebenso wichtig, um die Akzeptanz für die Nutzung aufbereiteter Grundstücke bei Kommunen, potenziellen Nutzern, Investoren und Banken zu verbessern.

Blick ins Ausland

Für die Planung und Prioritätensetzung bei der Umsetzung empfiehlt der ITVA, Synergien und „Best Practice“-Beispiele bestehender Instrumente zur Förderung des Flächenrecyclings auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene zu berücksichtigen und zusammen zu führen. Auch ein Blick auf internationale Erfahrungen im Flächenrecycling ist dringend angeraten – genannt sei beispielsweise das sog. 60 % Brownfield target in England bei Berücksichtigung der dortigen Besonderheiten: Unter der New-Labour-Regierung von Tony Blair wurden Kommunen verpflichtet, bis zum Jahr 2008 mindestens 60 % des Wohnungsbaus auf vormals genutzten Flächen zu realisieren.

Als Ergebnis dieser klaren Zielsetzung führen Kommunen die Entwicklung von Flächen auf der „Grünen Wiese“ extrem zurück, so dass das gesetzte Ziel teilweise sogar übererfüllt wurde.

Aktuell ergeben sich folgende Forderungen an die Politik:

- Einführung von Vorrangregelungen für die Wiedernutzung von Brachflächen in der Landes-, Regional- und Bauleitplanung.
- Vorrang von Maßnahmen auf Brachflächen bei den Eingriffs- und Ausgleichsregelungen, Berücksichtigung von Entsiegelungen sowie der Verbesserung der Bodenfunktionen und der Bodenqualität. Schaffung von Ausnahmen von der Eingriffsregelung bei Flächen, für die bereits bei der Vornutzung Ausgleichsmaßnahmen erfolgt sind.
- Stärkung der Vermarktung durch Schaffung von unabhängigen Instrumenten zur Klärung von Eigentümerinteressen und zur Bewertung von Brachflächen sowie von Fondslösungen zur Absicherung von Restrisiken.
- Novellierung der Grundsteuer zur Verbesserung der Verfügbarkeit bzw. Bereitstellung von Brachflächen und eine Reduzierung der Grunderwerbssteuer für die Wiedernutzung ehemals bebauter Flächen.
- Schaffung von Instrumenten für den und Förderung des kommunalen Zwischenverkehrs und der Flächenbevorratung.
- Förderung der Erfassung innerstädtischer Flächenpotenziale, der Identifizierung geeigneter Brachflächen und der aktiven Steuerung der Mobilisierung.
- Harmonisierung der Anforderungen an das Stoffstrom- und Bodenmanagement.
- Flächendeckende verbindliche Einführung des Handels mit Flächenzertifikaten unter Berücksichtigung der Bodenqualität.

Der ITVA bietet an, sich inhaltlich und beratend in den notwendigen Fachdialog einzubringen. **DK**

Finanz- und Heimatminister Füracker:

Neue Residenz Bamberg strahlt wieder in altem Glanz

2. Bauabschnitt der Generalinstandsetzungsarbeiten ist abgeschlossen

„Die Neue Residenz Bamberg ist ein Meisterwerk des fränkischen Barock und wichtiger Teil der Geschichte und unserer Heimat in Bayern. Es freut mich daher ganz besonders, dass sie nach umfassenden Restaurierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen wieder in ihrem alten Glanz erstrahlt“, sagte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Wiedereröffnung der Fürstbischöflichen Wohnräume in der Neuen Residenz Bamberg.

„Das Appartement des Fürstbischofs ist nun wieder ein Höhepunkt im Rundgang durch die Residenz. Alle Besucherinnen und Besucher können zahlreiche originale Objekte, wie den Schreibtisch des Fürstbischofs Adam Friedrich von Seinsheim, besichtigen“, so Füracker weiter. Die Fürstbischöflichen Wohnräume waren seit 2016 zur umfangreichen Restaurierung geschlossen.

Die Neue Residenz Bamberg war über 200 Jahre von 1700 bis 1919 ein Mittelpunkt der fränkischen und bayerischen Politik. Dieses kulturelle Erbe gilt es für künftige Generationen zu bewahren und zu erhalten. „Insgesamt hat der Freistaat rund 13,6 Millionen Euro in die beiden jetzt abgeschlossenen Bauabschnitte investiert. Das ist die bislang größte Investition in den Erhalt in der rund 400-jährigen Geschichte der Residenz“, betonte Füracker.

Bei den Instandsetzungsarbeiten wurden unter anderem die gesamten Dachflächen mit der altdeutschen Schiefereindeckung aufwändig saniert. Auch die Fassaden zeigen sich nach dem Neuanstrich wieder in historischer Farbgebung. Ein besonderer Blickfang ist das neue Wandbild, das auf Basis historischer Befunde an der Fassade des weithin bekannten Rosengartens geschaffen wurde. In den Fürstbischöflichen Wohnräumen wurden alle Oberflächen aufwendig restauriert, die Räume nach historischem Vorbild neu möbliert und mit modernster Lichttechnik ausgestattet. Der Kaisersaal erstrahlt nach den umfangreichen Arbeiten an Decke und Wandflächen wieder in seinem vollen Glanz.

Die Räume nach historischem Vorbild neu möbliert und mit modernster Lichttechnik ausgestattet. Der Kaisersaal erstrahlt nach den umfangreichen Arbeiten an Decke und Wandflächen wieder in seinem vollen Glanz.

Teil des UNESCO-Weltkulturerbes

Die Neue Residenz, die von der Bayerischen Schlösserverwaltung betreut wird, vereint sich zusammen mit dem Dom und anderen bedeutenden baulichen Zeugnissen aus einem Jahrtausend Bamberger Geschichte zu einer der großartigsten Platzanlagen Deutschlands. Sie ist Teil des UNESCO-Weltkulturerbes „Altstadt Bamberg“. Mit ihrer baulichen Entwicklung an dominanter Stelle im Stadtbild und in ihrer im Laufe der Jahrhunderte immer wieder ergänzten und erneuerten Ausstattung legt die Residenz bauliches Zeugnis ab über mehrere Jahrhunderte wechselvoller Geschichte.

Die Neue Residenz ist die erste große Residenz des Barock in Franken und größtes profanes Einzeldenkmal Bambergs. Sie ist im Gegensatz zu anderen Residenzen in Aschaffenburg, Würzburg oder München von Kriegszerstörungen verschont geblieben. So sind die Raumdekorationen aus über drei Jahrhunderten nahezu vollständig erhalten. **□**

Tag des offenen Denkmals:

Erinnern. Erhalten. Neu denken.

Rund 130 Denkmäler beteiligten sich in Bayern am Tag des offenen Denkmals, der heuer wegen Corona erstmals überwiegend digital veranstaltet wurde. Unter dem Motto „Chance Denkmal: Erinnern. Erhalten. Neu denken“ wurden im Internet zahlreiche Präsentationen und Aktionen aufgelegt.

Unter den Teilnehmern fanden sich zahlreiche Klassiker, darunter die Alte Münze in München, der Beobachtungsposten der US-Armee in Waidhaus und das Orgelbaumuseum Steinmeyer in Oettingen. Das Regensburger Prämonstratenser-Kloster hatte eine virtuelle 360-Grad-Führung im Angebot.

In Ingolstadt waren zwei besondere Denkmäler Teil des Programms: Das Georgianum und das Kavalier Dalwigk. Beide werden derzeit von der Ingolstädter Kommunalbauten GmbH & Co. KG (INKoBau) saniert und sollen dann auch neu genutzt werden. Während über das Georgianum ein Informationsfilm zu sehen war, konnte das Kavalier Dalwigk, ein beeindruckendes Festungs- und Industriedenkmal, im Rahmen eines virtuellen Spaziergangs besichtigt werden.

Augsburger Welterbestätten

Das Augsburger Vorzeigeprojekt „Alte Schmiede“ sowie die Augsburger Welterbestätten öffneten virtuell ihre Türen. Die „Alte Schmiede“ in der Altstadt wurde 1184 (wahrscheinlich erstmals) in der schwäbischen Chronik erwähnt. In Kooperation mit dem Eigentümer und unter professioneller Unterweisung aus dem Bereich der Bauforschung sowie der Restaurierungs- und Konservierungstechnik soll das kulturelle Erbe in den kommenden Jahren von Studierenden der Hochschule Augsburg denkmalgerecht und mit größter Vorsicht saniert werden - mit innovativen Ansätzen, zum Beispiel hinsichtlich umweltschonender Lösungen für die Beheizung.

Wer Interesse hatte, konnte zudem virtuell das Wasserwerk am Hochablass oder die Wassertürme am Roten Tor mit Hilfe eines Audioguides bzw. bei einem virtuellen 3D-Rundgang erkunden. Auch das Gögginger Kurhaus, der Augsburger Dom und die Hessingkirche St. Johannes präsentierten sich im Internet.

Die St.-Johannis-Kirche in Lauf an der Pegnitz, 1275 als Kapel-

le erbaut, gilt mit ihren Glocken, schmiedeeisernen Gittern und bemalten Laternen als hohe Handwerkskunst. Ein Film führte durch die Kirche bis hinauf in die Spitze des Turmes. Mit Ausblick über das Nürnberger Land hörte man dort die historischen Glocken läuten. Am Passauer Mahmal für die Opfer des Nationalsozialismus wurde ein Textblock aus schwerem Granit zum Leben erweckt. Passanten konnten ihre Eindrücke schildern und auch hier war filmisch eine Begehung möglich.

Wie sich im Laufe der Jahrhunderte das Aschaffener Schloss verändert hat, ließ sich am Tag des offenen Denkmals anhand historischer Zeichnungen, Stichen, Gemälden und Fotografien virtuell nachempfinden. Gezeigt wurden die Veränderungen des Mainufers unterhalb der Altstadt vom 16. Jahrhundert bis heute.

Das Bürgerhaus in Rothenburg ob der Tauber ist mehr als 600 Jahre alt. Seine Geschichte konnte man in einem virtuellen Rundgang bequem von zu Hause aus kennenlernen. Aus Bamberg kam ein Kurzvideo rund um die Sanierungsarbeiten am Riegelhof. Die Arbeiten begannen im Sommer 2017 und sollen im kommenden Jahr abgeschlossen sein.

Premiere in Coburg

Eine Premiere gab es in Coburg: Erstmals war ein virtueller Rundgang durch die historische Kühlhalle möglich. Ebenfalls einen virtuellen Rundgang mit 360-Grad-Panorama-Ansicht des Königssalons des Hofer Hauptbahnhofs und des angrenzenden Wartesaals erstellte das Museum Bayerisches Vogtland. Texte und zusätzliche Fotos informierten außerdem über den historischen Raum.

Die Stadt Marktredwitz im Landkreis Wunsiedel ermöglichte einen virtuellen Blick in das Glaschleif-Areal. Die Glasproduktion wurde dort Anfang der 1980er Jahre eingestellt. Das Gebäude zählt zu den bedeutendsten Industriedenkmalen Bayerns. Bis 2023 soll es saniert werden.

Die Museen im Landkreis Fürstentfeldbruck machten den Tag des offenen Denkmals dagegen vor Ort erlebbar: Am Bauernhofmuseum Jexhof wurde bei einem Museumsrundgang gezeigt, wie sich der Jexhof durch seine Langlebigkeit und Reparaturfähigkeit auszeichnet. Außerdem waren ein Upcycling-Künstler und das Repair-Café Gröbenzell zu Gast. In der historischen Furthmühle Egenhofen konnte die Sonderausstellung „Die 50er Jahre - Wirtschaftswunder und Verdrängung“ besichtigt werden. Zudem hielt ein Müllermeister einen Vortrag zur Furthmühle, seiner Geschichte und dem Müllerhandwerk.

Denkmal als Symbol der Standhaftigkeit

Bayerns Kunstinminister Bernd Sibler hob an diesem jährlich stattfindenden deutschlandweiten Aktionstag die Bedeutung von Denkmälern für die Gesellschaft hervor: „Könnten Denkmäler sprechen, hätten sie uns wahrscheinlich einiges zu erzählen. Vieles haben sie schon erlebt, vieles haben sie auch über-

lebt beziehungsweise überdauert. Deshalb halte ich es in der momentanen Situation für sehr wichtig, dass der Tag des offenen Denkmals auch dieses Jahr, und zwar digital, stattfinden kann. Von Denkmälern können wir lernen, dass die Geschichte schon immer Herausforderungen für uns bereitgehalten hat und dass wir diese aushalten können, um später in neuem Glanz zu erstrahlen – das Denkmal als Symbol der Standhaftigkeit und der Gewissheit, dass auch wieder bessere Zeiten kommen werden.“

Im Haushaltsjahr 2019 hat das Kunstministerium 46,8 Millionen Euro in die Denkmalpflege investiert. Diese Summe beinhaltet die Ausgaben für das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege (BLFD), ausgereichte Fördermittel für Denkmalpflege sowie die Mittel des Entschädigungsfonds. Im Haushaltsjahr 2020 erhöhen sich die Investitionen sogar leicht auf 47,7 Millionen Euro. Außerdem steht das Bürgerportal Denkmalpflege als Servicestelle des BLFD bereits seit 2018 der Öffentlichkeit, insbesondere Vereinen, Institutionen und Privatpersonen, bei Fragen zur Denkmalpflege beratend zur Seite. Dieses Angebot ist deutschlandweit einmalig und wird gerne angenommen. **DK**

Richtfest für Bayreuther „Friedrichsforum“

Ein wichtiges Etappenziel haben Sanierung und Umbau der Bayreuther Stadthalle zum modernen Kulturzentrum „Friedrichsforum“ erreicht: In Anwesenheit von Oberbürgermeister Thomas Ebersberger und Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker feierten rund 100 geladene Gäste Richtfest. Baubeginn war vor drei Jahren, Fertigstellung und Eröffnung sind für 2023 geplant.

„Die Unterstützung der Kommunen ist und bleibt für den Freistaat ein zentrales Anliegen. Dies gilt ganz besonders für die Förderung von Kultureinrichtungen. Foren für Begegnung und Dialog sind gerade in diesen schwierigen Zeiten sehr wichtig. Die Sanierung und der Umbau der Stadthalle zu einer modernen Kulturstätte ist ein wichtiger Impuls für die Kulturregion Bayreuth“, stellte Minister Füracker fest. Der Freistaat unterstützt das Bauvorhaben mit Mitteln der Städtebauförderung sowie im Rahmen der kommunalen Hochbauförderung mit Mitteln des kommunalen Finanzausgleichs. „Flächendeckende Kulturein-

richtungen gehören zu unserer Heimatstrategie. Das moderne Friedrichsforum in den historischen Gemäuern aus dem 18. Jahrhundert ist ein wichtiger Teil der oberfränkischen Kultur“, hob Füracker hervor. Das Friedrichsforum prägte mit seinem besonderen Charakter die kulturelle Identität Bayreuths. Zusammen mit Mitteln der Oberfrankenstiftung sind für das Bauvorhaben der Stadt Bayreuth voraussichtlich insgesamt rund 40 Millionen Euro vorgesehen, davon knapp 36 Millionen Euro vom Freistaat.

Füracker zufolge hat Kultur in Bayern einen großen Stellenwert. Kultur schaffe Lebensfreude und verbinde Menschen. Theater- und Konzertsäle leisteten hier einen wichtigen Beitrag. Gerade auch in Bezirkshauptstädten müsse ein überregional bedeutsames Theater- und Konzertangebot abgedeckt sein.

Zeitgemäße Optimierung

In der Stadtmitte bietet das künftige Friedrichsforum sehr gute Voraussetzungen für Veranstaltungen. Das Kulturzentrum soll zu einer Brücke zwischen Wirtschaft, Universität, Kunst und Kultur und der Bevölkerung werden. Mit der Sanierung und Erweiterung der ehemaligen Stadthalle werden Funktionalität und Bspielbarkeit zeitgemäß optimiert.

Wie Oberbürgermeister Thomas Ebersberger betonte, sei für die Stadt Bayreuth die Sanierung und der Umbau der Stadthalle aus finanzieller Sicht alles andere als leicht. Es sei jedoch gelungen, die Bayerische Staatsregierung beziehungsweise die zuständigen Ministerien von der Notwendigkeit des Projektes zu überzeugen und eine außergewöhnlich gute Fördersituation zu erreichen. Mit dem Friedrichsforum biete die Stadt künftigen Kulturveranstaltern optimale Rahmenbedingungen. Bayreuth unterstreiche mit dem Projekt seinen Anspruch als Kulturstadt mit überregionaler Ausstrahlung. **DK**



V.l.: Stellvertretender Landrat Franz Clemens Brechtel, Stiftungsdirektor Marc Engelhard und der Baukoordinator der Kreisspitalsstiftung Weißenhorn, Christian Pröll. Bild: Jürgen Bigelmayr/LRA Neu-Ulm

Landkreis Neu-Ulm:

Klinikausbau in Weißenhorn

Auf den Landkreis Neu-Ulm ist auch in der Corona-Krise als Investor Verlass. Er steckt insgesamt rund vier Millionen Euro in die Erweiterung der Stiftungsklinik in Weißenhorn. Seit Mai dieses Jahres laufen die Arbeiten an dem Anbau, der in Modulbauweise errichtet wird. Voraussichtlich soll das neue Modulgebäude Ende September fertiggestellt sein.

Ab dieser Woche werden vom dem Bettentrakt der Stiftungsklinik - wegen seiner Form „Bettenwinkel“ genannt - die 21 Module per Kran auf das Betonfundament gesetzt, das rund 25 Meter lang, 18 Meter breit und zwei Meter tief ist.

Neues Modulgebäude

Insgesamt entstehen so drei Geschosse in Fertigbauweise, die jeweils über einen Verbindungsflur mit dem Hauptgebäude verbunden werden. Im Erdgeschoss werden ambulante Behandlungsräume untergebracht. Durch diese Erweiterung kann die dringend notwendige Entzerrung der Notaufnahme und der Ambulanzräume realisiert werden. In den beiden Obergeschossen entstehen Bettentrakte, welche die internistischen Bettenkapazitäten an der Stiftungsklinik deutlich erhöhen. Der Anbau lindert die dringlichste Platznot an der Stiftungsklinik Weißenhorn.

„Trotz der Corona-Krise liegen

wir im Bauzeitenplan gerade einmal zwei Monate zurück“, hob Baukoordinator Christian Pröll von der Kreisspitalsstiftung bei einer Baustellenbesichtigung hervor. „Das Zusammenspiel aller Beteiligten ist beispielhaft“, lobte Stiftungsdirektor Marc Engelhard. „Gerade im Hinblick auf die immensen Herausforderungen der Corona-Krise sind die dringend benötigten Raumkapazitäten noch bedeutsamer geworden.“

„Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, die Bauverzögerungen so gering wie möglich zu halten“, sagte stellvertretender Landrat Franz Clemens Brechtel bei seinem Besuch in Weißenhorn. „Ich bin froh, dass wir schon bald die zusätzlichen Krankenhauskapazitäten in Betrieb nehmen können.“

Bei dem Vorort-Termin würdigte der Vize-Landrat auch die „großartigen Leistungen“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller heimischen Krankenhäuser während der Corona-Pandemie. **□**

Baubeginn für neuen Kindergarten Am Stadtpark

Im Auftrag der Stadt Nürnberg errichtet die WBG KOMMUNAL GmbH Am Stadtpark 94 einen 3-gruppigen Kindergarten als Ersatzneubau für die vorhandene Einrichtung. Künftig werden 75 Kinder diese Einrichtung besuchen.

Das vorhandene Kindergartengebäude Am Stadtpark 94 ist sowohl aus technischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht sanierungsfähig und wird abgebrochen. Der Ersatzneubau wird zum Schutz des vorhandenen Baumbestandes an gleicher Stelle errichtet. Der an den gestiegenen Anforderungen angepasste Neubau wird zweigeschossig mit Erdgeschoss und Untergeschoss ausgeführt.

Ungewöhnliche Kubatur

„Der Neubau mit 893 qm Bruttogeschossfläche ist aus Sicht der Stadtplanung gestalterisch sehr gelungen und fügt sich hervorragend in den Stadtpark ein. Das oberirdische Gebäudevolumen des Neubaus unterschreitet sogar leicht das des alten Gebäudes und hinterlässt somit im Stadtpark einen etwas kleineren Fußabdruck“, gibt sich Planungs- und Baureferent Daniel F. Ulrich überzeugt.

Die sich aus den örtlichen Gegebenheiten ergebende ungewöhnliche und zum Standort passende Kubatur wird aus wirtschaftlichen Gründen mit wei-

testmöglich einfachen konstruktiven Ansätzen realisiert. In der nördlichen Hälfte des Gebäudes wird das Außengelände großzügig terrassiert. Die Hauptnutzflächen werden durch Abböschungen und Oberlichter zum Mehrzweckraum hin gut belichtet. Hierdurch entstehen lichtdurchflutete, helle Räume im Souterrain, deren Ausgänge unmittelbar in den Garten führen.

„Im Vergleich zum Bestandsgebäude wird der Neubau durch das zusätzliche neue Untergeschoss einen modernen und kindgerechteren Betrieb ermöglichen und sowohl für die Kinder als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutliche Verbesserungen bringen“, freut sich Sozialreferentin Elisabeth Ries.

Das Gebäude wird einschließlich aller Zugänge, Türbreiten, Bewegungsflächen etc. im Sinne der DIN 18040-1 barrierefrei erstellt. Im Erdgeschoss wird es eine rollstuhlgerechte Toilette mit Dusche geben. Ein Aufzug erschließt die Geschosse barrierefrei. Es wird dem EnEV-Standard gerecht. Die Einhaltung des Erneuerbare Energien-Wärmegesetzes wird durch den Einsatz von Geothermie und Wärmepumpe erfüllt. **□**

Ganz Bayern in einer Stunde

TV BAYERN
LIVE

samstags 17:45 Uhr auf RTL
& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV-Sendern

www.tvbayernlive.de



Empfangbar im Kabel, über Magenta TV & via Satellit auf RTL Bayern

Dorferneuerung Münsterhausen:

Lohnende Maßnahmen

Die Dorferneuerung verbessert die Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Umweltverhältnisse auf dem Lande. Damit wird die Standort- und Lebensqualität der Dörfer im ländlichen Raum nachhaltig gestärkt. Nutznießer dieser Möglichkeiten ist auch der Markt Münsterhausen im Landkreis Günzburg. Das Straßendorf wurde attraktiver und verbesserte die innerörtliche Entwicklung.

Das Amt für Ländliche Entwicklung Schwaben (ALE) leitete 2006 für den Markt die Dorferneuerung ein. Seither wurden knapp 1,4 Mio. Euro in Maßnahmen der Dorferneuerung investiert. Rund 840.000 Euro bekam der Ort für diese Projekte an Zuschüssen von Europäischer Union, Bund und Freistaat Bayern. „Münsterhausen wurde dadurch schöner, lebens- und lebenswerter“, betonte Bürgermeister Robert Har-

tinger zum Abschluss der Dorferneuerung. Die Dorfgemeinschaft sei enger zusammengerückt und die Vereine arbeiteten deutlich enger zusammen, als das früher der Fall gewesen sei.

Laut Behördenleiter Christian Kreye (ALE) schafften die Münsterhäuser mit ihren Investitionen einen Mehrwert, der nicht nur in Euro und Cent zu beziffern sei, aber umso deutlicher spürbarer werde. Der Ort habe die Vor-

teile einer Dorferneuerung erkannt und diese vollumfänglich genutzt. Kreye gab der Hoffnung Ausdruck, dass der „Geist“ der Dorferneuerung, wie Inspiration, Impulse und Anreize, über den Tag des förmlichen Abschlusses hinaus weitergehe.

Mindel als prägendes Element

Prägend für die Dorferneuerung war die Bauphase von 2009 bis 2018. Zahlreiche Ideen aus der Vorbereitungsphase konnten umgesetzt werden. So wurde unter anderem ein Gewässerinformationssystem und Erlebnispfad (GIEP) verwirklicht. Dabei gelang es, die Mindel als prägendes Element ihrer Heimat erfahrbar zu machen. Das Projekt ist ein duales Informationssystem, das Theorie und Praxis verbindet. Der Pfad erklärt an elf Stationen die biologischen Zusammenhänge am Wasser. Er informiert mittels Schautafeln und macht den Lebensraum Wasser zugänglich. Spannendes wird entdeckt, Interessantes erforscht, und Wissenswertes kann nachgelesen werden.

Die Attraktion des GIEP ist der Wasserspielplatz westlich der Sportanlage. Mit einem feststehenden Floß, Kneippmöglichkeit, einer Archimedischen Spindel zur Wasserentnahme aus dem Kühgraben, Matschtischen, einem Wasserlabor, einem Wasserspielplatz und Barfußpfad werden die menschlichen Sinne durch Plan-

schen, Matschen, Kneipen, Erfühlen und Erspüren angeregt.

Ebenso realisiert wurde neben der Errichtung eines Bewegungsparks mit attraktiven Sportgeräten der Anbau an die Mehrzweckhalle und der Bau eines Dorfplatzes mit Beachvolleyballfeld. Nicht nur der Kirchplatz wurde neugestaltet, auch an zahlreichen innerörtlichen Straßen und Wegen wurden entsprechende Arbeiten durchgeführt. Über die Mindel und den Mühlkanal wurden Fußgängerstege gebaut.

Um den Lebensraum für Pflanzen und Tiere zu verbessern, pflanzte das Dorf u.a. Linden, Säulenhainbuchen, Wildkirschen, Spitzahorn, Wild- und Ziersträucher, Bodendeckerosen und bodendeckende Stauden. Innerhalb des Ortes wurden neue Nisthilfen für Gebäudebrüter und Fledermäuse aufgestellt, um so die Vielfalt der heimischen Vogel- und Tierwelt zu fördern.

Spitzenstellung

Die Bürger von Münsterhausen ergriffen die Gelegenheit und nahmen das Angebot der Unterstützung von privaten Maßnahmen im Rahmen der Dorferneuerung an. Das Bayerische Dorfentwicklungsprogramm ermöglicht privaten Bauherren, Maßnahmen an ihren Gebäuden, Hofräumen und Vorgärten fördern zu lassen. Dazu gehören die dorfgerechte Erhaltung, Umnutzung und Gestaltung von bestehenden Gebäuden. Für Investitionen in Höhe von 2,7 Mio. Euro zahlte das ALE am Ende Fördergelder von rund 330.000 aus. Damit hat Münsterhausen in der „privaten“ Dorferneuerung Akzente gesetzt und nimmt mit dieser Größenordnung in Schwaben eine Spitzenstellung ein. **DK**



Eine besondere Attraktion in Münsterhausen ist der Wasserspielplatz. Bild: ALE Schwaben

Mehr Lebensqualität in der Stadt durch klimaangepasstes Bauen

Aktueller Leitfaden für grüne und blaue Infrastruktur

Zunehmende Trockenheit und Hitze im Sommer zeigen: Klimaschutz und Klimaanpassung gehören zu den größten Herausforderungen unserer Zeit. Vor allem in den bayerischen Städten werden die Folgen des Klimawandels deutlich. Ideen für die nachhaltige Stadt der Zukunft liefert der aktuelle „Leitfaden für klimaorientierte Kommunen in Bayern“.

Im Mittelpunkt der Handlungsempfehlungen stehen urbane Klimaanpassung und Klimaschutz in Bayerns Städten. Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber betonte dazu heute in München: „Den Klimawandel mit mehr Hitze und Trockenheit spüren besonders die Menschen in den Städten. Wir brauchen in den Städten mehr grüne und blaue Infrastruktur: Vielfältiges öffentliches Grün, eine gesunde Stadtnatur und gute Luft sind entscheidend für die Lebensqualität im urbanen Raum. Die Stadt der Zukunft muss Themen wie Verdunstung, Verschattung, Freiflächen, begrünte Dächer und Fassaden verstärkt in den Blick nehmen. Stadtbäume und Grüngürtel sind eine natürliche Klimaanlage: Sie spenden Schatten, kühlen und befeuchten die Luft. Klimaangepasstes Pla-

nen und Bauen muss zum Standard werden. Der Pandemie-Sommer zeigt überdies: Nahegelegene Parkanlagen und Grünflächen sind wichtige Erholungsräume für die Menschen in der Stadt. Der Leitfaden für Klimaschutz und mehr Natur in den Städten unterstützt die Kommunen bei der Anpassung an den Klimawandel mit Ideen und Informationen.“

Hitzetage und Dürreperioden wie auch lokale Starkregenereignisse nehmen in Bayern zu. In München gab es in den Sommern 2017, 2018 und 2019 insgesamt 55 Hitzetage, mit einem Spitzenwert von 35,8 Grad Celsius. Mit mehr Stadtklimabäumen und Grünflächen lässt sich die Temperatur in den Städten um mehrere Grad senken. Wasserrückhalteräume, geöffnete Stadtbäche und mehr freie Wasserflächen können die-

sen positiven Effekt verstärken. In einer ‚Schwammstadt‘ wird Regenwasser vor Ort zurückgehalten und versickert. Bei Hitze versorgt es das Stadtgrün, verdunstet und kühlt. Gleichzeitig wird der Schutz vor Starkregen verbessert. Bayerns Kommunen müssen sich daher frühzeitig und umfassend auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten. Glauber: „Wir brauchen praktische Lösungen zur Klimaanpassung. Das gilt insbesondere für dicht bebauten Stadtquartiere. Der Klimawandel wartet nicht: Wir müssen jetzt gemeinsam mit allen Akteuren anfangen, passgenaue Maßnahmen für Bayerns Städte zu planen und umzusetzen.“ Beispiele sind widerstandsfähige Stadtbäume mit ausreichend Platz, Grünflächen als Rückhalteräume für Starkregen, blühendes Straßengleitgrün für die bestäubenden Insekten in der Stadt und auch artenreiche Privatgärten.

Vor allem große Städte stehen aufgrund steten Zuzugs, zunehmenden Verkehrs und notwendiger Nachverdichtungen vor planerischen Herausforderungen. Der Leitfaden für klimaorientierte Kommunen zeigt, wie natürliche Ökosystemleistungen als Schlüssel für urbane Lebensqualität im Klimawandel nutzbar werden. Er baut auf den Ergebnissen der Klimaforschung des „Zentrums Stadtnatur und Klimaanpassung“ an der TU München auf.

Erst kürzlich haben das Bayerische Bauministerium und das Bayerische Umweltministerium im Rahmen der Umweltinitiative „Stadt.Klima.Natur“ das gemeinsam geförderte Modellvorhaben im Experimentellen Wohnungsbau „Klimaanpassung im Wohnungsbau“ gestartet. Zehn Bauvorhaben wurden ausgewählt, um zukunftsweisende Lösungen für Gebäude und Freiflächen zu entwickeln und umzusetzen. Dabei liegt der Schwerpunkt auf geförderten Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern. **□**

Die stille Gefahr durch Stauwasser auf Flachdächern

Aufgrund von Mängeln an der Drainage oder einem verstopften Ablauf, fließt das Wasser nach starken Regenfällen oder Schneeschmelze auf Flachdächern häufig nicht richtig ab und staut sich großflächig. Schon 7 cm stehendes Wasser im Dachaufbau bedeutet eine akute Gefahr für die Bauwerksicherheit. Kommt dann im Winter noch Schnee hinzu, ist die maximale Traglast des Daches schnell erreicht.

Vor allem Gebäude mit älterer Bausubstanz oder mit Zusatzbelastungen z.B. durch Photovoltaikanlagen sind stark gefährdet. Der Problematik wird trotz zunehmender Extremwetterlagen noch immer zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, zumal sie auch schwer zu überwachen ist. Häufig bleiben die Seen auf den Flachdächern unentdeckt, bis es zu Gebäudeschäden oder gar einem Einsturz kommt, da die Dachflächen nur sporadisch überprüft werden.

Die Firma Envitron hat ergänzend zu ihrem Schneelast-Messsystem nun auch einen Stauwasser-Sensor entwickelt, mit dem Flachdächer 24/7 überwacht werden können. Bei Überlastungsgefahr wird automatisch ein Alarm ausgelöst. Über ein Daten-Portal können die aktuellen Messwerte aber auch von jedem internetfähigen Gerät aus gemonitort werden. Weitere Informationen unter www.envitron-systems.com **□**

Klimaschutz ganzheitlich denken

Serielle Sanieren braucht die richtigen Rahmenbedingungen.

Die BAUINDUSTRIE begrüßt ausdrücklich das Gesamtpaket von Klimaschutzanstrengungen, welches die Bundesregierung seit dem letzten Jahr auf den Weg gebracht hat. Insbesondere als wichtigen Bestandteil der Konjunkturmaßnahmen nach der Coronakrise.

„Durch zahlreiche Verbesserungen der Fördermöglichkeiten sowie neu geschaffene finanzielle Anreize wurde ein breiteres Spektrum wirtschaftlich durchführbarer Gebäudesanierungen geschaffen“, sagt Dieter Babel, Hauptgeschäftsführer Hauptverband der Deutschen Bauindustrie.

GEG als wichtiger Baustein

Das neue Gebäudeenergiegesetz (GEG) macht durch seine Zusammenführung von bisher drei Gesetzen bzw. Verordnungen einen wichtigen Baustein im Klimaschutz aus. Diese ganzheitliche Herangehensweise sollte in Zukunft konsequent weiter fortgeführt werden. „Mit Hochdruck gilt es nun für alle Beteiligten, noch mehr wirtschaftlich attraktive Lösungen zu entwickeln, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen und diese dann in die Fläche auszurollen. Vor allem was die serielle Sanierung von Gebäuden betrifft“, so Babel. Die BAUINDUSTRIE hat seit längerer Zeit hierzu Konzepte entwickelt und als Partner von Energysprung bietet sie gern ihre Unterstützung zur Umsetzung an.

Vorbildfunktion öffentlicher Bauwerke

Von großer Wichtigkeit ist die Rolle der öffentlichen Hand als Bauherrn. Mit dem neuen GEG wird dieser Verantwortung Rechnung getragen und die Vorbildfunktion öffentlicher Bauwerke explizit verankert. Die BAUINDUSTRIE weist darauf hin, dass diese Rolle nicht nur ideell-gesellschaftliche Wirkung hat. „Durch die Größe ihres Gebäudeportfolios kann die öffentliche Hand erstens quantitativ einen immensen Beitrag zur Klimabilanz im Gebäudebereich leisten. Sie kann zweitens wichtige Pilot-Beispiele für technisch komplexe Bauwerke entwickeln und kommunizieren und so einen qualitativen Beitrag leisten. Und drittens sollten die großen Portfolios für entsprechende Projektzuschnitte und den Einsatz innovativer Vertragsmodelle genutzt werden, damit sich entsprechende Skalierungseffekte auch in den Kosten niederschlagen können“, ergänzt Babel. **□**



WIR FÖRDERN DRUNTER UND DRÜBER

Als Förderbank für Bayern unterstützen wir auch Investitionen in die Infrastruktur und in zukunftsweisende Projekte von Kommunen. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

Lfa Förderbank
Bayern

Geförderter Breitbandausbau in Holzheim am Forst

Alternative zu großen Telekommunikationsunternehmen

Der Breitbandausbau der Gemeinde Holzheim am Forst (Landkreis Regensburg) wird im Rahmen des Breitbandförderfahrens durch die R-KOM in Kooperation mit der Laber-Naab Infrastruktur aus Parsberg hergestellt. Im Rahmen des offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahrens wurde R-KOM, Regensburger Telekommunikationsgesellschaft GmbH & Co. KG, als wirtschaftlichster Anbieter ausgewählt. Die R-KOM praktiziert in Holzheim am Forst eine kommunale Zusammenarbeit mit der Laber-Naab Infrastrukturgesellschaft GmbH.

Die Laber-Naab Infrastrukturgesellschaft ist ein lokaler Netzbetreiber für passive digitale Infrastruktur. Sie plant, baut und betreibt Hochgeschwindigkeitsnetze für Privat- und Geschäftskunden sowie Organisationen jeder Art. Die R-KOM installiert die aktive Technik und stellt die Telekommunikationsdienste für die Bürger bereit.

Holzheim hat 80 Prozent Förderung in Aussicht gestellt bekommen. Und bei einem so zukunfts-trächtigen Thema wie der Glasfasererschließung im Zuge der Digitalisierung und des Erhalts der Immobilienwerte gerade im Umland, beim Stadt-Land-Gefälle, ist es sinnvoll, dass man auf dem Land genauso effektiv wohnen kann.“

Raum für Handlungsbedarf

Diese Konstellation war auch für den 1. Bürgermeister von Holzheim am Forst, Andreas Beer, entscheidend. „Die Gemeinde Holzheim am Forst ist eine von fünf Gemeinden im Landkreis Regensburg, wo Raum für besonderen Handlungsbedarf ist. Das stellt sich so dar, dass wir bei Regelförderprogrammen um zehn Prozent höher gefördert werden. Das heißt, die Gemeinde

Internet mit 1.000 Mbit/s

Und „Land“ bedeutet eben auch Dörfer und Ortsteile, die etwas abseits liegen und oft von den großen Anbietern links liegen lassen werden. Das ist jedoch bei der Laber-Naab Infrastrukturgesellschaft GmbH und der R-KOM anders. Nach dem Auswahlverfahren der Bayerischen Breitbandrichtlinie werden 35 unterversorgte Gebäude in den Gemeindeteilen Brunoder, Geisen-

thal, Haslach, Hubhof, Irrnhüll, Ödenholz, Traidenloh, Unterbrunn und Wildthal angebunden. Die Glasfaser wird im Rahmen des Projekts bis an die Grundstücksgrenze gefördert (FTTP – fiber to the premises). Hierzu werden die Glasfaserleitungen vom zentralen Netzknoten über den öffentlichen Grund bis auf die privaten Grundstücke der 35 unterversorgten Gebäude verlegt. Bewohner, die im Rahmen der Vermarktungsphase mit R-KOM einen Vertrag über Telekommunikationsdienste unterzeichnen, erhalten die Lichtwellenleiter bis ins Gebäude. Mit dem aktuellen Produktangebot der R-KOM steht den Bewohnern dann Internet mit einer Geschwindigkeit von 1.000 Mbit/s zur Verfügung.

Lückenloser Ausbau

Gerade jetzt in der Corona-Pandemie hat sich für den Holzheimer Rathauschef am Beispiel Homeoffice gezeigt, dass sich der ländliche Raum nicht abhängen lassen darf. Zwar verbeuche man ein wirtschaftlich schwächeres Steueraufkommen gegenüber den Stadtrandgemeinden und Ballungszentren, jedoch habe man ziemlich schnell und nach kurzer Diskussion einstimmig beschlossen,

das komplette Gemeindegebiet lückenlos auszubauen und zu erschließen – inklusive aller Weiler und Gehöfte.

Im Frühjahr war Spatenstich, die Baumaßnahme läuft nach Plan. Ziel der R-KOM und der Laber-Naab Infrastruktur GmbH ist, in den nächsten Jahren noch weitere Gemeindeteile an das Glasfasernetz anzuschließen und somit die Bürger auf den höchsten Stand der Telekommunikationstechnik zu heben. Nur ein Glasfaseranschluss stellt sicher, dass auch in Zukunft der Bedarf an Bandbreite gesichert erfüllt werden kann.

Positives Zwischenfazit

Auch Bürgermeister Beer zieht ein positives Zwischenresümee: „Die Entscheidung zugunsten der LNI hatte absolut wirtschaftliche Gründe.“ Die erste kommunale Infrastrukturgesellschaft, parallel zu Anbietern wie Telekom, Vodafone usw., sei damals ein bayerisches Pilotprojekt gewesen. Laut Beer konnte durch die Gründung der LNI auf dem Land überhaupt erst ein Wettbewerb hergestellt werden. Damit entstand ein Konkurrenzdruck beim Umgang mit Steuermitteln, die letztendlich in bürgerlicher Hand bleiben. Das bedeutet: Wenn irgendwann durch die Leitungsgebühren ein Gewinn erwirtschaftet wird, fließt dieser zurück in den Zweckverband und dient der Allgemeinheit. „Und das ist ja das Optimum, wenn staatliche Gelder in die öffentliche Hand zurückfließen“, betont der Rathauschef. **Markus Bauer**

Schaffung bezahlbaren Wohnraums:

Bisheriges Handeln reicht nicht aus

Angesichts der nach wie vor bestehenden Unterversorgung mit bezahlbarem Wohnraum fordern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Universität Mannheim, des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung (IMK) und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) vom Bund die Einrichtung eines Beteiligungsfonds für kommunale Wohnungsbaunternehmen und bessere Rahmenbedingungen für die Einrichtung kommunaler Bodenfonds.

Laut Sebastian Dullien, wissenschaftlicher Direktor des IMK, ist nicht erkennbar, dass sich infolge der Corona-Krise die Wohnungssituation in den Ballungsräumen und ihrem Umland entspannen wird. „Die sinkende Kapazitätsauslastung im Bausektor macht verstärkten öffentlichen Wohnungsbau auch konjunkturpolitisch sinnvoll. Es ist eine Chance, dass zusätzliche Baunachfrage nicht mehr unweigerlich zu höheren Preisen führt“, so Dullien. „Der öffentliche Wohnungsbau ist nicht nur eine wichtige Konjunkturstütze, er hat auch langfristig weitreichende soziale, wirtschaftliche und ökologische Effekte. Die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten verdrängt Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen aus den attraktiven Stadtteilen und führt so zu einer Segregation, die den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden kann“, ergänzt Ricarda Pätzold, Wohnungsmarktspezialistin am Difu.

Ein Beteiligungsfonds des Bundes, der über die Kreditanstalt für Wiederaufbau abwickelt werden sollte, soll die Eigenkapitalbasis kommunaler Wohnungsunternehmen stärken. „Eine höhere Eigenkapitalquote stärkt die Refinanzierungs- und Investitionsfähigkeit beim Neubau bezahlbaren Wohnraums, bei solchen Unternehmen, bei denen das derzeit eine Restriktion darstellt. Ein Vorteil dieses Instruments liegt darin, dass der Beteiligungsfonds – im Gegensatz zu früheren Programmen – seine Förderung gezielt auf solche Wohnungsgesellschaften fokussieren kann, die be-

zahlbaren Wohnraum in angespannten Märkten schaffen“, so Tom Krebs, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim. Die Verfügbarkeit von Grund und Boden erweise sich momentan in nahezu allen Feldern der Stadtentwicklung – Wohnungsbau, Gewerbeentwicklung, soziale Infrastruktur etc. – als der „Flaschenhals“.

Zentrale Instrumente gemeinwohlorientierter Wohnungspolitik

Arno Bunzel, Leiter des Forschungsbereichs Stadtentwicklung, Recht und Soziales am Difu stellt klar: „Kommunale Bodenfonds sind zentrale Instrumente gemeinwohlorientierter Wohnungspolitik. Wir müssen deshalb ihre Wirksamkeit verbessern. Bund und Länder sollten ihre Grundstücke, für die sie keinen Eigenbedarf haben, in die jeweiligen kommunalen Bodenfonds einbringen. Dabei müssen die Vorschriften in der Verbilligungsrichtlinie des Bundes aus städtebaulicher Sicht weiterentwickelt werden.“

Die finanzielle Situation der Kommunen muss als das Haupthindernis für die Implementierung handlungsfähiger Bodenfonds bezeichnet werden. „Die Länder sollten die haushalts- und kommunalaufsichtsrechtlichen Regelungen für ihre Kommunen so ausgestalten, dass kommunale Bodenfonds adäquate Refinanzierungsbedingungen haben, die sich an ökonomischen Kriterien und nicht an tradiertem kammernalen Haushaltsrecht orientieren“, so Carsten Kühl, Institutsleiter des Difu. □



Dr. Christoph Maier, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion (links), ist neuer Geschäftsführer der Wohnungsbaugesellschaft im Landkreis Fürstfeldbruck GmbH. Damit tritt er die Nachfolge von Emil Schneider an.

Landrat Thomas Karmasin (rechts) dankte dem scheidenden Geschäftsführer für seine geleistete Aufbauarbeit seit der Gründung der Gesellschaft im Herbst 2019 und beglückwünschte Christoph Maier zu seiner Bestellung, die auch mit einer Neuausrichtung der Gesellschaft verbunden ist. Maier sieht die GmbH als Dienstleister für die kommunalen Gesellschafter; d. h. die vorrangige Aufgabe ist die Errichtung von neuem bezahlbarem Wohnraum für die Bürger der in der Gesellschaft organisierten Gemeinden. Der Einstieg ins operative Geschäft soll im Jahr 2021 mit der Errichtung eines ersten Wohnprojektes der Gesellschaft erfolgen. □

Landkreis Schweinfurt:

Spatenstich für Neubau des BSZ Alfons Goppel

Mit einem Investitionsvolumen von 53,7 Millionen Euro ist der Neubau des Beruflichen Schulzentrums (BSZ) Alfons Goppel und die damit verbundene Generalsanierung der dazugehörigen Turnhalle das größte bauliche Projekt in der Geschichte des Landkreises Schweinfurt. Mit dem Spatenstich im September 2020 haben die Bauarbeiten nun planmäßig begonnen, womit das Projekt, das direkt neben dem alten BSZ-Schulgebäude in der Geschwister-Scholl-Straße in Schweinfurt entsteht, nun auch sichtbar Gestalt annimmt. Die Inbetriebnahme des Schulneubaus ist bereits für September 2022 geplant.

Im Beisein von Mitgliedern des Kreisausschusses, der Schulfamilie, den Architekten und Projektplanern ging Landrat Florian Töpfer in seiner Begrüßung auf die Bedeutung dieses Baus ein: „Wir wollen hier unseren Schülerinnen und Schülern das Allerbeste bieten.“ Damit dies gelingt, hat sich der Landkreis frühzeitig mit der Schulfamilie in Verbindung gesetzt. „Ich bin beeindruckt von der Identifikation des Schülers und Lehrerkollegiums mit ihrer Schule. Sie haben sich intensiv bei den Planungen mit eingebracht.“

Nachhaltiger und barrierefreier Neubau

Dem Landkreis gehe es bei dem Neubau aber um mehr als nur um eine optimale Funktionalität der Räumlichkeiten. Nachhaltiges Bauen und Barrierefreiheit seien ebenfalls zwei sehr zentrale Punkte bei der Ausarbeitung gewesen. Das neue Gebäude wird unter anderem deutlich die vorgeschriebenen energetischen Mindestanforderungen unterschreiten, es liegt näher an den Standards für Passivhäuser als am gesetzlichen Standard nach der sogenannten Energieeinsparverordnung. Anders als das alte Schulgebäude, wird das neue unter anderem auch auf alle Ebenen barrierefrei erreichbar sein.

Auch wenn ein zweistelliger Millionenbetrag an Förderungen zu erwarten sein kann, wird ein wesentlicher Anteil der Gesamtsumme von 53,7 Millionen Euro vom Landkreis Schweinfurt finanziert. „Mit bei allen wesentlichen Entscheidungen haben die Gremien parteiübergreifend ein klares Zeichen gesetzt, welches hohen Stellenwert die Bildung bei uns im Landkreis Schweinfurt hat“, betonte Landrat Töpfer.

Der Münchner Architekt Peter

Schwinde erläuterte die wesentlichen Besonderheiten des Neubaus. Das quadratische, viergeschossige Gebäude werde künftig einen markanten Punkt am Ende der Geschwister-Scholl-Straße setzen. „Herz der Anlage werden die Aula und Mensa im Erdgeschoss sein, die gemeinsam mit einem Mehrzweckraum insgesamt Platz für rund 500 Personen bieten und aufgrund von verschiebbaren Wandelementen unterschiedlich nutzbar sein werden.“ Besonders gestalterisches Element wird auch der Innenhof sein, der sich quasi durch alle Stockwerke des Gebäudes ziehen wird.

Schüler können künftig noch besser gefördert werden

Schon heute sei die Vorfremde auf das neue Schulgebäude sehr groß, betonte BSZ-Schulleiter Joachim Sagstetter. „Für unser Lehrerkollegium ist der Ansporn stets die zentrale Frage: Wie können wir unsere Schülerinnen und Schüler optimal fördern? In diesem Neubau wird uns dies noch um ein Vielfaches besser gelingen als bislang.“

So werden die Praxisräume noch realitätsnäher sein, die digitalen Möglichkeiten noch besser und einheitlicher. Aktuell werden rund 680 Schülerinnen und Schüler, inklusive der berufsvorbereitenden Klassen für Asylbewerber, am BSZ unterrichtet.

Das alte BSZ wird nach dem Umzug in den Neubau abgerissen und die freierwerdenden Flächen zum Außenbereich der Schule umgestaltet. Um das Neubauprojekt während des Betriebs des bisherigen Schulzentrums realisieren zu können, hat der Landkreis von der Stadt Schweinfurt einen Streifen eines an das bisherige BSZ-Grundstück angrenzenden Grundstücks gekauft. □



V.l.: Helmut Stauber vom Landratsamt Lindau, Schulleiter der Realschule Lindenberg, Walter Zwinger und Landrat Elmar Stegmann in einem der neuen Werkräume. Bild: LRA Lindau, Angela Wolf

Lindenberg:

Sanierung der Realschule komplett abgeschlossen

Der Landkreis Lindau ist Träger der weiterführenden Schulen und hat in den vergangenen Jahren Millionen für den Betrieb, die Ausstattung, den Gebäudeunterhalt, die energetische Sanierung und den Neubau von Schulen und Turnhallen aufgewendet. Auch heute wurde wieder kräftig investiert, so etwa 1,2 Millionen Euro in die energetische Sanierung des Fachtrakts der Realschule Lindenberg und 120.000 Euro in die Erneuerung der dortigen Werkräume. Auch die Heizungen sowohl an der Realschule als auch am Gymnasium Lindenberg wurden in 2020 für jeweils etwa 150.000 Euro erneuert.

Außerdem wurden PV-Anlagen zur Gewinnung von Solarstrom auf den Dächern der Sankt-Martin-Schule und der Sporthalle der Realschule Lindenberg angebracht. „Wir investieren in die Köpfe der jungen Generation und schaffen gute Lehr- und Lernbedingungen“, freut sich Landrat Elmar Stegmann. „Gleichzeitig tun wir etwas für den Klimaschutz.“

Der Fachtrakt an der Realschule in Lindenberg wurde im Jahr 1975 errichtet. Nach all den Jahren gab es nun speziell im Bereich des Flachdachs sowie bei den Fensterelementen größere bauliche Mängel. Das komplette Flachdach wurde nun saniert und mit einer zusätzlichen Dämmschicht energetisch aufgewertet. Darüber hinaus wurden alle Lichtkuppeln durch neue ersetzt und Fensterelemente und Eingangstüren aus-

getauscht. Auch der Sonnenschutz und dessen Steuerung für die Süd- und Ostseite des Gebäudes ist neu.

500.000 Euro vom Freistaat

Das Hauptgebäude der Realschule Lindenberg wurde 2010 grundlegend energetisch saniert. Am Ostflügel wurde ein neuer Erweiterungsbau in Passivbauweise angebaut. Auch die Turnhalle ist erneuert. „Mit der Sanierung des Fachtrakts und dem Einbau eines Blockheizkraftwerkes ist nun die energetische Sanierung der Schule komplett abgeschlossen“, erklärt Stegmann.

Von den aktuellen Baukosten in Höhe von 1,2 Millionen Euro werden dem Landkreis vom Freistaat 500.000 Euro über die Fördermaßnahme „Kommunalinvestitionsprogramm-Schulinfrastruktur-KIP-S“ erstattet. □

Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes:

Pro und Contra

Um EU-Vorgaben umzusetzen, hat der Deutsche Bundestag eine Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes beschlossen. Die Novelle weitet die Pflichten zur Getrenntsammlung aus, erhöht die Recyclingquoten und setzt neue Instrumente zur Förderung der Abfallvermeidung um.

Der VKU begrüßt die Novelle und den Feinschliff der Regierungsfaktionen von Union und SPD mit ihrem gestern beschlossenen Änderungsantrag: Das Gesamtpaket bremst Rosinenpicken privater Entsorger, sorgt für juristische „Waffengleichheit“ und ist insgesamt eine gelungene Verknüpfung zwischen ökologischen Innovationen und der Daseinsvorsorge der kommunalen Stadtreiniger. Für beide Änderungen hatte sich der VKU im Vorfeld der gesetzgeberischen Befassung stark gemacht.

VKU zur Rolle der Kommunen

Im Gesetzgebungsverfahren ging es u.a. darum, die Rolle der Kommunen für die verlässliche Hausmüllentsorgung als Teil der Daseinsvorsorge präzise und effektiv gegenüber den Betätigungsfeldern privater Akteure abzugrenzen.

Zu diesem Zweck erlaubt der Bundestag nun auch Kommunen, gegen Entscheidungen von Behörden zu klagen, z.B. beim Verdacht, dass Behörden den Verstößen gewerblicher Sammler gegen die Bestimmungen zum Anzeigeverfahren nicht nachgehen oder die Position der kommunalen Entsorger nicht hinreichend berücksichtigt haben.

Gewerbliche Sammler müssen anzeigen, wann und wo sie wie viel Abfall entsorgen (wollen). Auf dieser Basis entscheiden die Abfallbehörden vor Ort, ob dies erlaubt ist oder nicht. Kommunale Entsorger werden angehört – bislang konnten sie im Gegensatz zu gewerblichen Sammlern die Entscheidungen der Behörden aber nicht anfechten.

Mit der neuen Regelung kann jetzt auch der kommunale Entsorger die Entscheidungen von

Behörden durch Gerichte überprüfen lassen. Der VKU hatte diese Klagebefugnis u.a. im Rahmen einer Sachverständigenanhörung des Umweltausschusses gefordert und begrüßt die Entscheidung: „Gut, dass jetzt zwischen den kommunalen Abfallentsorgern und gewerblichen Sammlern juristische Waffengleichheit herrscht. Mit dem beidseitigen Klagerecht wird eine faire behördliche Interessenabwägung gesetzlich gut abgesichert“, urteilte ein Verbandsprecher.

Der Bundestag stärkt die Daseinsvorsorge, Verbraucher und Gebührenzahler zudem mit einer zweiten Entscheidung: Die freiwillige Annahme von Abfall, wie z.B. Altkleidern, durch Einzelhandelsketten und Hersteller wird mit einer dreijährigen Bindungsfrist versehen. Auch für wirksame Begrenzungen solcher Abfallannahmen im Einzelhandel hatte sich der VKU stark gemacht.

Rosinenpickerei

Laut VKU dringen große Einzelhandelskonzerne immer stärker in das Entsorgungsgeschäft vor. Hier bestehe konkret die Gefahr, dass die Bereitschaft zur Rücknahme von Produktabfällen sich allein nach der Preisentwicklung auf den globalen Rohstoffmärkten richtet, die jedoch sehr volatil ist. Im Klartext: Dass Handel und Hersteller nur dann Textilien, Papier oder Metalle zurücknehmen, wenn es sich wirtschaftlich lohnt und die Kommune einspringen muss, wenn es sich wirtschaftlich nicht lohnt. In guten Zeiten profitieren Hersteller und Handel, in schlechten Zeiten zahlen kommunale Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger als Ge-

bührenzahler. Mit der jetzt beschlossenen dreijährigen Bindungsfrist schiebe der Bundestag diesem Rosinenpicken einen Riegel vor und verhindere, dass das Risiko sinkender Rohstoffpreise einseitig auf die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger als Verbraucher und Gebührenzahler abgewälzt werden kann.

Standpunkt des bvse

Als „im Ergebnis enttäuschend“ wertet hingegen der bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung die verabschiedete Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes durch den Bundestag. Besonders ärgerlich und kontraproduktiv sei die Einführung einer kommunalen Klagebefugnis, die die Regierungsfaktionen in letzter Minute durchgesetzt hätten, kritisiert Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock. Damit würden die privaten Sammlungsstrukturen zugunsten der Kommunen weiter geschwächt, weil das gesetzlich vorgesehene Anzeigeverfahren „faktisch“ zu einem Genehmigungsverfahren umfunktioniert werden kann, das sich über etliche Monate oder gar Jahre hinziehen kann.

Berichtspflicht angemahnt

Nichts geändert habe sich hingegen an der „schwachen Regelung“ des § 45 „Pflichten der öffentlichen Hand“. Zwar werde hier eine Bevorzugungspflicht unter anderem für Rezyklate festgeschrieben, jedoch seien leider keinerlei Nachprüfungs- oder Sanktionsmöglichkeiten bei Nichtbeachtung dieser Regel vorgesehen. Noch nicht einmal zu einer jährlichen Berichtspflicht habe sich der Gesetzgeber durchringen können, kritisiert der bvse.

Rehbock zufolge hat der Bundestag hier versäumt, das öffentliche Beschaffungswesen effektiv auf Nachhaltigkeit auszu-

richten. Es stelle sich die Frage, warum es nicht gelungen ist, die eigenen Ansprüche in konkrete Taten zu übersetzen.

BDE: Unzureichende Novelle

Als „unzureichend“ kritisiert auch der BDE Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V. die Novelle des Kreislaufwirtschaftsgesetzes. So bedauert der Verband, dass die Regierungskoalition in der Novellierung kein klares Statement für eine Rohstoffwende abgegeben habe. „Gerade im Hinblick auf die laufende Sitzungswoche des Bundestages ganz im Zeichen der Nachhaltigkeit ist das eine verpasste Chance. Wenn Nachhaltigkeit nicht nur eine Worthülse sein soll, müssen Bekenntnissen zum Green Deal der EU-Kommission auch Taten folgen. Ein weit größerer Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft wäre mit dieser Novelle zur Umsetzung der Abfallrahmenrichtlinie der Europäischen Union (EU) möglich und auch nötig gewesen. Der von vielen Akteuren erwartete Paukenschlag für mehr Nachhaltigkeit ist ausgeblieben“, stellt BDE-Präsident Peter Kurth fest.

Wichtiger Akteur

Kurth weiter: „Der Deutsche Bundestag hat mit der Novelle die Chance verpasst, die großen Überschriften der deutschen Ratspräsidentschaft zur Nachhaltigkeit mit Inhalten zu füllen. Es darf bei den Themen Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft aber nicht dabei bleiben, die Backen aufzublasen, jedoch nichts an den Gesetzen zu ändern. Bisher bleibt es beim Thema Rohstoffwende leider nur bei Ankündigungen – so auch bei dieser Novelle. Dies ist auch deswegen kurzfristig, da die Kreislaufwirtschaft mit dem großen Treiber Rezyklateinsatz ein wichtiger Akteur beim Klimaschutz sein kann. Diese Novelle hätte einen Nachhaltigkeitscheck allenfalls mit einem ‚befriedigend‘ bestanden.“

Unverzichtbares Instrument

Aus Sicht des BDE sind für einen funktionierenden Kreislauf gesetzliche Verpflichtungen zum Einsatz von Rezyklaten, also ein verpflichtender Rezyklatanteil in bestimmten Produkten, ein unverzichtbares Instrument des Gesetzgebers. Freiwillige Verpflichtungen der produzierenden Industrie seien keine Basis, um darauf millionenschwere Investitionen in neue Recyclinganlagen zu gründen. Dass der Bundestag sich nicht dazu durchringen konnte, das Instrument „Minimal Content“ gesetzlich zu verankern, sei ein Ärgernis.

Der BDE begrüßt, dass zumindest die Regelung zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung, also z. B. die Beschaffung von Produkten mit hohem Rezyklatanteil, mit dem Gesetzentwurf geschärft wird. Kurth: „Es ist richtig, dass sich derjenige Beschaffer, der ausschließlich aus Primärrohstoffen hergestellte Güter einkaufen will oder aus Rezyklaten hergestellte Gü-



Vertreterinnen und Vertreter der teilnehmenden Gruppen nach dem Abschluss von „Burglengelfeld räumt auf“. Säckeweise türmte sich der Müll im Rathaushof.

Bild: Michael Hitzek

„Burglengelfeld räumt auf“

Sorgsamen Umgang mit der Schöpfung angemahnt

„Ich freue mich, dass wir trotz der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie so viele Menschen zur Teilnahme motivieren konnten.“ Initiator Markus Bäuml vom Sachausschuss Umwelt und Schöpfung der Pfarrei St. Vitus zieht zufrieden Bilanz: Mehr als 100 Bürgerinnen und Bürger, vom Kleinkind bis zur Rentnerin, nahmen in Grünanlagen und Wäldern im gesamten Stadtgebiet an der Aktion „Burglengelfeld räumt auf“ teil.

Eisenrohre, Babywindeln, Zigarettenskippen, jede Menge Coffee-to-go-Becher, Plastik in allen Farben und Formen, Berge von Werbeprospekten, Ytong-Steine und immer wieder Verpackungsmüll: Ein ganzer Pritschenwagen voller Müllsäcke stand am Ende der großen „Rama dama“-Aktion im Rathaushof, in dessen Ecken sich weitere Säcke stapelten. „Wir haben mitten im Wald sogar ein altes Badezimmerregal und einen alten Schrank gefunden“, berichtet Markus Bäuml.

Sorgsamer Umgang mit der Schöpfung

Was den Initiator besonders umtreibt, ist die hohe Zahl an Glasflaschen, die achtlos in die Natur geworfen wird: „Vielleicht ist den Menschen gar nicht bewusst, dass eine einzelne Glascherbe nach langer Trockenheit bei direkter Sonneneinstrahlung einen Waldbrand auslösen kann.“

Mitglieder der Wasserwacht wateten durch die Naab und borgen Alteisen, Abwasserrohre, ein Verkehrsschild, ein Puppenwagengestell und sinnigerweise auch drei Müllkörbe aus dem schlammigen Flussbett. „Es hat mich sehr nachdenklich gemacht, was alles so weggeworfen wird in unserer Stadt“, sagte Pfarrer Franz Baumgartner. Er verstand die Aktion „Burglengelfeld räumt auf“ als Aufruf, die Schöpfung ganz bewusst anzuschauen, besonders gut mit ihr umzugehen.

Auch Bürgermeister Thomas

Gesche sagte, die Bevölkerung solle mit der Aktion für einen sorgsameren Umgang mit Umwelt und Natur sensibilisiert werden. Er dankte zusammen mit Baumgartner und Bäuml allen teilnehmenden Gruppen. Gesche hoffte, dass „Burglengelfeld räumt auf“ im kommenden Jahr wieder den Charakter einer echten Gemeinschaftsveranstaltung haben könne. In diesem Jahr war wegen der Corona-Pandemie auf eine zentrale Auftaktversammlung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzichtet worden, die kleinen Gruppen starteten ihre Touren direkt in den Einsatzgebieten.

Zahlreiche Teilnehmer

Mit dabei waren: acabella – der Frauenchor im Städtedreieck, Wasserwacht-Ortsgruppe, Faschingsgesellschaft „Die Burgritter“, Feuerwehr Pilsheim, Musikkapelle St. Vitus (Jugend), Orgelbauförderkreis, Pfarrgemeinderat St. Vitus, CSU-Ortsverband, SPD-Ortsverein, Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen, Sudetendeutsche Landsmannschaft, Ministranten der Pfarrei St. Vitus, die Dorfgemeinschaft Mossendorf sowie einige Einzelpersonen. Einen Sonderapplaus aller Beteiligten gab es für Rathaus-Hausmeister Josef Hofmann, der beinahe überall zeitgleich war, gefüllte Müllsäcke abholte, leere Müllsäcke nachlieferte und sich auch um die Versorgung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Getränken kümmerte. □

Der Grüne Punkt und NABU-Forderung:

Einheitliche Definition für Kunststoffrecyclate!

Im Gegensatz zu Papier und Glas wird Kunststoff bisher immer noch zu einem deutlich geringeren Prozentsatz recycelt und danach zur Herstellung neuer Produkte genutzt. Eine echte Kreislaufwirtschaft aber setzt voraus, dass Abfälle, die beim Endverbraucher anfallen, hochwertig recycelt und wieder in den Produktkreislauf zurückgeführt werden.

Die Verwertung von Produktionsabfällen, sog. Post-Industrial-Recyclate, hilft nicht dabei, der Plastikvermüllung des Planeten entgegenzuwirken, weshalb Der Grüne Punkt und NABU eine gesetzliche bindende Definition für Kunststoffrecyclate fordern, bei der „Post-Consumer-Recyclate“ (PCR) bei der Förderung klar bevorzugt werden.

Klima und Rohstoffe schützen

Bis 2025 müssen laut EU-Verpackungsrichtlinie 50 Prozent der Kunststoffverpackungen in der EU recycelt werden. Da zudem künftig Aufbereitungsverfahren nicht mehr in die Berechnung der Recyclingquote einfließen dürfen, bedeutet das, dass sich die Recyclingmenge von Kunststoffverpackungen europaweit von aktuell etwa 4,6 Millionen Tonnen in den nächsten Jahren auf etwa acht Millionen Tonnen fast verdoppeln muss.

Vor diesem Hintergrund weist Jörg-Andreas Krüger, Präsident des NABU, darauf hin, dass „wir unseren Verpackungsaufwand

minimieren und die Kunststoffabfälle in engen Kreisläufen führen müssen, um Klima und Rohstoffe zu schützen“. Dafür brauche es Hersteller, die auf recyclingfreundliches Design achten und Recyclingmaterial in hochwertigen Anwendungen einsetzen. Doch zu oft rechneten Unternehmen ihre Recyclingfolge schön, indem sie lediglich ihre Produktionsreste verwerten.

Verwertung fördern

Krüger zufolge „lassen sie damit wahre Produktverantwortung vermissen. Damit mehr in das technisch herausfordernde Recycling von Abfällen aus dem Gelben Sack investiert wird, muss der Gesetzgeber die Verwertung dieser Abfallströme in besonderer Weise fördern und eine gesetzliche Definition für Kunststoffrecyclate einführen.“

Michael Wiener, CEO Der Grüne Punkt, geht sogar noch einen Schritt weiter und macht deutlich, dass die gesamte Kreislaufwirtschaft von der richtigen Definition abhängt: „Wir wer-

den die Plastikkrise nur lösen, wenn Kunststoff kreislauffähig wird. Dazu müssen wir gerade an die Kunststoffabfälle heran, die beim Endverbraucher anfallen und bei denen das Recycling eine echte Herausforderung ist. Das Recycling von Produktionsabfällen braucht keine Förderung – das Recycling von Post-Consumer-Abfällen sehr wohl. Aus diesem Grund ist die Unterscheidung von grundlegenden Bedeutung – und sie entscheidet über das Gelingen oder Scheitern der Kreislaufwirtschaft für Kunststoff.“

Anreize schaffen

Einig ist man sich darin, dass nur eine klare Definition des Recyclatbegriffs die Kreislaufwirtschaft retten und damit Klima und Umwelt schützen wird. Der Herkunftsnachweis könnte über das RAL Gütezeichen „%-Recycling Kunststoff“ erfolgen, das den prozentualen Anteil recycelter Kunststoffmaterialien aus dem Gelben Sack oder der Gelben Tonne in Produkten angibt. Die Wiederverwertung von Gewerbe- und Industrieabfällen wird in die Prozentangaben ausdrücklich nicht einbezogen, um gezielt Anreize für die Wiedernutzung von Plastikmaterialien aus Haushaltsabfällen zu schaffen. DK



Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen
Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

Verband kommunaler Unternehmen:

Für flächendeckende Entsorgungssicherheit

Der Umweltausschuss des Deutschen Bundestages hat Änderungsanträge zur Novelle des Batteriegesetzes der Bundesregierung beschlossen. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt die Änderungsanträge weitgehend als ersten Schritt: Der Bundestag bessere für flächendeckende Entsorgungssicherheit nach und stelle klar: kein Wettbewerb ohne Regeln.

Seit der Umwandlung des Gemeinsamen Rücknahmesystems (GRS) zu einem herstellereigenen Rücknahmesystem Anfang des Jahres besteht Nachbesserungsbedarf bei der Entsorgung von Batterien. Am GRS waren u.a. alle öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger angeschlossen, so dass die kommunalen Abfallentsorger verlässlich die Sammlung von Batterien übernehmen und die gesammelten Batterien absteuern konnten – immer und überall, auch in entlegenen Regionen. Seit der Reform herrscht um die Batterien, die in den kommunalen Sammelstellen anfallen, Wettbe-

werb zwischen den herstellereigenen Rücknahmesystemen – allerdings ohne spezifische Regeln, wie der Wettbewerb funktionieren soll.

In der Folge fürchtete der VKU um die flächendeckende Entsorgungssicherheit: Die privaten Rücknahmesysteme könnten zentrale Sammelstellen mit einer hohen Menge an Altbatterien bevorzugen. Dezentrale, entlegene Sammelstellen hätten es schwerer, überhaupt einen Partner für das Abholen ihrer Altbatterien zu finden.

Der Umweltausschuss hat nun einen ersten Schritt gemacht, um Sammelstellen zu unterstüt-

zen, die trotz Aufforderung kein Angebot von einem Rücknahmesystem erhalten. In solchen Fällen kann die zuständige Behörde die Abholung anordnen. Dafür machten die Abgeordneten beim Punkt Anordnung aus einer „Kann“- eine „Soll“-Regelung. Das bedeutet, dass die Behörde im Regelfall tätig werden muss, wenn eine kommunale Sammelstelle nicht von den Systemen bedient wird.

Erhöhung der Sammelquote

Zudem erhöhte der Ausschuss die Sammelquote von 45 auf 50 Prozent. Das begrüßt der VKU, der für höhere Sammelquoten geworben hatte. Höhere Sammelquoten schaffen einen Anreiz für die Rücknahmesysteme, sich auch um kleinere Sammelstellen zu bemühen, um ihre jeweiligen Sammelquoten zu erreichen.

Weitere spezifische Regeln, wie sich die Sammelstellen auf die fünf herstellereigenen Rücknahmesysteme aufteilen sollen, gibt es in der Novelle des Batterie-Gesetzes zwar nicht; dennoch hofft der VKU, dass mit den beschlossenen Regelungen eine bürgerfreundliche Batteriesammlung gewährleistet werden kann. Die Novelle des Batteriegesetzes soll zum 1.1.2021 in Kraft treten.

„Insgesamt führt der Umweltausschuss bei der Novelle des Batterie-Gesetzes einige Hebel für das Ziel ein, dass alle kommunale Sammelstellen unter den fünf Rücknahmesystemen einen Entsorgungspartner finden. Ob diese Hebel in der Praxis stark genug sind, um die flächendeckende Entsorgungssicherheit von Altbatterien auch an dezentralen Sammelstellen spürbar zu verbessern, wird sich zeigen“, stellt der VKU in einer Erklärung fest.

Der Umweltausschuss beschloss zudem in dritter Lesung eine sog. Einwegkunststoffverbotsverordnung. Der VKU be-

grüßt diese als ersten, wichtigen Schritt im Kampf der kommunalen Stadtreiniger gegen die Vermüllung und für saubere Städte. Mit der Verordnung werde ein wichtiger Teil der EU-Kunststoffrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt. Zugleich appelliert der VKU an die Bundesregierung, als nächstes die Hersteller stärker an den Reinigungskosten zu beteiligen und zudem die Kunststoffsteuer für 2021 konkret auszugestalten.

„Einwegprodukte aus Kunststoffen sind ein rasant wachsendes Umweltproblem und vermüllen den öffentlichen Raum, wenn sie achtlos weggeworfen werden. Es ist richtig, nun einen kleinen Teil dieser Produkte vom Markt zu nehmen. Denn für Strohhalme, Wattestäbchen und Luftballonstangen gibt es umweltfreundlichere Alternativen. Der Bundestag stärkt damit den kommunalen Stadtreinigern den Rücken im Kampf gegen die Vermüllung und für saubere Städte. Im nächsten Schritt sollte der Bundestag die Hersteller stärker in die Verantwortung nehmen und an den Reinigungskosten beteiligen, damit die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr allein die Kosten zahlen“, teilte ein VKU-Sprecher mit.

Littering-Studie

Die von der EU-Kunststoffrichtlinie erfassten Einwegkunststoff-Produkte machen ca. 20 Prozent des Straßmüll-Volumens aus, wie der VKU mit einer Littering-Studie analysierte. Diese Kosten tragen bis dato allein die Bürgerinnen und Bürger. Der VKU setzt sich dafür ein, auch Hersteller an den Kosten zu beteiligen. So sieht es die EU-Kunststoffrichtlinie vor, die die Bundesregierung bis Sommer 2021 noch in deutsches Recht umsetzen muss.

Zudem hat die EU eine Kunststoffsteuer ab dem 1. Januar 2021 beschlossen. 80 Cent soll jedes nicht-recycelte Kilogramm Kunststoffverpackung kosten. Die Steuer zahlen die Mitgliedstaaten. Jedoch haben sie die Option, die Steuer nicht aus dem Haushalt zu nehmen, sondern auf die Hersteller umzulegen. Allein in Deutschland wird die Steuer nach Schätzungen ca. 1,3 Mrd. umfassen. DK



Machte am Recyclinghof in Weißenburg einen Vormittag lang ein Praktikum: Landrat Manuel Westphal. Bild: LRA Weißenburg-Gunzenhausen

Mitangepackt am Recyclinghof in Weißenburg

Die Szene erinnerte sicherlich etwas an die Fernsehserie „Undercover Boss“ als Landrat Manuel Westphal in Arbeitskleidung und ausgestattet mit Mund-Nase-Schutzmaske am Recyclinghof vorfuhr. Nur war er so gar nicht Undercover, sondern ganz offiziell vor Ort, um mit den Mitarbeitern des Weißenburger Recyclinghofes ins Gespräch zu kommen und deren Arbeitsalltag besser zu verstehen.

„Ich bin überzeugt davon, dass ich nur durch die praktische Mitarbeit in den verschiedenen Bereichen mehr über die Tätigkeiten meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lernen kann. So kann ich Herausforderungen auch besser nachvollziehen und mir ein eigenes Bild über den Arbeitsalltag machen“, erklärte Landrat Westphal den Hintergrund seines Praktikums. „Unsere Wertstoff- und Recyclinghöfe sind ein wichtiger Bestandteil unseres Angebots an die Bürgerinnen und Bürger. Die Landkreisbevölkerung weiß den meist kostenlosen Service an den Höfen sehr zu schätzen. Eine Struktur, wie wir sie in Weißenburg-Gunzenhausen vorhalten, gibt es nur in wenigen Landkreisen. Unsere Gebrauchtwarenmärkte sind eine echte Besonderheit!“

Kurz nach der Wiedereröff-

nung bedingt durch die Corona-Pandemie kam es bei den Recyclinghöfen in Weißenburg und Gunzenhausen zu einem extremen Ansturm. Die Menschen hatten Zeit, um Keller und Dachböden zu entrümpeln und wollten die aussortierten Sachen natürlich auch schnell loswerden. „Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiteten zu dieser Zeit wirklich auf Anschlag. Noch dazu, da wir zu Beginn nur eine begrenzte Anzahl an Kundinnen und Kunden auf den Hof lassen konnten“, erinnerte sich Michael Hufnagel, Sachgebietsleiter der kommunalen Abfallwirtschaft, an die Herausforderungen während der Corona-Pandemie.

Dank für großen Einsatz

Nicht zu unterschätzen ist allgemein die Bedeutung der Abfallwirtschaft. Gerade in Krisenzeiten wird einem bewusst, was hier geleistet wird. Die Ver- und Entsorgung des Mülls muss zu jeder Zeit gewährleistet sein. Am Recyclinghof wurde daher die Arbeit auch während der Corona-Pandemie nicht weniger. „Für den Einsatz, den meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach der Wiedereröffnung der Höfe im April geleistet haben, möchte ich mich auch durch diese Praktikumsaktion herzlich bedanken!“, so Landrat Manuel Westphal.

Um auch die Strukturen am Recyclinghof in Gunzenhausen besser nachvollziehen zu können, hat Landrat Manuel Westphal Ende Juli ebenfalls einen Praktikumsstag eingeleitet und eine Sperrmülltour rund um Gunzenhausen begleitet. □

möglichst schnell fertigzustellen und einzureichen, so dass bereits im kommenden Jahr mit der Umsetzung begonnen werden kann.

„Ich hoffe sehr, dass unser ambitioniertes Konzept den Projektträger überzeugen wird“, kommentiert Landrat Christoph Göbel im Nachhinein den positiven Beschluss des Gremiums.

„Die Auswirkungen des Artensterbens auf unser Leben mögen heute vielleicht noch nicht so evident sein wie die des Klimawandels. Umso mehr müssen wir dafür tun, es erst gar nicht so weit kommen zu lassen!“ □

Bayern und Baden-Württemberg:

Strategische Partnerschaft zur Abfallentsorgung

Bayern und Baden-Württemberg haben eine politische Rahmenvereinbarung über eine strategische Partnerschaft zur gegenseitigen Unterstützung bei der Entsorgung gefährlicher Abfälle unterzeichnet.

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber und Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller betonten dazu gemeinsam: „Wirtschaft und Gesundheitswesen beider Länder brauchen eine umweltverträgliche Entsorgung auf hohem Sicherheitsniveau mit sachgerechten Entsorgungskosten. Gerade in der Corona-Pandemie zeigt sich die Bedeutung einer engen Zusammenarbeit in allen Bereichen. Durch die aktuelle Vereinbarung wird die Kooperation beider Länder vertieft und langfristig angelegt.“ Ziel der strategischen Partnerschaft ist ein länderübergreifendes Sicherungsnetz mit nahen Entsorgungswegen, bei dem beide Länder ihre Standortvorteile zum gegenseitigen Nutzen einbringen:

Leitungsfähiger Anlagenverbund

In Bayern betreibt die GSB Sonderabfall-Entsorgung Bayern GmbH (GSB) als Trägerin der Sonderabfallentsorgung in Bayern eine der leistungsfähigsten Sonderabfallverbrennungsanlagen in Europa. Gemeinsam mit der AVA Abfallverwertung Augsburg (AVA) besteht darüber hinaus ein leistungsfähiger Anlagenverbund zur Entsorgung spezieller Abfälle aus dem Gesundheitswesen.

In Baden-Württemberg betreiben die Südwestdeutsche Salzwerke AG (SWS) und die zum Konzern gehörende Umwelt Entsorgung und Verwertung GmbH (UEV) an den Standorten Heilbronn und Bad Friedrichshall eine Untertagedeponie und eine Untertageverwertung. SWS und UEV wollen nun eine neue langfristige Untertagedeponie in Heilbronn planen. Wenn sie alle Anforderungen der Genehmigungsbehörden erfüllt, könnte sie 2029 fertig sein und wäre auf 30 Jahre Betriebsdauer angelegt.

Bereits seit Jahren besteht bei der Entsorgung von Sonderabfällen eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern. Grundlage ist die langfristig angelegte Entsorgungssicherheitsvereinbarung zwischen Baden-Württemberg und der GSB vom April 2012. Diese räumt der baden-württembergischen Wirt-

schaft ein Verbrennungskontingente ein, sobald dort ein Entsorgungseingangs angemeldet und solange die Entsorgung bayerischer Abfälle bei der GSB sicher gewährleistet ist.

Mit der aktuellen Rahmenvereinbarung sagt Bayern zu, sich insbesondere dafür einzusetzen, diese Entsorgungsoption für die baden-württembergische Wirtschaft aufzustoßen sowie um Abfälle aus Einrichtungen des Gesundheitsdienstes zu erweitern. Damit wird die Zusammenarbeit den aktuellen Gegebenheiten und tatsächlichen Entsorgungsmengen der vergangenen Jahre angepasst. Eine Verpflichtung, die genannten Anlagen zu nutzen, ist damit weiterhin nicht verbunden. Gleichzeitig sichert die Bereitstellung von Verbrennungskapazitäten für baden-württembergische Abfälle die Wirtschaftlichkeit der bayerischen Anlagen und damit einen Anlagenbetrieb auf dem geforderten hohen umwelt- und sicherheitstechnischen Niveau.

Hochwertige Deponierung

Baden-Württemberg setzt sich im Gegenzug dafür ein, dass GSB und AVA langfristig gesicherte Untertageentsorgungskontingente bei SWS und UEV insbesondere für ihre Abfälle aus der Verbrennung zur Gewährleistung ihres Anlagenbetriebs eingeräumt werden. Auch hier soll so die wirtschaftliche Auslastung der untertägigen Entsorgungsanlagen von SWS und UEV flankiert und zu einer Abfallentsorgung auf einem hohen umwelt- und sicherheitstechnischen Niveau beigetragen werden. Darüber hinaus werden mit der Vereinbarung die Weichen gestellt, damit auch nach Verfüllung des zweiten Bauabschnitts der bayerischen Sonderabfalldeponie Raindorf eine umweltfachlich hochwertige Deponierung bayerischer Abfälle gewährleistet werden kann.

Mit der Laufzeit der Vereinbarung bis weit in das nächste Jahrzehnt hinein dokumentieren Baden-Württemberg und Bayern ihren Willen zur langfristigen Zusammenarbeit bei der Entsorgung solcher Abfälle im Interesse von Entsorgungs- und Planungssicherheit. □

Doppelte Laufzeit für Biodiversitätsprojekt

Förderprojekt „Naturvielfalt Leben“ soll auf sechs statt nur auf drei Jahre angelegt werden

Wie viele Tier- und Pflanzenarten es auf der Welt gibt, kann niemand genau bestimmen. Dass die Vielfalt der Arten aber kontinuierlich abnimmt, steht fest. Laut Roter Liste der Weltnaturschutzunion gelten mehr als 30.000 Tier- und Pflanzenarten als direkt vom Aussterben bedroht.

Der Landkreis München engagiert sich schon seit mehreren Jahren für den Erhalt der Artenvielfalt. Beispielsweise wurden Landwirte und Kommunen unter dem Motto „Blühende Äcker und Feldraine“ dazu angeregt, Blühstreifen anzulegen, die Wildbienen und anderen Insekten Lebensraum und Nahrungsquelle bieten. Der Landkreis hat ihnen dafür kostenfreies Saatgut zur Verfügung gestellt. Insgesamt konnten in den vergangenen zwei Jahren so mehr als 24 Hektar artenreiche Blühflächen angelegt werden.

Erste Hürde überwunden

Bei diesem Engagement wollte es der Landkreis jedoch nicht belassen und hat sich deshalb Ende vergangenen Jahres mit einem umfangreichen Maßnahmenkonzept für das Bundesprogramm Biologische Vielfalt beworben. Darin sind zum Beispiel Initiativen zur Förderung der Insektenvielfalt, Bildungsange-

bote und Aktionen für Schüler oder auch die Einrichtung einer Beratungs- und Koordinierungsstelle Biodiversität enthalten. Die erste Hürde hat der Projektantrag mit dem Titel „Naturvielfalt Leben im Landkreis München“ jetzt genommen. Damit ist der Landkreis nun zur offiziellen Antragsabgabe zugelassen.

Ambitionierter Maßnahmenkatalog

Der Fördermittelgeber hat die Projektskizze in der ersten Stufe des Antragsverfahrens positiv beurteilt, dem Landkreis angesichts des ambitionierten Maßnahmenkatalogs jedoch empfohlen, die eigentlich auf drei Jahre festgelegte Projektlaufzeit auf sechs Jahre zu verlängern oder alternativ das Maßnahmenpaket erheblich einzukürzen. Dies hätte jedoch gleichzeitig eine Verringerung der Fördermittel zur Folge.

Das Projekt in seiner ursprünglichen Form hat ein Volumen von

ca. 2,6 Millionen Euro. 75 Prozent der Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen sowie der dafür benötigten Personalkosten würden durch den Bund gefördert, den Rest hätte der Landkreis zu tragen. Bei einer Verdoppelung der Laufzeit würden die im Antrag benannten Maßnahmen vollständig in die Förderung fallen, bei den Personalkosten für die weiteren drei Jahre müsste der Landkreis München jedoch auch noch einmal 25 Prozent drauflegen. Damit würde sich der Personalkostenanteil von 109.500 Euro auf insgesamt ca. 210.800 Euro belaufen.

Dauerhafte Aufgabe

Da die nachhaltige Förderung der Biodiversität wie der Kampf gegen die Folgen des Klimawandels eine dauerhafte Zukunftsaufgabe ist, sprach sich der Ausschuss für Energiewende, Landwirtschafts- und Umweltfragen in seiner Sitzung im Juni einstimmig dafür aus, die Mehrkosten in die Hand zu nehmen und so die Chance zu ergreifen, das umfangreiche und stimmige Konzept in Gänge umsetzen zu können. Jetzt heißt es für die Verwaltung, den Förderantrag



Lindflur: Pflegearme Erd-Sarg-Systemgräber, mit 12 Jahren



Bergtheim: Urnenstelen kombiniert mit Urnenerdgräbern



Bastheim: Urnenerdgräber als Baumgräber

Alle Bilder: Hubert Schmitt

Friedhof – tot oder lebendig?

Ein Gastbeitrag von Hubert Schmitt, Vorsitzender der Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e. V., Berlin

Für nicht wenige Friedhöfe in Bayern stellt sich zunehmend die Frage, wo der Weg hingeht. Geht es ihnen wie ihren Nutzern, dass sie sterben, oder bringen die zukünftigen Anforderungen und Entwicklungen die Chance eines Wiederauflebens. So wie derzeit viele Anlagen dahindümpeln, kann es nur ein Tod auf Raten sein.

Einige „Krankheiten“ schleppt so mancher Friedhofsträger schon Jahre/Jahrzehnte mit und vor sich her, andere Gefahren entstehen aus den gesellschaftlichen Entwicklungen und den immer schnelleren Veränderungen in der Friedhofs- und Bestattungskultur:

- Immer schlechter werdende Wirtschaftlichkeit durch veraltete Gebührenstrukturen, steigende Kosten und rückläufige Einnahmen.
- Neue Grabarten, die nicht mehr die Flächen wie früher benötigen. Dadurch entstehen auch größere Flächen, die keine Gebüh-

- Rückgang der freiwilligen und ehrenamtlichen Unterstützung der Bürger.
- Wettbewerb, extern und interkommunal.

Diese Themen sind immer wieder Hauptbestandteil bei den fast täglichen Informations- und Beratungsgesprächen der Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e.V. bei den Friedhofsträgern vor Ort, die sehr oft auch auf dem jeweiligen Friedhof stattfinden.

Aber, wie bereits erwähnt, bieten sich hier große und sehr gute Chancen, eine „Gesundung“ der Anlage herbeizuführen und auch wieder ein Kleinod in der

nale Beratungsstellen, aber auch bei Planungsbüros oder Verbänden der Gewerke.

Aus der 20-jährigen praktischen Erfahrung der Gütegemeinschaft Friedhofsysteme e.V. wird immer wieder festgestellt, dass bei den Vorhaben oft von hinten begonnen wird, ohne zu wissen, was man verändern will, kann oder muss. Daher ist es wichtig, erst einmal zu definieren, welche Maßnahmen im jeweiligen Friedhof sinnvoll und überhaupt umsetzbar sind, anschließend können Satzungen geändert und neue Gebühren kalkuliert werden.

Veränderungen im Friedhof unterstehen oft zeitlichen Zwängen. Nicht selten geschieht daher dieser Prozess über mehrere Abschnitte. Zu den erfolgreichen „Therapien“ für eine Genesung

Zu den derzeit am meisten umgesetzten baulichen und gestalterischen Veränderungen, gehören:

- Schaffung neuer Grabarten, meist Urnengräber, unter- und oberirdisch, bedingt durch steigende Kremationsraten.
- Errichtung von Bestattungsmöglichkeiten für neue Bevölkerungsgruppen oder andere Religionen.
- Reaktivierung, Sanierung und Umgestaltung der klassischen Erdgräber in kleinflächige, pflegearme Gräber mit kürzeren Ruhezeiten, etc.
- wenn möglich barrierefreie Infrastruktur für die Besucher und geeignete Infrastruktur für die am Friedhof Arbeitenden.
- Begrünung, Aufforstung (Baumgräber), etc. zu einer parkähnlichen Anlage.
- Sanierung, Modernisierung der baulichen Anlagen, Aussegnungshalle, sanitäre Anlagen, Entsorgungplätze, etc.
- Räume und Plätze für Kommunikation, Abschied und Medita-

Gemeinsam mit den baulichen und gestalterischen Veränderungen muss aber auch die Kompetenz der Friedhofsverwaltung und des -managements mitwachsen:

- Festlegung der Zuständigkeiten, Ausbildung und Fortbildung
- Entwicklungs- und Betreibungskonzept für jede Anlage
- Aktuelle und korrekte Friedhofs- und Gebührensatzungen
- Digitalisierung der Anlage und der Betreibung.

Abschließend kann nur an die politischen Entscheidungsträger in den Kommunen, aber auch an die kirchlichen Friedhofsträ-

ger appelliert werden, die Bemühungen vieler Verwaltungen und auch Bürger im Bereich Friedhof zu unterstützen und nicht zu blockieren. Friedhof ist ein emotionales Thema, im Gegensatz zu früher verliert man jetzt schneller den Anschluss an die Entwicklungen. Versäumtes aufzuholen ist meist teuer und dauert länger. Ist erst einmal die Akzeptanz beim Bürger nicht mehr vorhanden, sucht man andere Wege der Bestattung und zunehmend werden der eigenen Friedhofsanlage die Sterbefälle wegbrechen. Die letzte Konsequenz ist bereits zu Beginn erwähnt worden. □



Große pflegebedürftige Flächen.



Friedhof ist ein emotionales Thema.

Alle Bilder: Hubert Schmitt

ren mehr einbringen, aber weiter gepflegt werden müssen, sog. Überhangflächen.

- Geologische und hydrologische Probleme, die nie gelöst wurden und Flächen blockieren, bzw. für eine Weiterentwicklung unbrauchbar machen.
- Eine stetig geringer werdende Akzeptanz der Friedhofsanlage in der Bevölkerung durch jahrzehntelangen Stillstand, keinerlei Veränderungen, fehlende Attraktivität.

kommunalen oder dörflichen Gemeinschaft zu schaffen, bis hin zu einem Mittelpunkt, der nicht nur der Bestattung von Toten dient, sondern auch für die Lebenden zu einem Treffpunkt werden kann.

Es ist sehr erfreulich, dass dieser Weg bei immer mehr Kommunen und Kirchen gewählt wird. Das zeigt der steigende Informationsbedarf bei den unterstützenden Stellen, wie Städte- und Gemeindegremien und kommunalen oder dörflichen

und einen Fortbestand unserer auch kleinen Friedhöfe gehören zum einen bauliche und gestalterische Veränderungen, aber natürlich auch fachkompetente Verantwortlichkeiten in den Verwaltungen. Gerade in der bayerischen kommunalen Kleinststruktur haben wir zwar in jedem Dorf, jedem Ortsteil einen Friedhof, aber oft nicht die finanzielle Möglichkeit, entsprechende fachliche Zuständigkeiten und Verantwortung bereit zu stellen.

tion, etc. für eine ältere werdende Gesellschaft, für alleinstehende ältere Bürger, die den Kontakt suchen und brauchen und die Rituale zusammen mit dem Friedhofsbesuch ermöglichen.

- Aufenthalts- und Verabschiedungsräume für Abschied am Sarg, mit entsprechendem Ambiente, bevor der Sarg ins Krematorium überführt wird – gerade bei steigender Kremation immer wichtiger.
- Außen- und Innenmöblierung,

Neben dem Friedhof, auf dem heute 15.742 Kriegstote bestattet sind, hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. 1994 eine Jugendbegegnungs- und Bildungsstätte geschaffen. Die Begegnungsstätte dient der historisch-politischen Bildung und kann für Tagungen genutzt werden.

Die neue 48-seitige Broschüre „Kriegsgräberstätte im Wandel – Das Soldatengrab von August Waigel – Vom familiären Erinnerungsort zum Lernort der Geschichte“, die der Landesvorsitzende des Volksbundes in Bayern, Regierungspräsident a.D. Wilhelm Wenning, an Theo Waigel offiziell überreichte, spannt den Bogen vom Einzelschicksal über die Frage, wie jungen Men-

schen Geschichte heute nachhaltig vermittelt werden kann und mündet in einer numismatischen Promenade durch Europa.

Bernard Klein, Leiter der Begegnungsstätte in Frankreich, verknüpft letztere mit den Geldmünzen verschiedener Länder, die Besucher auf dem Grabstein von August Waigel ablegen.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist eine humanitäre Organisation, die 1919 gegründet wurde. Heute pflegt der Volksbund im Auftrag der Bundesregierung weltweit 832 Kriegsgräberstätten mit 2,8 Mio. Toten.

Die Broschüre ist gegen eine Spende beim Volksbund-Bezirksverband Oberbayern erhältlich: bv-oberbayern@volksbund.de. □

Kriegsgräberstätte im Wandel

Neue Publikation: Das Soldatengrab von August Waigel – vom familiären Erinnerungsort zum Lernort der Geschichte

August Waigel ist am 30. September 1944 im Alter von 18 Jahren gefallen. Er ruht auf der deutschen Kriegsgräberstätte Niederbronn-les-Bains im Elsass (Block 25 Reihe 9 Grab 178). Bundesminister a.D. Dr. Theo Waigel: „Einen Ort zu haben oder um einen Ort zu wissen, wo ein geliebter Angehöriger seine letzte Ruhe gefunden hat, ist für viele Menschen ein großer Trost. Auch für meine Familie und mich ist das Grab meines Bruders Gustl ein bedeutender Ort. Gleichzeitig weiß ich als politischer Mensch um die Wichtigkeit von Gedenk- und Mahnorten für junge Menschen, die Geschichte zu begreifen und Lehren aus ihr zu ziehen.“

Vertrauen Sie bei Ihrer **Friedhofsgestaltung** den Partnern, deren Friedhofsysteme sich in den letzten 30 Jahren bestens in der Praxis bewährt haben.



Grabkammer Systeme



Urnenanlagen





Kontakt

baywa-friedhofsysteme.de · friedhofsysteme@baywa.de
Herr Stefan Kaufeld · Tel. 0151 / 16 10 48 95



V.l.: Pfarrer Jan Martin Depner, Daniela Bock, Vorsitzende des Vereins Grünclusiv, Thorsten Glauber, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz, Pfarrerin Claudia Voigt-Grabenstein, Marcus König, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg, Gerhard Zäh, Präsident des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern, und Jan Paul, Vizepräsident des Bundesverbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau bei der Eröffnung des Projekts „Lorenz grün...mitten in der Stadt“ in Nürnberg.

Bild: Jochen Henning, VGL Bayern

Schöpfer Gott Macht Mensch

VGL Bayern unterstützt Nürnberger Stadtbegrünungsprojekt „Lorenz grün...mitten in der Stadt“

Im Beisein von Umweltminister Thorsten Glauber und Oberbürgermeister Marcus König fiel jetzt der Startschuss für das Projekt „Lorenz grün...mitten in der Stadt“ in Nürnberg. Rund um die Lorenzkirche sorgten temporäre grüne Oasen für mehr Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger der Frankenmetropole.

„Lorenz grün ...mitten in der Stadt“ ist ein Projekt, das unter dem Jahresmotto „Schöpfer Gott Macht Mensch“ der Evangelisch-Lutherischen Kirchengemeinde St. Lorenz in Nürnberg steht. Das Projekt, das von Pfarrerin Claudia Voigt-Grabenstein in Zusammenarbeit mit dem Verein Grünclusiv initiiert wurde, schuf durch mehrere neue Großbäume in Kübeln und Pflanzflächen bis zum 27. September 2020 eine angenehme Wohlfühlumgebung rund um die Lorenzkirche. Dabei floss Rasen förmlich aus dem Kirchenportal und eröffnet eine parkartige Zone an zwei Kirchenseiten. Gartennischen mit Bänken luden zum Ausruhen ein. Gleichzeitig verfügte ein zeitgemäßes, städtisches „Paradiesgärtlein“ mit seiner Materialität und Ausgestaltung die Stadtbewohner zum Verweilen: seien es Menschen, Vögel, Eidechsen, In-

sekten oder Pflanzen. Ein Kulturprogramm auf der „grünen Bühne“ vor dem Hauptportal ergänzte das Projekt.

Unterstützt wurde „Lorenz grün...mitten in der Stadt“ von der NürnbergMesse GmbH, dem Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V. sowie dem Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V. (VGL Bayern). Zu einer Zeit, zu der sonst die internationale Leitmesse „GaLaBau“ für Planung, Bau und Pflege von Urban-, Grün- und Freiräumen in Nürnberg stattgefunden hätte, entstanden so übergangsweise grüne Oasen für die Nürnbergerinnen und Nürnberger.

VGL Bayern-Präsident Gerhard Zäh betonte in seinem Grußwort die steigenden Anforderungen an den Klimaschutz durch den weltweiten Klimawandel, die notwendigen infrastrukturellen Anpassungspro-

zesse sowie den demographischen Wandel, die Städte und Gemeinden zunehmend vor große Herausforderungen stellen. „Urbanes Grün kann einen wesentlich größeren und bedeutenderen Beitrag für eine nachhaltige Stadtentwicklung leisten als bisher wahrgenommen. Hochwertig angelegte und gepflegte Grün- und Freiflächen sowie Dach- und Fassadenbegrünungen sind in besonderem Maße geeignet, die Attraktivität eines Standorts wie Nürnberg zu steigern und damit die Basis für eine wirtschaftlich gesunde kommunale Entwicklung zu schaffen“, so Zäh.

Während der Corona-Pandemie seien urbane Freiräume und Freiflächen als Naherholungsbereiche für die Menschen essenziell – besonders in der gegenwärtigen, von Isolation und Abstand geprägten Zeit, erläuterte der Verbandpräsident. Demnach sei jetzt die Chance, die richtigen Weichen für öffentliche und private Investitionen in die klimagerechte grüne Infrastruktur zu stellen. □

Bayerischer Landschaftspflegetag in Memmingen:

Klimaschutz durch Landschaftspflege

Das Thema „Klimaschutz durch Landschaftspflege“ stand im Zentrum des diesjährigen Bayerischen Landschaftspflegetags in Memmingen. An der von DVL und ANL veranstalteten Tagung nahmen über 100 Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Kommunen, Behörden und Verbänden teil.

In einer Video-Grußbotschaft wies der bayerische Staatskanzlei-Chef Dr. Florian Herrmann darauf hin, dass der Klimaschutz wohl noch länger als Corona die Menschen beschäftigen werde. Es sei eine existenzielle Aufgabe für alle, Lebensräume zu schützen. Landwirte, Kommunen und Naturschutzverbände müssten dafür eng zusammenarbeiten.

Moore sind klimarelevante Multitalente und verleihen vielen Landstrichen Bayerns ihr unverwechselbares Gesicht. Doch von ursprünglich über 200.000 Hektar Moorfläche können heute nur noch knapp 11.000 Hektar als intakt angesehen werden, also ihre Funktion als langfristige Kohlenstoffspeicher und Rückzugsraum für seltene Arten erfüllen. „Der Schutz des Klimas ist neben dem Erhalt der Biodiversität die drängendste gesellschaftliche Herausforderung. Derzeit sind aber circa 95 Prozent der Moorböden in Bayern entwässert und zum größten Teil in land- und forstwirtschaftlicher Nutzung. Der Landwirtschaft kommt somit eine entscheidende Rolle zu“, erläuterte Nicolas Liebig, Landessprecher der bayerischen LPV.

Umwelleistungen der Landwirtschaft

Vertreter der Landwirtschaft, des Naturschutzes und der Kommunen waren sich einig, dass die Wiedervernässung von Mooren essenziell für eine Treibhausgas-einsparung ist und gleichzeitig Schutz für spezifische Artenvielfalt bietet. Laut Stefan Graf vom Bayerischen Gemeindetag können die Kommunen durch Einsparungen bei Verkehr, Wärme und Emissionen die gesetzten Klimaschutzziele allein nicht erreichen, weshalb sie auf den Ankauf von CO₂-Zertifikaten angewiesen sind. Hier böten sich neue Kooperationsmöglichkeiten mit der Landwirtschaft und den Landschaftspflegeverbänden.

Regionale Lösungen

Landbewirtschaftende und Kommunen seien als Eigentümer und Nutzer von Moorflächen wichtige Partner der LPV. Gemeinsam mit ihnen setzten sie sich seit über 30 Jahren dafür ein, dass Moore erhalten und renaturiert werden. Mit regionalen Lösungen gestalteten und entwickelten sie die bayerische Kulturlandschaft nachhaltig. „Die Klimaschutzleistungen eines Landwirtes, der zum Beispiel Flächen wiedervernässt und damit Treibhausgasemissio-

Ausgezeichnetes UN-Dekade-Projekt

Die Initiative „Natürlich Bayern – insektenreiche Lebensräume“ ist als offizielles Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt ausgezeichnet worden. Verliehen wird die Auszeichnung an vorbildliche Projekte, die sich in besonderer Weise für den Erhalt der biologischen Vielfalt in Deutschland einsetzen.

„Artenschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Deutsche Verband für Landschaftspflege und die bayerischen Landschaftspflegeverbände sind starke Partner, die Artenschutz und Biodiversität in die Regionen bringen und vor Ort umsetzen. Bestes Beispiel ist die Initiative „Natürlich Bayern“ – ein herausragendes Projekt zur praktischen und wirkungsvollen Umsetzung von Natur- und Artenschutz. Damit schaffen wir gemeinsam mit Gemeinden und Landwirten neue Lebensräume für mehr Insektenvielfalt. Die Initiative darf ab jetzt für zwei Jahre den Titel „Ausgezeichnetes UN-Dekade-Projekt“ führen. Das ist eine großartige Würdigung und Motivation für die Zukunft“, betonte Staatsminister Thorsten Glauber in der übermittelten Laudatio. **DK**

schaftlichen Ansprüche nach mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie Tierwohl zusammenzuführen, plädierte er für einen moderierten Prozess unter Mitwirkung aller betroffener Akteure. Ergebnis könne ein von einer breiten Mehrheit getragenes Zukunftsbild im Sinne eines Gesellschaftsvertrages sein.

Bei der anschließenden Exkursion zum nahegelegenen Hundsmoor stellte Jens Franke, Geschäftsführer des Landschaftspflegeverbands Unterallgäu, die Erfolge jahrzehntelanger Landschaftspflegemaßnahmen vor. Landwirt Stefan Weinhardt und seine Kollegen erläuterten ihre Pflanztechnik und demonstrierten den interessierten Teilnehmenden an ihren Maschinen die Umbaumaßnahmen, die sie vorgenommen hatten, um die nasen Standorte für die Pflege befähigen zu können. **DK**

15 Städte und Gemeinden erhalten Label „StadtGrün naturnah“:

Stadtnatur blüht auf!

Gemeinsame Pressemitteilung von Bündnis „Kommunen für biologische Vielfalt“ und Deutsche Umwelthilfe (DUH)

In Radolfzell wurden die 15 Kommunen bekannt gegeben, die mit dem Label „StadtGrün naturnah“ dieses Jahr ausgezeichnet wurden. Damit wird ihr Einsatz für die biologische Vielfalt auf innerstädtischen Flächen gewürdigt: Die Städte und Gemeinden stellten ihre Grünpflege um, ließen Wiesensäume als Lebensraum für Insekten stehen oder verwandelten in Parkanlagen den Vielschnittsrasen in artenreiche und naturnahe Wiesen. Mit diesen Maßnahmen wird die biologische Vielfalt auf innerstädtischen Flächen geschützt, gefördert und für die Zukunft weiterentwickelt – für unser aller Wohl.

Das Label „StadtGrün naturnah“ wurde vom Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt und der Deutschen Umwelthilfe (DUH) gemeinsam entwickelt. Es ist Teil des Projektes „StadtGrün – Artenreich und Vielfältig“, das von 2016 bis 2021 im Bundesprogramm Biologische Vielfalt durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums gefördert wird. Das Label unterstützt Kommunen bei der Umsetzung eines ökologischen Grünflächenmanagements und zeichnet vorbildliches Engagement auf kommunaler Ebene aus.

Gerade in Zeiten der Pandemie wird deutlich, welchen Stellenwert Natur für uns hat. Viele Menschen wurden im eigenen Garten aktiv: Obst und Gemüse anbauen und ernten, Vögel und Insekten beobachten ... Der Garten wird bewusster wahrgenommen und wertgeschätzt. Wer keinen Garten oder Balkon hat, der ist noch viel mehr auf die Stadtnatur mit ihren urbanen Grünflächen angewiesen. Zahlreiche Städte und Gemeinden werden sich ihrer Verantwortung für den Erhalt der biologischen Vielfalt zunehmend bewusst und sind aktiv geworden.

Die ausgezeichneten Kommunen gehen deshalb im Einsatz für die Natur kreative und innovative Wege. So blühen beispielsweise in

der kleinen Gemeinde Abtsgmünd auf über 70 Flächen Wildblumen und die „wildlen Flächen“ werden miteinander vernetzt. In Augsburg sind sogar die Gleisbetten der innerstädtischen Straßenbahnen begrünt und die Stadt Preetz macht sich für die Umweltbildung mit Kindern stark – damit bereits die Jüngsten den Wert der biologischen Vielfalt verstehen lernen.

Ausgezeichnete Kommunen

Nachdem die eingereichten Unterlagen eingehend vom Team des Projektbüros geprüft und bewertet wurden, können sich auch dieses Jahr 15 besonders engagierte Kommunen über das Label „StadtGrün naturnah“ in Gold, Silber oder Bronze freuen: Abtsgmünd, Augsburg, Bad Wildungen, Darmstadt, Dreieich, Günzburg, Ilmenau, Kirchheim unter Teck, Nettetal, Peißenberg, Pirmasens, Plauen, Preetz, Sankt Augustin und Viernheim.

„Bis 2021 werden wir insgesamt 49 Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland labeln.“

Es ist großartig, wie sich manche Kommunen engagieren und wie durch das Label neue Impulse entstehen. Nicht nur die Städte selbst, sondern auch Menschen, Unternehmen und Institutionen ziehen oft mit eigenen Maßnahmen mit“, schwärmt Projektleiter Dr. Uwe Messer. „Aufgrund des großen Erfolges wird das Projekt voraussichtlich auch nach Ende der Förderung 2021 fortgeführt werden können“, freut sich Messer, „es gibt schon jede Menge Interessierte“.

Informationen:

www.stadtgruen-naturnah.de
www.stadtgruen-naturnah.de/teilnehmende/
www.biologischevielfalt.de/
www.bundesprogramm.html
www.kommbio.de

„Bayern blüht – Naturgarten“ in Bayern

Ein Zeichen für mehr naturnahe und artenreichere Gärten
Staatsministerin Michaela Kaniber verleiht die 250. Auszeichnung

Den bayernweit 250. Garten zeichnete Staatsministerin Michaela Kaniber in Inzell mit der Plakette „Bayern blüht – Naturgarten“ aus. Geehrt werden dabei Naturgärten die auf chemischen Pflanzenschutz und chemisch-synthetische Dünger verzichten, die keine torfhaltigen Substrate verwenden und eine hohe ökologische Vielfalt im Garten haben.

Der Garten der Familie Berger-Stöckl in Inzell zeigt im Besonderen, dass dies auch auf kleiner Fläche vorbildlich möglich ist. Beim Gartenrundgang konnte sich Ministerin Kaniber selbst ein Bild davon machen und überreichte zusammen mit dem Präsidenten des Bayerischen Landesverbandes für Gartenbau und Landschaftspflege e.V. Wolfram Vaitl Urkunde und Plakette an die stolzen Gartenbesitzer.

Im Jahr 2018 wurde ein gemeinsames Pilotprojekt des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit der Bayerischen Gartenakademie und dem Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landschaftspflege e.V. in einem Pilotprojekt in Niederbayern gestartet.

Ziel dabei war es, Naturgärten auszeichnen, die sich bewusst für die Artenvielfalt einsetzen und diese Gärten durch die Auszeichnung mit einer Plakette auch in der Öffentlichkeit wertschätzen und zur Nachahmung anzuregen. Im Jahr 2019 wurde aufgrund des großen Erfolges in Niederbayern die Naturgartenzertifizierung auf ganz Bayern unter dem Dach der Lan-

desvereinigung Gartenbau Bayern ausgeweitet.

Naturnah gestaltete, mit vielfältigen Lebensräumen ausgestattete und ökologisch bewirtschaftete Gärten setzen ein Zeichen gegen die zunehmende Versiegelung und Aufheizung unserer Siedlungsflächen durch Verwendung von Pflaster oder Kies und Schotter in den Gärten. Durch die Auszeichnung eines Gartens als „Naturgarten“ möchten die beteiligten Partner dieser Entwicklung entgegenwirken. „Mit dieser Initiative wollen wir ein Zeichen für mehr naturnahe und artenreichere Gärten in Bayern setzen“, sagte die Ministerin bei der Verleihung. Ein naturnaher Garten leistet mit seiner Vielfalt einen Beitrag gegen den Rückgang von Bienen, Pflanzen- und Tierarten. Die Kriterien von „Bayern blüht – Naturgarten“ sollen als Leitfaden verstanden werden, der Orientierung gibt zur Anlage und Bewirtschaftung eines Naturgartens.

Die Auszeichnung steht allen Gartenbesitzern in Bayern offen. Ab Januar 2021 erfolgt die organisatorische Abwicklung der Zertifizierung von privaten

Gärten über den Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landschaftspflege e.V. Wer sich für eine Auszeichnung interessiert, kann sich beim Landesverband um eine Zertifizierung bewerben. □

Bioschmierstoffe – Herausforderung für öffentliche Beschaffung

Bei den Beschaffungsaktivitäten der öffentlichen Hand spielen neben wirtschaftlichen Kriterien soziale und ökologische Belange eine Rolle. Bioschmierstoffe sind für die öffentliche Beschaffung interessant weil sie eine hohe technische Performance aufweisen und biologisch abbaubar, umweltverträglich, biobasiert und nachhaltig sind.

„Biobasierte Schmier- und Verfahrensstoffe in der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen“, so lautet der Langtitel des auf zwei Jahre angelegten Projekts NOEBIO, das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) über seinen Projektträger Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) gefördert wird. Ziel ist, Informations- und Unterstützungsangebote für Beschaffungsverantwortliche des öffentlichen Sektors zu erarbeiten. □



v.l.: Jürgen Barth (Daimler), Pascal Ulrich (Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik), Josef Staller (Bucher Municipal Wernberg), Rolf Trampert (Daimler) und Martin Foes (MULAG) Bild: Lisa Meier

Unimog-Tour 2020:

Geht nicht, gibt's nicht!

Der Geräteträger begeistert vor ausgewählten Publikum

Veranstaltungen der Unimog Generalvertretungen in Bayern haben in der Regel Volksfestcharakter. Mitarbeiter von kommunalen Bauhöfen, Straßenmeistereien und Lohnunternehmern nutzen diese Leistungsschauen um sich über neueste Technik rund um den Unimog zu informieren. Dieses Jahr hätten auf den Messen IFAT und GaLaBau zahlreiche Neuentwicklungen präsentiert werden sollen. Gerade im Bereich des Winterdienstes und beim bienenfreundlichen Mähen wäre viel zu zeigen gewesen. Daher haben sich die beiden Unimog-Anbaugerätehersteller MULAG und Bucher Municipal mit den Vertretungen Beuthauser, Henne Nutzfahrzeuge und Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge sowie Daimler zusammengetan, um wenigstens einem kleinen Kreis einen Einblick in die Produktentwicklung zu geben. Diese „Unimog-Tour“ führte in 5 Stationen von Plattling über Maxrain nach Bopfinger.

Im Oktober 1946 ging der erste Unimog Prototyp auf die Straße. Damals wurden die Grundeigenschaften angelegt, die dieses Fahrzeug nach wie vor prägen: vier gleichgroße Räder, Allradantrieb mit Differenzialsperren und vier Anbauräume. In knapp 75 Jahren wurden rund 370.000 Fahrzeuge verkauft. Stand heute gibt es ca. 60.000 zugelassene Unimogs in Deutschland, mit einem Durchschnittsalter von rund 28 Jahren was wiederum für die hohe Fahrzeugqualität und Zuverlässigkeit dieses einzigartigen Allrounders spricht. Für Thorsten Heinzmann, Mercedes-Benz Regionalleiter Unimog Vertrieb, hat der Unimog Industriegeschichte geschrieben, denn „mit diesem Geräteträger wurden Arbeitsverfahren entwickelt die völlig neu waren und die Menschheit von der schweren Knochenarbeit, beginnend in der Land- und Forstwirtschaft, entlastete.“ Die



Gastgeber der Veranstaltung in Maxrain: Thomas Rieger, Geschäftsführer, Henne Nutzfahrzeuge Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Grundlage für den Erfolg dieses Fahrzeugs ist die enge Zusammenarbeit mit vielen Anbaugeräteherstellern, denn nur mit den entsprechenden Anbaugeräten kann der Unimog als ganzheitliches Produkt für alle erdenklichen Aufgaben eingesetzt werden.

Um den Unimog für den Winterdienst tauglich auszustatten,

bietet die Bucher Municipal Wernberg GmbH Schneepflüge, Streuer und Schneefräsen an. „Damit unsere Kunden rechtsicher im Winterdienst fahren können“, hebt Geschäftsführerin Victoria Rasoulkhani hervor, „entwickeln und produzieren wir in Bayern für den deutschsprachigen Markt.“ Bucher Municipal hat für jedes Fahrzeug die passenden Pflüge wahlweise aus Stahl oder Kunststoff und liefert diese auf Wunsch mit ihrer patentierten, geräuscharmen Neoprenschürfleiste.

Das Leistungsspektrum reicht vom kleinen Einscharpflug bis hin zum zweifach teleskopierbaren Autobahnschneepflug mit einer maximalen Breite von sieben Metern. Bei den Streuern können Kunden zwischen Trockenstoff-, Feuchtsalz- und Solestreuer wählen. Mit diesem Portfolio geht Bucher Municipal exakt auf Kundenbedürfnisse ein, denn „eine norddeutsche Stadt hat andere Anforderungen als eine Gemeinde im Bayerischen Wald“, so die Chefin.

Bienenfreundliches Mähen

Mit dem bienenfreundlichen Mähen hat man sich beim Spezialisten für Mähgeräte MULAG (= Motor Universal Lasten Arbeitsgerät) frühzeitig auseinandergesetzt. Bei der Neuentwicklung des Grünpflegekopfs ECO 1200 wurden die relevanten Aspekte aus Mähverfahren, Schnitt-



v.l.: Victoria Rasoulkhani (Bucher Municipal Wernberg), Thomas Rainer (Daimler), Peter Hofmann (MULAG), Tim Oßwald (Wilhelm Mayer Nutzfahrzeuge) Bild: Bucher Municipal Wernberg GmbH

höhe und überfahrbarer Fläche systematisch betrachtet, um ein möglichst schonendes Verfahren zu erhalten und so dem bayerischen „Versöhnungsgesetz“ zum Artenschutz gerecht zu werden.

Spezifikationen Grünpflegekopf

Der Grünpflegekopf basiert auf einem Scheibenmäherprinzip. Die Schnitthöhe von 10 cm wird nicht unterschritten. Vorgesaltet ist eine mechanische Abstreifvorrichtung. So werden im Gras sitzende Insekten und Kleinlebewesen rechtzeitig aufgescheucht. Mittels gezielter Luftführung von oben und

weitestgehend geschlossenem Boden gelangen deutlich weniger Lebewesen in den Mähkopf. Durch das Aufnehmen des Mähgutes entstehen magere Grünflächen, die eine gute Grundlage für eine blütenreiche Vegetation bilden. Statt einer Abrollwalze setzt der MULAG-Grünpflegekopf Tastrollen ein, die nur eine kleine Fläche beeinträchtigen. Der geringere Bodenkontakt schützt die am Boden lebenden Tiere. Peter Hoffmann, Gebietsverkaufsleiter für Bayern, Österreich und Tschechien bei MULAG präsentierte außerdem Lösungen für Mähgeräte, wenn die Pfostenabstände der Leitplanken weniger als 1,2 m betragen, denn auch dafür bie-

tet die Firma Lösungen. Allerdings warnte er auch, dass man sich zukünftig, bei den gestiegenen Anforderungen an den Artenschutz, „von dem uns gewohnten sauberen Schnittbild verabschieden“ müsse.

Durch das Engagement der Hersteller Bucher Municipal und MULAG konnten dieses Jahr wenigstens ein paar Funktionen, mit denen der Unimog die Arbeit erleichtert, eingehender beleuchtet werden. Ein Ersatz für die ausgefallenen Veranstaltungen ist es nicht. Trotzdem zeigten sich die Partner der Unimog-Tour insgesamt zufrieden, in diesen Zeiten wenigstens einem kleinen Publikum Neuheiten präsentieren zu dürfen. **CH**



Dramatischer Hilferuf

Waldbesitzer brauchen Fördermittel und Personal, um Wälder in der Region wieder aufzuforsten

Die Fichte verabschiedet sich durch die anhaltende extreme Trockenheit rasend schnell aus den heimischen Wäldern. Die bisher im Bereich der Waldbesitzervereinigung Bamberg geschlagenen rund 40.000 Festmeter Schadh Holz machen lediglich rund ein Drittel des gesamten derzeitigen Schadh Holzes aus. Hektar für Hektar Wald geht derzeit verloren. Das wurde bei einer Begehung von Waldbesitzervereinigungen auf Initiative von Angelika Morgenroth mit Landrat Johann Kalb, Landtagsabgeordnetem Holger Dremel und Bürgermeistern bei Stadelhofen deutlich.

„Es tut weh, wenn man durch die Wälder geht“, zeigte sich Landrat Johann Kalb wiederholt betroffen von den Schäden. Wald ist nicht nur Klimaschützer

Schaden erleiden nach seinen Worten nicht nur die Bäume und damit der Waldbesitzer. „Der Wald ist nicht nur Klimaschützer

und Wasserspeicher, sondern auch für den Tourismus wichtig.“ Diese Funktionen müssten so weit wie möglich und so schnell wie möglich wiederhergestellt werden.

Es fehlt Geld und Personal.

Dafür braucht es, so Angelika Morgenroth und ihre Kollegen nicht nur finanzielle Förderung und eine Vereinfachung der Förderverfahren sondern vor allem Personal: um das Schadh Holz zu beseitigen, die Waldbesitzer zu beraten und um neu aufforsten zu können. Forstdienststellen in ganz Franken seien derzeit hoffnungslos überlastet. Weil Südbayern nicht betroffen sei, fordere man eine – gerne zeitlich befristete – Verlagerung von forstlichen Fachkräften nach Franken.

Landtagsabgeordneter Holger Dremel sicherte zu, diese Forderungen mit Ministerin Michaela Kaniber zu besprechen. Die Situation sei extrem. Es müssten schnellstmöglich Lösungen gefunden werden: personelle Verstärkungen ebenso wie die Unterstützung der Aufforstung. **□**



v.l. Holger Dremel, MdL, und Landrat Johann Kalb: Hektar für Hektar geht durch die anhaltende Trockenheit verloren. Bild: Pressestelle Landratsamt Bamberg

Erntehelfer. Facharbeiter. Straßenmeister. Oder kurz: Unimog.

Der Unimog überzeugt Agrar- und Lohnunternehmer mit seiner enormen Wirtschaftlichkeit.

Dafür sorgen der geringe Kraftstoffverbrauch bei gleichzeitig hoher Leistung von bis zu 220 kW (299 PS), Front- und Heckzapfwelle sowie Hydraulik ab Werk,

schneller Gerätewechsel und dadurch eine hervorragende Auslastung an 365 Tagen im Jahr. Auf dem Acker und im Grünland Einsatz bewegt sich der Allrounder zudem genauso souverän wie auf Straßen.



Mehr dazu bei Ihrem Unimog Partner oder unter mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/lohnunternehmer-und-dienstleister

Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: verkauf@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?
Oberhaching, 13.600

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?
2002

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?
Zukunft meiner Heimatgemeinde, die Gemeinschaft der Menschen miteinander gestalten

Wie haben Sie sich vorbereitet?
Gar nicht

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?
Überall – Klimaschutz, Wohnen, Kindergärten, Schulen, Bibliothek, Rathausanierung, Ortsmitten, Naturfreibad, Musikschule, Mobilität, Identität ...



Stefan Schelle

Erster Bürgermeister in Oberhaching
Bezirksvorsitzender Oberbayern
des Bayerischen Gemeindetags

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?
Corona und Klimaschutz, Wohnen, Kindergärten, Schulen, ...

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?
Weiterentwicklung der Schullandschaft – Neubau eines Schulcampus Realschule/FOS

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für

junge Kolleginnen und Kollegen?
Zuhören, zuhören, authentisch und mutig bleiben: „tue Recht und scheue niemand!“

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen/Bürgerinnen und Bürger/Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?
Ständig

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?
Keine Digitalisierung kann das persönliche Gespräch ersetzen

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?
Nein

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?
So wie ich bin, irgendwann.

Bezirk Oberfranken:

Zuschüsse für zukünftige Projekte beschlossen

Der Ausschuss für Soziales des Bezirks Oberfranken hat unter Leitung von Bezirkstagspräsident Henry Schramm in der jüngsten Sitzung Weichen für eine bessere Versorgung der Menschen in Oberfranken gestellt. Wichtige Themenpunkte waren unter anderem die Förderung eines Inklusionsprojektes, Bedarfserkennungen für Plätze in besonderen Wohnformen für Bayreuth, die Erweiterung um 40 Wohnplätze im Wohn- und Pflegeheim Kutzenberg sowie eine verbesserte Vergütung der Träger im Bereich der Teilzeitregelung für Werkstätten für behinderte Menschen.

In den vergangenen Jahren haben sich die Beschäftigungsmöglichkeiten für weniger leistungsstarke Arbeitnehmer mit einer geistigen oder körperlichen Behinderung deutlich verschlechtert. Um auch ihnen eine Chance auf einen regulären und festen Arbeitsplatz und somit eine Perspektive zu bieten, ist die Förderung von Inklusionsprojekten äußerst wichtig. Bezirkstagspräsident Henry Schramm setzt sich für einen weiteren Ausbau dieser Beschäftigungsform ein: „Die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt muss erklärtes Ziel einer zukunftsorientierten Behindertenpolitik sein. Der Bezirk Oberfranken unterstützt bereits vier Inklusionsprojekte. Zudem werden wir zukünftig das Inklusionsprojekt 'Spinnstube' in Mainleus fördern.“

Inklusionsprojekt

Der AWO Kreisverband Kulmbach und die Marktgemeinde Mainleus als Gesellschafter der MAWO gGmbH möchten als Pächter die Bewirtschaftung der denkmalgeschützten Gaststätte „Spinnstube“ in einem Inklusionsprojekt betreiben. Es sollen 4 1/2 Arbeitsplätze für Menschen mit einer psychischen, körperlichen, geistigen oder mehrfachen Behinderung geschaffen werden. Eine fachliche und pädagogische Betreuung dieser Arbeitskräfte wird durch Personal vor Ort gewährleistet.

Der Bezirk Oberfranken bezuschusst die Inklusionsplätze jährlich mit 3.000 Euro pro Platz. Somit errechnet sich bei viereinhalb Arbeitsplätzen ein Förderolumen von 13.500 Euro jährlich.

Infolge eines Mangels an spezifischen regionalen Wohnformen mussten Menschen mit Be-

hinderung oder einem erhöhten Betreuungsbedarf oft außerhalb des Stadtgebiets Bayreuth und zum Teil außerberfränkisch untergebracht werden. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der damit verbundenen Nachfrage zeichnet sich somit kurzfristig, aber auch mittelfristig ein weiterer Bedarf an Plätzen in besonderen Wohnformen ab.

Zusätzliche stationäre Wohnplätze in Bayreuth

„Ziel muss es sein, ein ausreichendes Angebot an stationären Wohnplätzen im Stadtgebiet Bayreuth sicher zu stellen, um für behinderte Menschen die Nähe zu ihren Familien zu gewährleisten. Deshalb erkennt der Sozialausschuss des Bezirkstags von Oberfranken den Bedarf für 48 zusätzlichen stationären Wohnplätze in Bayreuth an,“ erläuterte Bezirkstagspräsident Henry Schramm. Verschiedene Träger haben bereits Interesse an der Umsetzung und Realisierung entsprechender Projekte signalisiert.

Bedarfserkennung Wohn- und Pflegeheimplätze Kutzenberg

In Oberfranken gibt es zudem eine erhöhte Nachfrage nach Wohn- und Pflegeheim für Menschen mit psychischer Erkrankung und gleichzeitigem Bedarf an pflegerischer Versorgung. Mit einem geplanten Neubau der Gesundheitseinrichtungen des Bezirks Oberfranken wird das Wohn- und Pflegeheim Kutzenberg von 50 Plätze auf insgesamt 90 Plätze erweitert. Der Sozialausschuss des Bezirkstags von Oberfranken genehmigt somit den Bedarf für

40 zusätzliche Wohn- und Pflegeplätze für Menschen mit psychischen Erkrankungen in Oberfranken. „Hiermit helfen wir vielen Menschen und erzielen eine wesentliche Stärkung des Standorts Kutzenberg“, versicherte der oberfränkische Bezirkstagspräsident.

Institutionelle Förderung für das Haushaltsjahr 2021

Eine institutionelle Förderung von rund 640.000 Euro beschloss der Ausschuss für Soziales für die Dezentralisierung der Regens-Wagner-Burgkunstadt und der Himmelkroner Heime. Regens-Wagner-Burgkunstadt hat vor in Weismain ein Wohnheim mit 24 Plätzen für Menschen mit Behinderung, sowie sieben Förderstättenplätze zu bauen. Die Himmelkroner Heime planen einen Ersatzneubau einer Förderstätte mit 48 Plätzen, sowie eine Werkstatt für behinderte Menschen mit 250 Plätzen in Neuenmarkt.

Bessere Vergütung der Träger im Bereich der Teilzeitregelung für Behinderten-Werkstätten

Die Träger der Werkstätten für behinderte Menschen hatten ein Antrag auf eine verbesserte Vergütung der in Teilzeit beschäftigten Mitarbeiter gestellt. Nach ausführlichen Diskussionen zwischen den Vertretern der Träger, den Bezirksräten und der Bezirksverwaltung hat Bezirkstagspräsident Henry Schramm einen Kompromissvorschlag in den Raum gestellt, der letztendlich zur Zufriedenheit aller einstimmig beschlossen wurde. Demnach wird der Bezirk künftig Mehraufwendungen in Höhe von 90.000 Euro jährlich übernehmen.

Bezirkstagspräsident Henry Schramm, der gewillt war eine einvernehmliche Lösung für alle herbeizuführen, betonte: „Wenn es um die Menschen geht, müssen wir alle an einem Strang ziehen. Schließlich ist der Bezirk für die Menschen da, die nicht so viel Glück in ihrem Leben haben.“

UNNA für Altmühlfranken:

Unternehmerinitiative Nachhaltigkeit und CO2-Neutralität

Die Kunststoff- und Automobilzulieferindustrie ist fester und erfolgreicher Bestandteil der Wirtschaft in Altmühlfranken. Diese Branchen haben sich über Jahrzehnte entwickelt. Dabei gilt es diese Stärke zu bewahren. Um unseren Wirtschaftsstandort gemeinsam zukunftsfähig aufzustellen und auf vorhandene Herausforderungen zu reagieren, hat sich die Unternehmerinitiative Nachhaltigkeit und CO2-Neutralität für Altmühlfranken, kurz UNNA, gebildet.

Bereits heute ist Altmühlfranken in vielen Bereichen der Nachhaltigkeit führend, beispielsweise bei der Erzeugung erneuerbarer Energien. Trotzdem wird es in Zukunft weitreichende Veränderungen geben, die die Betriebe gemeinsam meistern müssen. Die Gesellschaft setzt neue Forderungen an die Industrie, aber auch die aktuelle Krise wird ihre Spuren hinterlassen. Stichworte dabei sind beispielsweise eine CO2-neutrale Produktion, Imagepflege im Kunststoffbereich, der Wandel in der Automobilzulieferindustrie, Antriebe der Zukunft oder auch die Herausforderungen für Unternehmen im ländlichen Raum. Die Unternehmerinitiative soll den Betrieben eine Plattform zum Austausch und zur Weiterentwicklung geben.

Mitglieder der ersten Stunde von UNNA sind neben Landrat Manuel Westphal, Unternehmer aus der kunststoffverarbeitenden Industrie aus dem ganzen Landkreis. Auf Initiative von Landrat Manuel Westphal hat sich eine Arbeitsgruppe bereits im Herbst 2019 gebildet. Nach einigen Workshops, die im Laufe des Jahres gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung des Landkreises abgehalten wurden, konnten die Ziele der Initiative nun konkretisiert werden.

„Wir wollen als Region zusammen mit unseren Betrieben Vorreiter beim Thema Nachhaltigkeit sein und dazu insbesondere auch neue und innovative Produktions- und Kreislaufkonzepte implementieren. Gemeinsam wollen wir erreichen, dass Altmühlfranken zukünftig als ‚Nachhaltigkeits-Landkreis‘ und Beispielsregion vorangeht mit dem Ziel einer CO2-neutralen Produktion“, verdeutlicht Landrat Manuel Westphal während eines Pressegesprächs zur Vorstellung der Unternehmerinitiative.

Über Sektorengrenzen hinweg

Der IHK-Ehrevorsitzende Dr. Karl-Friedrich Ossberger führt weiter aus: „In enger Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wollen wir im Landkreis auch über Sektorengrenzen hinweg CO2-neutrale Produktionsmethoden einsetzen und auch die bereits bestehenden Kreislaufkonzepte weiter ausbauen. Dies kann beispielsweise durch die Zusammenarbeit zwischen Industriebetrieben und Erzeugern erneuerbarer Energien in der Region erfolgen.“

Die Initiatoren von UNNA möchten die Initiative aber nicht auf die Firmen dieser Branche beschränken, sondern weitere produzierende Betriebe in Altmühlfranken als Mitstreiter gewinnen. Deswegen wird die UNNA-Initiative während einer Auftaktveranstaltung im Landkreis zum ersten Mal den Unternehmerinnen und Unternehmern der Region vorgestellt. Der

IHK-Gremiums vorsitzende im Landkreis Dr. Simon Amesöder unterstreicht daher auch die Bedeutung von UNNA für die regionalen Betriebe: „Ein Vorsprung auf dem Gebiet der nachhaltigen Produktion ist dabei auch ein Vorteil bei der Fachkräfte- und Nachwuchsgewinnung für die Betriebe. Damit kann auch das positive Image der örtlichen Wirtschaft weiter ausgebaut werden.“

Auch Andreas Gebhardt, Geschäftsführender Direktor der Alfmeier Präzision SE, ergänzt: „Unser Ziel muss es sein, die Region als eine der ersten Adressen im Bereich Kunststoff bekannter zu machen. Dabei gilt es die Bekanntheit des Landkreises als Ausbildungsregion, insbesondere mit dem kunststoffcampus bayern zu stärken und einer der maßgeblichen ‚player‘ in Süddeutschland zu werden.“

Innovationen, Nachhaltigkeit und hohe Qualitätsstandards sollen unserer Wirtschaft auch helfen in Politik und Gesellschaft als wichtiger Partner Anerkennung und Gehör zu finden. Die erarbeiteten Maßnahmen werden auch in den Regionalentwicklungsprozess „Altmühlfranken 2030“ aufgenommen und dort mit umgesetzt.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chafel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandete Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Die Mitglieder der ersten Stunde der Unternehmerinitiative UNNA: 1. Reihe (v.l.): Dr. Simon Amesöder, RF Plast GmbH, Landrat Manuel Westphal; 2. Reihe (v.l.): Andreas Gebhardt, Alfmeier Präzision SE, Marco Stenglein, Verpa Folie Gunzenhausen GmbH, 3. Reihe (v.l.): Sabine Unterlandstaettner, Wirtschaftsförderung, Rainer Mayer, Moderation, Dr. Karl-Friedrich Ossberger, OSSBERGER GmbH + Co. KG, Harald Höglmeier, HP-T Höglmeier Polymer-Tech GmbH & Co. KG.

Bild: Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen

Partnerschaft stärken

Eine Partnerschaft zwischen dem Landkreis Tarnów und dem Landkreis Pfaffenhofen soll mit mehr Leben gefüllt werden. Das ist das Ergebnis der Videokonferenz zwischen Landrat Albert Gürtner und seinem Landratskollegen Roman Lucarz aus Tarnów.

Zuletzt war die Partnerschaft wegen dem Umgang mit der LGBT-Szene auf polnischer Seite in Kritik geraten. Nach dem Gespräch zeigte sich Gürtner zuversichtlich. „Es war ein sehr angenehmes und freundliches Gespräch. Beide Seiten sind sehr daran interessiert, die Partnerschaft weiterzuführen.“

Der Landkreis Tarnów mit Landrat Lucarz hat sich auch klar zu EU-Grundrechtecharta bekannt. Eine gemeinsame Werte-Basis ist nach wie vor vorhanden, so Gürtner. Verschiedene Mentalitäten bergen immer gewisse Unterschiede, hier gilt es einen gemeinsamen Konsens zu

finden. Für eine tatsächliche Annäherung, die nicht nur auf dem Papier besteht, setzt Gürtner auf verstärkten Austausch. Es sollen gemeinsame Themen gesucht werden, bei denen eine sinnvolle Zusammenarbeit möglich ist und von denen beide Seiten profitieren können. Das kann dann eine Basis für die Fortführung der Partnerschaft sein.

„Wir werden nun gezielt ein, zwei Projekte in den Bereichen Landwirtschaft, Umweltschutz oder Jugendarbeit in Angriff nehmen“, so Gürtner. Die Ergebnisse sollen dann im Kreistag vorgestellt werden, der über die weitere Zusammenarbeit entscheiden wird.



V.l.: Alex Eder (Landrat Unterallgäu), Dr. Erwin Lohner (Regierungspräsident Regierung Schwaben), Thorsten Freudenberger (Landrat Neu-Ulm), Maria Rita Zinnecker (Landrätin Ostallgäu), Dr. Klaus Metzger (Landrat Aichach-Friedberg), Elmar Stegmann (Landrat Lindau (Bodensee)), Martin Sailer (Landrat Augsburg / Präsident Bezirk Schwaben), Stefan Röfle (Landrat Donau-Ries), Dr. Johann Keller (Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bayerischer Landkreistag), Dr. Hans Reichart (Landrat Günzburg) und Leo Schrell (Landrat Dillingen a. d. Donau).

Bild: Angela Wolf

Bayerischer Landkreistag:

Arbeitstagung des Bezirksverbands Schwaben

Der Bezirksverband Schwaben im Bayerischen Landkreistag hat sich bei einer Arbeitstagung im Landratsamt in Dillingen an der Donau über aktuelle Themen ausgetauscht. Neben einem Überblick über die aktuelle Lage an den Corona-Testzentren in den einzelnen Landkreisen wurde auch über die erheblichen Schwierigkeiten, Mediziner für die Gesundheitsämter zu finden, diskutiert. Zudem waren auch die Entscheidungen des Freistaates Bayern im Rahmen der Corona-Pandemie ein Thema.

Die Landkreisvertreter berichteten über ihre Erfahrungen mit den vor kurzem eingerichteten Corona-Testzentren in den einzelnen Landkreisen. Insgesamt gesehen zeigten sich alle zufrieden mit dem Betrieb der Teststrecken. Allerdings wurden auch Stimmen laut, dass die massenweisen Testungen im Rahmen des Bayerischen Testkonzepts auf Dauer nicht tragbar sind.

Durch unzureichende Laborkapazitäten in vielen Landkreisen könnten die Ergebnisse oftmals nicht innerhalb der geforderten Zeit von 36 Stunden abgerufen werden. So lautet der Appell der

Landkreisvertreter an den Freistaat Bayern – weg von den Massentestungen hin zu gezielten Testungen, die wechseln. Dies würde ihrer Ansicht nach nicht nur die Laborkapazitäten schonen, sondern auch den teilweise langen Ergebnisverzögerungen entgegenwirken.

Öffentlichen Gesundheitsdienst attraktiver machen

Sorgen bereitete den Teilnehmern auch, dass die Amtsarztstellen an den Gesundheitsämtern nur sehr schwer besetzt werden können. „Es muss darüber nachgedacht werden, den öffentlichen

Gesundheitsdienst bei den Ärzten attraktiver und bekannter zu machen“, so Regierungspräsident Dr. Erwin Lohner. „Eine Lösungsmöglichkeit könnte sein, gewisse Aufgaben zu zentralisieren, damit die wenigen Ärzte sich auf die wichtigen Aufgaben konzentrieren können“, schlug Landrat Elmar Stegmann vor. Um zu überprüfen, wie viele Amtsarztstellen an den Landratsämtern aktuell unbesetzt sind, läuft seitens des Bayerischen Landkreistags gerade eine Umfrage. Die Ergebnisse sollen in der nächsten Präsidiumssitzung vorgestellt und über weitere Schritte beraten werden, teilte das geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Johann Keller mit.

Ein weiterer Punkt über den die Landkreisvertreter diskutiert haben, ist die Kommunikation des Freistaates. Auch hier herrschte darüber Einigkeit, dass es für die Landratsämter untragbar ist über zukünftige Schritte, die vor Ort umgesetzt werden müssen, zuerst aus den Medien zu erfahren. „Wir bitten die Staatsregierung um zeitnahe Information, damit auch auf Landkreisebene eine schnellere Handlungsfähigkeit möglich ist“, so Landrat Stegmann.

Stadt und Landkreis Bamberg:

Verbunden in Solidarität und Vielfalt

Pandemiebedingt musste die Durchführung der Interkulturellen Wochen in Stadt und Landkreis in diesem Jahr abgesagt werden. Der Migrantinnen- und Integrationsbeirat (MIB) der Stadt Bamberg initiierte dennoch eine große symbolische Aktion, der sich viele Zivilgesellschaftliche Kräfte in Bamberg und die Partnerschaft für Demokratie im Landkreis Bamberg anschlossen. Ziel war es, Menschen in Stadt und Landkreis Bamberg in Solidarität und Vielfalt zu verbinden.

Unter dem Motto „GEMEINSAM. VIELFALT. GESTALTEN.“ organisierte der Landkreis Bamberg eine Banner-Aktion in den Gemeinden und setzte so ein Zeichen für Vielfalt und Demokratie. Hierfür wurden, finanziert über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“, 3 mal 2 Meter große Meshbanner angefertigt, die am Rathaus oder an öffentlichen Gebäuden in den Gemeinden vor Ort aufgehängt wurden. „Uns ist auch die Nachhaltigkeit der Aktion wichtig“, so Christian Lorenz, Leiter des Bildungsbüros. „Die Banner können immer wieder an den Rathäusern angebracht werden, um so

zeitnah und öffentlich wirksam auf Ereignisse und Formen von Rassismus reagieren zu können.“

In der Stadt Bamberg setzten an 20 verschiedenen Orten kleine Menschenketten unter der Maxime „Bamberg verbunden in Solidarität und Vielfalt“ ein eindrucksvolles Zeichen. Durch die gemeinsamen Menschenketten in der Stadt in Verbindung mit den Bannern in den Gemeinden bekennen sich Stadt und Landkreis gemeinsam zu Vielfalt und Demokratie. Landrat Johann Kalb begrüßt die gemeinsame Aktion: „Demokratie ist Vielfalt und Toleranz, Menschenwürde und Gleichberechtigung, Freiheit und Akzeptanz. Gemeinsam dafür einzustehen, das ist das Zeichen, das Landkreis und Stadt Bamberg immer wieder gemeinsam setzen müssen.“

Über 20 Menschenketten (mit Abstand und Maske) wurden an verschiedenen Orten in der Stadt Bamberg gebildet, die über die sozialen Medien verbunden wurden. „Nicht nur die klare Absage an jegliche Form von Rassismus und Ausgrenzung, sondern auch der Dank für die Leistungen, Anstrengungen und Geduld der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in den letzten Monaten verbinden uns. Wir wollten zudem zeigen, dass Bamberger auch in schwierigen Zeiten zusammenhalten und Rassisten und Demokratiefreunden nicht hinterherlaufen“, betonen Andreas Starke, Schirmherr der Veranstaltung, sowie Mitra Sharifi und Marco Depietri vom MIB.



Staatssekretär a.D. Franz Meyer ist jetzt offiziell „Altlandrat“. Im Rahmen einer Feierstunde auf Schloss Neuburg würdigten die Festgäste den neuen Altlandrat (vordere Reihe Mitte) mit Ehefrau Rosmarie und (v.r.) Passaus Oberbürgermeister Jürgen Dupper, Landrat Raimund Kneidinger, Altlandrat Hanns Dorfner mit Frau Gerlinde.

Bild: LRA Passau

GZ

GESTERN
hat mein Chef gesagt ...

„Jetzt hat auch Passau seinen Regionalkrimi. Zur besten Sendezeit im Ersten. Respekt. Spektakuläre Aufnahmen von oben, stimmungsvolle Kameraführung – eine richtig tolle Werbung für eine schöne Stadt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, berichtete nicht ohne einen kleinen Anflug von Neid, dass er nach der Tagesschau „zufällig“ am neuen Heimatkrimi aus Passau hängen geblieben ist und die gelungenen Stadtbilder sehr genossen hat.

Jetzt ist ja Niederbayern keineswegs Terra incognita, was Regionalkrimis angeht. Eine ganze Reihe von Büchern, verfilmt oder nicht verfilmt, spielen ja in Niederbayern und legen Zeugnis ab von der urwüchsig-anarchischen Kraft des Landes und der es bewohnenden

Krimi-Hype um die Region

Leute. Aber ein Passau-Krimi – da steigt die Stadt schon auf in eine Reihe mit Stralsund, Weimar, Wismar, Münster oder Luzern.

So ändern sich die Zeiten. Früher dachte man beim Stichwort Krimi an das Paris Kommissar Maigrets, das London Edgar Wallaces oder Kojaks New York. Man befuhr mit einem Ermittlerduo die Straßen von San Francisco oder erkundete mit Inspektor Columbo Los Angeles. Auch die deutschen Kult-Krimis vom Tatort spielten in München, Hamburg, Berlin, Wien, Stuttgart und nur weil dort kleine Sender ansässig waren, sah man Impressionen von Saarbrücken oder Bremen. Klar, der Charme der Provinz spielte etwa bei Agatha Christie in ihren Poirot- und Miss-Marle-Büchern eine Hauptrolle. Aber ob Raymond Chandler oder Dashiell Hammett: Der Großstadtdschungel war lange die ideale Kulisse für Mord, Erpressung und Intrige.

Heutzutage zieht sich das Übel der Welt, die Ursünde des Mordes und der Habgier, der Eifersucht und des Hasses immer tiefer in die Provinz zurück. Seit Henning Mankell seinen Kommissar Wallander im südschwedischen Kaff Ystad ermitteln ließ, wird praktisch keine Region Europas von Krimis verschont: Die Bretagne, die Provence, der Comer See, das Aostatal, der Gardasee, Südtirol natürlich, die Eifel, das Weinviertel, Usedom, Sylt – zu prak-

tisch jeder Gegend gibt es die passenden Mord- und Totschlagsgeschichten. Die Tatorte spielen heutzutage in Freiburg, Weimar, Kiel und der Franken-Tatort zieht wie ein Ableger der Tourismuszentrale durch alle erdenklichen fränkischen Städte, ungeachtet der Grenzen von Regierungsbezirken oder Polizeidirektionen.

Unschwer ist aber der Hotspot des bayerischen Regionalkrimis im Süden auszumachen. Neben dem schon erwähnten Niederbayern ist es das Allgäu. Es findet sich eine treue Fangemeinde, die jeden Krimi um einen skurril-lieblichen Ermittler bereits beim Buchhändler vorbestellt, wenn in einschlägigen Foren nur angedeutet wird, dass ein neuer Band rauskommt. Im Vertrauen, den aktuellen hab ich gerade zu Ende gelesen: köstlich. Und dann natürlich Bad Tölz, dessen Bulle Kult ist, Rosenheim, dessen Cops zu den erfolgreichsten Ermittlern ever gehören und Wolfratshausen, das inzwischen ebenso oft mit dem Begriff „Frühstück“ wie mit Hubert und/ohne Staller in Verbindung gebracht wird.

Wie erklärt sich dieser Hype um die Region bei den Krimis? Die Raffinesse des Plots kann es nicht sein. Entweder die Geschichten setzen auf das absolut Böse wie bei Wallander oder auf ausgiebige Beschreibungen von Land und Leuten oder sind einfach hinreisend unterhaltsam. Kombinatorische Meisterwerke, wie sie Agatha Christie, Martha Grimes oder P.D. James abgeliefert haben, findet man selten. Es ist wahrscheinlich der Wiedererkennungswert und das Lokalkolorit, das einen selbst zu einem Teil der Geschichte machen kann. Auch wenn sie gar nicht in der engeren Heimat spielt, sondern an der Ostsee, am Ärmelkanal oder im sonnigen Süden – irgendwie sind wir ja heutzutage überall daheim.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist etwas wehmütig: Nur zu gerne würde er unsere Stadt auch im Zentrum eines zünftigen Heimatkrimis sehen. Am besten mit Verfilmung. Großartige Werbung! Aber leider findet sich am Ort keine entsprechende Edelhilfe. Trost spendet der Satz Hermann Hesses: „Heimat ist nicht da oder dort. Heimat ist in Dir innen, oder nirgends.“

the Sabrina

Kampagne verbindet die Menschen im Landkreis Fürth

Mit 308 Quadratkilometern ist der Landkreis Fürth zwar der flächenmäßig kleinste Landkreis in Bayern, jedoch hat er viel zu bieten. Seine etwa 118.000 Landkreisbewohner „fühlen sich hier pudelwohl, und das nicht ohne Grund“, meint Landrat Matthias Dießl, der mit einer neuen Kampagne und einer dazugehörigen Homepage mit Blog das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für die eigene Heimat weiter stärken möchte.

Den Startschuss gab der Landrat gemeinsam mit den Bürgermeistern der 14 Gemeinden im Dreschmaschinenhaus in Ammerndorf. „Wunderschöne Kultur- und Naturlandschaften, neue Attraktionen neben traditionellen Sehenswürdigkeiten und Bräuchen, das alles findet man in unserem Landkreis und das alles macht unsere Region unverwechselbar“. Mit der Kampagne #heimatlandkreisfürth sollen die regionale Identität und das „Wir-Gefühl“ gestärkt werden. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat unterstützt den Landkreis dabei mit 202.000 Euro.

Auf der neuen zentralen Webseite (heimat-landkreisfürth.de) sind Filme, Podcasts und Blogbeiträge zu finden. Weitere Projekte wie Social Media-Aktionen und Events sind geplant. Auch soll es eine „Heimat-Busfahrt“ geben, die eine Erlebnis- und Erkundungstour zu besonderen Orten bietet. Beim „Job Shadowing“ sollen Schüler und Studenten die Möglichkeit bekommen, Berufstätigen über die Schulter zu schauen und deren Arbeitsalltag kennenzulernen. Im Gespräch ist auch ein Magazin mit persönli-

chen, spannenden und vergessenen Geschichten aus dem Landkreis Fürth. Zum Abschluss des Förderprogramms ist ein Heimatfestival mit verschiedenen The-

men rund um die Heimat geplant. „Die traditionellen und modernen Merkmale, die das Profil einer Region bilden, prägen die regionale Identität und unser Verständnis von Heimat. Und wo wir uns mit den Besonderheiten einer Region identifizieren, da können wir uns auch zuhause fühlen“, betonte Matthias Dießl. Wer die neue Homepage aufruft, werde zum Mitmachen eingeladen. pmw



Neues Personal im Bezirksverband Oberbayern des Bayerischen Gemeindetags: Nachdem Josef Steigenberger 2020 nicht mehr zur Kommunalwahl angetreten ist, stand er auch als Bezirksvorsitzender nicht mehr zur Verfügung. Mit einem Trauergeschehnis von 100 % übernimmt nun der Oberhachinger Bürgermeister Stefan Schelle im Bezirksverband das Ruder. Unterstützt wird er von seinem Stellvertreter Franz Rasp, Bürgermeister in Berchtesgaden, der sich über das gleiche gute Wahlergebnis freute. Unser Bild zeigt v.l.: Stefan Schelle, Christian Scheuerer, 1. Bürgermeister Ohlstadt (Kassier), Franz Rasp, 1. Bürgermeister Berchtesgaden, Dr. Uwe Brandl, 1. Bürgermeister Abensberg und Präsident Bayerischer Gemeindetag, Johann Wiesmeier, 1. Bürgermeister Fraunberg, Susanne Hoyer, 1. Bürgermeisterin Langenbach, Christian Bolz, 1. Bürgermeister Weil, Martin Schmid, 1. Bürgermeister Vohburg und Josef Steigenberger, ehemaliger Bezirksvorstand und bis 2020 1. Bürgermeister Bernried a. Starnberger See. Bild: Bayerischer Gemeindetag

Wirtschaftsminister Aiwanger:

„Regionalmanagement ist erster Schritt aus Monostruktur“

Gemeinden rund um Hohenfels und Grafenwöhr suchen nach Ideen für neue Wirtschaftsentwicklungen

Bei einem Besuch des US-Kasernengeländes Rose Barracks machte sich Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ein Bild von den US-amerikanischen Einrichtungen bei Vilseck.

Die beiden Oberpfälzer Standorte Hohenfels und Grafenwöhr generieren jedes Jahr eine Wirtschaftskraft von rund 600 Millio-

nen Euro. „Die Truppenübungsplätze mit ihren Wohn- und Versorgungseinheiten sind das Juwel der US-Standorte welt-

weit“, erklärte der Vilsecker Bürgermeister Hans-Martin Schertl. Durch den großen Ausbau in den 1980er und 1990er Jahre entstanden immer mehr Arbeitsplätze, die in direktem Zusammenhang mit den US-Truppen stehen. Große Industrieansiedlungen blieben aufgrund der starken militärischen Präsenz aus. Sollten 4.500 Soldaten plus rund 9.000 Angehörige abgezogen werden, hätte dies gravierende Auswirkungen für die gesamte Region.

Neue Arbeitsplätze planen

„Die Region muss sich breiter aufstellen, unabhängig ob

Truppen abgezogen werden oder nicht“, erklärte der Staatsminister. Dazu bietet der Freistaat die Förderung eines Regionalmanagements für zwei Gebiete, Grafenwöhr inklusive aller Anrainerkommunen sowie Hohenfels inklusive aller Anrainerkommunen von je 200.000 Euro pro Jahr und Region für drei Jahre an. Neue Arbeitsplätze für die rund 3.300 deutschen Arbeitskräfte an den Standorten müssen langfristig geplant werden.

Langer Atem erforderlich

„Wir sehen gerade in anderen Regionen, dass es einen langen Atem braucht, um neue Industrien mit innovativen Arbeitskräften zu etablieren“, erklärte Aiwanger. Er bat Vilseck und die Anrainerkommunen, jetzt zukunftsfähige Ideen für die Region zu entwickeln. Diese könnten dann vom Freistaat unterstützt werden.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und das LfA Magazin bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Leutershausen im Landkreis Ansbach hat ein neues Stadtoberhaupt. Markus Liebich vom Bürgerforum Leutershausen wurde mit 61,3 Prozent der Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Er setzte sich deutlich gegen Harald Domscheit (Grüne) durch, der auf 38,7 Prozent kam. Die Wahlbeteiligung lag bei 64,7 Prozent.

Neuwahlen wurden erforderlich, weil die parteilose Ex-Bürgermeisterin Sandra Bonnermeier im Mai dieses Jahres zurückgetreten war. Sie muss sich derzeit wegen des Verdachts der Untreue vor dem Amtsge-

richt Ansbach verantworten.

Stichwahl in Hohenkammer

Bei der Stichwahl in Hohenkammer (Landkreis Freising) sicherte sich der CSU-Bewerber Mario Berti für die kommenden sechs Jahre den Chefesessel. Er gewann mit 52,8 Prozent gegen Susanne Hartmann von der FDP, die 47,2 Prozent der Stimmen auf sich vereinigte. Berti ist damit der Nachfolger des bisherigen CSU-Bürgermeisters Johann Stegmair. Die Wahlbeteiligung lag bei 62,8 Prozent.

DK

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland



Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etschel.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etschel.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN juwi

Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Walddumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.

juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbekauf

Fertigteilbau in Holz und Beton

Maschinenhallen · Technikräume · Wertstoffhöfe · Mehrzweckhallen · Sporthallen · Kindergärten

Herstellung im eigenen Werk in Massing

Laumer
Laumer Bautechnik · 84323 Massing · Tel.: 08724/88-0 · www.laumer.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:



Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS

Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **Schweitzer** Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www. **AKDB.de**

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach

mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlage (ab 3.000 m³/h Luftleistung)

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum • Aschaffenburg: Fachhochschule • Bamberg: Klinikum • Bayreuth: Klinikum • Ingolstadt: Saturn Arena • München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck • Murnau: BG Unfallklinik • Regensburg: Universität • Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus • Würzburg: Universität • div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelwerk
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für **schöne stadt**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



8. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

DIE DIGITALE KOMMUNE

Donnerstag, 12. November 2020

Einlass 9:00 Uhr

Amberger Congress Centrum - ACC

Schießstätteweg 8 - 92224 Amberg

www.bayerisches-breitbandforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die erste Themenübersicht.

Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-breitbandforum.de

ab 09:00 Eintreffen | Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung

Theresa von Hassel

Bayerische GemeindeZeitung

Gigabitförderung in Bayern –

Stand und Ausblick

Regierungsdirektor Bernd Geisler

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat

Herausforderung Glasfasererschließung

Direktor Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag

Die digitale Agenda der Stadt Coburg

Stefan Fey | Stadt Coburg

Übersicht Gigabitausbau in Deutschland

Caspar von Preysing | Gigabitbüro des Bundes

Bayerisches Mobilfunkförderprogramm

Bernhard Eder | Bayerisches Mobilfunkzentrum

Outdoorgehäuse unter dem Augenmerk

Schutz kritischer Infrastruktur (KRISIS)

Sandra Mann | Almatec GmbH

Passive Glasfasernetze | Schneller – Höher –

Weiter | Qualität im Focus!

Jürgen Albrecht | Dura-Line Germany GmbH

Gigabit

Johannes Bisping |

Bisping & Bisping GmbH & Co. KG

Breitband-Ausbau in Bayern

und Digitalisierung (Smart City)

Josef Scherl | Telekom Deutschland GmbH

Regionale Kooperationsmodelle mit M-net

als Erfolgsfaktor für den Gigabit-Ausbau

Nelson Kilius | M-net Telekommunikations GmbH

Smart Planning als Grundlage für Smart Cities

Adrian Richter | MRK Media AG

Weiterentwicklung von Glasfaserprojekten

oder: Wie jeder Glasfaser bekommt

Dr. Henrik Bremer | WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Deutsche GigaNetz GmbH – Kooperativer

Glasfaserausbau auf Basis privatwirtschaftlicher
Infrastrukturinvestition

Soeren Wendler | Deutsche GigaNetz GmbH

Aktuelles aus der Bundesförderung Breitband

Jan Svoboda | atene KOM GmbH

Gigabit Glasfaserprojekte für Gewerbe

und Industrie – Entwicklungsbedarf

und Marktchancen

Marcus Arlt | Thüga SmartService GmbH

Von Schottland nach Deutschland nach

Bayern – Qualitätsansprüche an Mikrorohre

„Made in Germany“

Stefanie Sill | Emtelle GmbH

DVB-C - das neue IPTV

Bernhard Hauser | HUBER + SUHNER Bktel GmbH

Weiß / graue / schwarze Flecken –

Gigabit Internet mit Vodafone

Rolf-Peter Scharfe | Vodafone GmbH

Gemeinsam in die Gigabitgesellschaft:

Schneller und effizienter bauen durch enge

Zusammenarbeit von Kommunen und Unter-

nehmen im Zusammenspiel mit staatlichen

Förderungsmaßnahmen

Anja Genetsch

Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH

Erfolgsfaktor Trassenplanung: Das Fundament

für ein wirtschaftliches FTTH-Netz

Christoph Pfänder | AND Solution GmbH

Hexatronic – FTTH Innovator

seit über 20 Jahren

Dr. Johannes Böhm | Hexatronic GmbH

IT-Automatisierung für digitale

Unternehmensentwicklung

Stephan Oesten | ScaleITS GmbH

RAUSPEED EasyConnect Innovation für

den FTTH-Ausbau

Andreas Weber & Stefan Erdorf | REHAU AG + Co.

Premium Dienste für Premium Netze

VOIP, ISP und IPTV – alles aus einer Hand

Dr. Markus von Voss | purtel GmbH

ca. 17:00 Ende der Veranstaltung

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat • Bayerischer Gemeindetag • Bayerischer Städtetag
Almatec GmbH • AND Solution GmbH • atene KOM GmbH • Axians GA Netztechnik GmbH • Bayerisches Breitbandzentrum • Bayerisches Mobilfunkzentrum •
Bisping & Bisping GmbH & Co. KG • Camozzi Automation GmbH • Connect Com GmbH • Corwese GmbH • Deutsche GigaNetz GmbH • Deutsche Glasfaser
Wholesale GmbH • Dura-Line Germany GmbH • Emtelle GmbH • Filoform GmbH • Gigabitbüro des Bundes • GM Plast GmbH • GVG Glasfaser GmbH • Hexatronic
GmbH • Höpfinger GmbH & Co KG • HUBER + SUHNER Bktel GmbH • Langmatz GmbH • LWL-Sachsenkabel GmbH • M-net Telekommunikations GmbH • Magellan
- geoinform AG • MRK Media AG • Muth Kommunikationstechnik GmbH • Opternus GmbH • purtel GmbH • REHAU AG + CO • Rödl & Partner GmbH • Romold
GmbH • ScaleITS GmbH • Stadt Coburg • Telekom Deutschland GmbH • Thüga SmartService GmbH • tso GmbH • Vodafone GmbH • WIRTSCHAFTSRAT RECHT

Organisatorische Hinweise

Veranstaltungsort

Amberger Congress Centrum - ACC
Schießstätteweg 8 - 92224 Amberg

Termin

Donnerstag, 12. November 2020, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr

Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller

www.bayerisches-breitbandforum.de

Veranstalter

Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie das Amberger Congress Centrum ACC

Unter www.bayerisches-breitbandforum.de → Anfahrt können Sie direkt Ihre Route planen.

→ ÖPNV: Ambergs Bahnhof ist verkehrsgünstig an das ICE-Schiennetz der Deutschen Bahn angeschlossen. Das ACC ist vom Bahnhof zu Fuß in ca. 7 Minuten zu erreichen.

→ PKW: In Amberg folgen Sie bitte der Ausschilderung Stadtmitte/ACC. Für Besucher des ACC stehen zahlreiche kostenpflichtige Parkmöglichkeiten in der Umgebung zur Verfügung. Eine Übersicht finden Sie hier:

www.bayerisches-breitbandforum.de/veranstaltungsort-2020

Tagungsbeitrag

- Für Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und Behörden ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 8. Bayerischen BreitbandForum kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen GemeindeZeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische GemeindeZeitung
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171/9307-10
Telefax: 08171/9307-22
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-breitbandforum.de

Unsere Partner und Aussteller

Anmeldung

Bitte melden Sie sich möglichst bis zum 2. November 2020 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 12.11.2020 am 8. Bayerischen BreitbandForum teil.

Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als:

- Kommunal-/ Behördenvertreter kostenfrei
- GZ-Abonnent 55,-€ Kd.Nr.: _____
- Wirtschaftsvertreter 95,-€

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion |

Dienstanschrift

Tel.

eMail

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN UNTERNEHMEN PROJEKTE

HERBST/WINTER · 2020



WIR HABEN ES IN DER HAND

Mit klugen Ideen nachhaltig in den
Wirtschaftsstandort Bayern investieren

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in Corona-Zeiten ist eine intakte Umwelt ein echter Standortvorteil für die Unternehmen und Kommunen im Freistaat Bayern. Damit das so bleibt, wird das Angebot der LfA zur Förderung umwelt-schutzrelevanter Vorhaben kontinuierlich optimiert. Beispielsweise bei Investitionen in energieeffiziente Produktionsanlagen und -prozesse bietet die LfA neben attraktiven Zinssätzen zusätzlich auch Tilgungszuschüsse an. Das gilt ebenso für unsere Förderung beim energieeffizienten Neubau oder bei der energetischen Sanierung von Firmengebäuden. So verringern die Betriebe ihren Energieverbrauch, bringen ihre Produktionsverfahren und Energiesysteme auf den neuesten technischen Stand und leisten dabei auch gleichzeitig einen effektiven Beitrag zum Klimaschutz.

In einem ausführlichen Interview ab Seite 4 erklärt die Wirtschaftsweise und Wissenschaftlerin Veronika Grimm von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg Strategien für das Gelingen der Energiewende.

Das große Potenzial an exzellenten Ideen rund um die Themen Nachhaltigkeit und Effizienz zeigen Berichte aus den unterschiedlichsten Branchen in ganz Bayern: von ARS, einer jungen Firma, die raffiniert konzipierte Massivholzwände herstellt (S. 16), über die 540 Jahre alte Bruckmayer Mühle (S. 18) bis zu Sembach, einem Hersteller für technische Keramik (S. 22). Es sind Firmen, die das Zukunftsthema Energie strategisch und mutig zugleich anpacken – gefördert von der LfA.

Es gibt vielfältige und intelligente Möglichkeiten, ein ökologisches Profil zu schärfen. Investitionen, die sich mittel- und langfristig ökonomisch auszahlen. So bietet der Einsatz umweltschonender Technologien nachhaltige Wettbewerbsvorteile. Auch und gerade angesichts der Herausforderungen der Corona-Pandemie.

Viel Freude beim Lesen wünscht Ihnen



Dr. Otto Beierl

Dr. Otto Beierl
Vorstandsvorsitzender
LfA Förderbank Bayern



12



04

- 04 „Mich fasziniert diese Veränderung“**
Wirtschaftsweise Veronika Grimm über die Corona-Krise als echte Chance für eine nachhaltigere Ökonomie
- 08 Hier spielt die Musik**
Instrumentenbauer Hans Krinner legt Wert auf Handarbeit – und auf Nachhaltigkeit
- 11 Kolumne**
Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sieht Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger die Energiewende – auch in Zeiten von Corona
- 12 Clever und smart**
Das Start-up Smartnrgy entwickelt Systeme, die Energie produzieren und speichern
- 14 Voller Energie**
Wo kommt der Strom in Bayern her und was kostet er? Wie können Unternehmen noch mehr Energie einsparen? Eine Bestandsaufnahme
- 16 Nichts als Holz**
Andreas Reßle baut Wände aus massivem Holz. Eine ganz schön energieeffiziente Idee
- 18 Mahlen, schrotten – Strom produzieren**
Müllerin Veronika Bruckmayer bringt frischen Wind in ein traditionsreiches Handwerk

Fotos: PR; Smartnrgy; Sebastian Art; PR; Iven Matheis; Cover: Elina Gathof; iStock/stockbyte



Aktiv werden:
Wir stellen Unternehmen und Menschen vor, die Nachhaltigkeit in die Hand nehmen

INHALT



16



18

- 22 Viele mögen's heiß**
Technische Keramik-Bauteile von Sembach verstecken sich fast überall. Die Herstellung kostet aber ganz schön viel Energie
- 24 Meldungen**
Nachhaltigkeitsbericht 2020 | Mit Eigenkapital in die Zukunft investieren | Businessplan Wettbewerbe
- 26 Service**
Corona-Hilfen der LfA | Tilgungszuschüsse für mehr Umweltschutz
- 27 Gesichter der LfA**
Sara Chaudhry, Teamleiterin Personalmanagement & -recht | Robert Kolb, Wertpapierhändler

„MICH FASZINIERT DIESE VERÄNDERUNG“

VERONIKA GRIMM IST ALS PROFESSORIN DER FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG VERHALTENSÖKONOMIN UND ENERGIEEXPERTIN – UND NEUE WIRTSCHAFTSWEISE. SIE SIEHT DIE CORONA-KRISE ALS ECHTE CHANCE FÜR EINE NACHHALTIGERE WIRTSCHAFT

FOTOS SEBASTIAN ARLT INTERVIEW STEFAN RUZAS

Sie sind seit Anfang April eine der fünf Wirtschaftsweisen der Bundesregierung. Welches Thema ist dramatischer für unsere Ökonomie: die Corona-Pandemie oder der Klimawandel?

Beides ist gleichermaßen dringend, wenn auch auf unterschiedlichen Zeitachsen. Bei Corona geht es um schnelle Reaktionen, um effektiven Gesundheitsschutz, aber auch um starke wirtschaftliche Auswirkungen. Beim Klimaschutz hat sich schon vor Corona einiges in die richtige Richtung bewegt, da müssen wir dranbleiben. Die Wirtschaft befindet sich seit einiger Zeit in einem Strukturwandel, diese Anpassungen brauchen Zeit und können politisch gebremst oder eben befördert werden. Ganz wichtig war es deswegen, die Corona-Rettungsmaßnahmen mit einem Zukunftspaket zu verbinden. Es ist ein wichtiges Signal, dass wir nicht Geld ausgeben, um Bestandswahrung zu betreiben. Wir müssen zukunftsgerichtet investieren.

Deutschlands Wirtschaft hat in den vergangenen Monaten aber auch einen historischen Einbruch erlebt, sie ist zwischen April und Juni um 10,1 Prozent geschrumpft. Können wir uns die Kosten der Energiewende überhaupt noch leisten?

Mit dem Ziel der EU, bis 2050 klimaneutral zu werden, ist ein ganz anderer Druck entstanden, die Energiewende zu betreiben. Anders als bei einem 85-Prozent-Ziel darf nun perspektivisch kein Bereich bei der Defossilisierung ausgespart werden. Das bedeutet,

**„KEIN GELD
FÜR BESTANDS-
WAHRUNG.
WIR MÜSSEN
ZUKUNFTS-
GERICHTET
INVESTIEREN“**

dass gasförmige und flüssige Energieträger eine wichtige Rolle spielen werden. Denn ohne sie lassen sich schwere Fahrzeuge, Schifffahrt und Luftfahrt sowie Teile der Industrie nicht defossilisieren. Interessanterweise schlummert genau in diesem Bereich auch ein großes industrielles Wertschöpfungspotenzial für Deutschland und Europa. Die deutsche und insbesondere auch die bayerische Industrie sind exzellent aufgestellt, Schlüsselkomponenten einer zukünftigen Wasserstoffwirtschaft zu produzieren – vom Maschinenbau über die Automobil- und Zulieferindustrie bis hin zur Chemieindustrie. Ich sehe den Klimaschutz daher auch als echte industriepolitische Chance.

Wie wird denn unsere globalisierte Wirtschaftswelt nach Corona aussehen? Was ist dann anders?

Wir werden Anpassungen sehen, nicht nur wegen Corona, sondern auch wegen schwelender Handelskonflikte, zum Beispiel zwischen den USA und »



China. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist ja zurzeit eher dysfunktional. Gleichzeitig führen die Pandemie und ihre Folgen dazu, dass man einige Abhängigkeiten hinterfragt und Lieferketten neu aufgestellt werden – auf jeden Fall bei medizinischen Produkten. Wir werden trotz allem aber in einer zunehmend globalisierten Welt leben und brauchen dringend einen funktionsfähigen Rahmen für den Welthandel.

Und Deutschland und Bayern?

Wir müssen die Krise nutzen, um den Aufbau zukunftsfähiger Wertschöpfung auch hierzulande zu beschleunigen. Im Bereich der Digitalisierung hat sich durch Corona in kurzer Zeit viel getan. Diese Dynamik müssen wir aufrechterhalten, zum Beispiel durch die Digitalisierung der Verwaltung, der Schulen und den Aufbau von Infrastruktur. Viele Innovationen im digitalen Bereich – zum Beispiel im sogenannten Internet of Things – entstehen nur, wenn die digitale Infrastruktur existiert, um die Anwendungen auch flächendeckend nutzen zu können. Weitere Chancen bestehen zum Beispiel im Bereich klimaneutraler Technologien und Produkte. Hier erleben wir einen Wettlauf um die Technologieführerschaft; insbesondere die ostasiatischen Staaten drücken aufs Tempo. Dort wird die Entwicklung von staatlicher Seite massiv angeschoben. In Europa setzen wir auf die Marktwirtschaft. Wir brauchen da aber bessere regulatorische Rahmenbedingungen, damit klimaneutrale Technologien und Produkte zu attraktiven Geschäftsmodellen führen und die Unternehmen auch investieren. Es gibt zum Beispiel viele verzerrende Umlagen und Abgaben auf Energie, insbesondere auf Strom. Diese reduzieren die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Beschlossen wurde auch eine Reihe von Steuern, um unsere Umwelt besser zu schützen. Anfang 2021 wird eine „Plastiksteuer“ auf nicht recycelbaren Verpackungsmüll eingeführt. Spätestens

2023 soll es zudem eine sogenannte CO₂-Grenzsteuer geben, die Importe aus Staaten stärker belastet, die keine so strengen Klimaschutzvorgaben wie die EU haben. Auch eine Steigerung der CO₂-Verschmutzungspreise ist geplant und die Integration von Flug- und Schiffsverkehr in den Emissionshandel. Sind solche Steuern der richtige Weg?

Man muss da unterscheiden. Bei der Plastiksteuer bin ich sehr skeptisch, die scheint mir ein wenig geeignetes Instrument zu sein. Bei der Bepreisung von CO₂-Emissionen bin ich anderer Meinung. Das ist der richtige Weg – weg von den vielfältigen Steuern und Abgaben auf Energie, hin zu einer sektoren-

übergreifend einheitlichen Bepreisung von CO₂-Emissionen. Idealerweise in einem europaweiten Emissionshandel in allen Sektoren. Der Grenzsteuer-Ausgleich ist eine sehr schwierige Thematik. Eine Umsetzung an den Außengrenzen der EU kann leicht als Handelsbarriere interpretiert werden und so Konflikte provozieren. Es gibt aber Alternativvorschläge, wie zum Beispiel eine CO₂-Konsumsteuer auf ausgewählte Produkte energie- und handelsintensiver Industrien. Für eine alle Produkte umfassende Lösung müsste man den CO₂-Fußabdruck von jedem einzelnen Produkt vollständig erfassen. Ich halte das für kaum machbar.



Im Dekanat: Früher hingen in den durchnummerierten Schränken hinter der Wirtschaftsweisen Grimm und dem LfA-Autor Ruzas die Talare der Professoren

Von einer wirklichen Reform der Energiepreise sind wir aber noch weit entfernt, oder?

Ja, die haben wir noch vor uns. Mit dem Klimapaket 2019 wurde in Deutschland zumindest der CO₂-Preis in allen Sektoren zum Leitinstrument der Klimapolitik. Das ist ein Anfang, aber der konsequente Umbau der Energiebepreisung muss folgen. Im Konjunkturpaket gab es nur eine Deckelung der EEG-Umlage, um deren Anstieg auf fast zehn Cent pro Kilowattstunde zu verhindern. Würden wir die EEG-Umlage und Stromsteuer abschaffen, wäre das eine Entlastung von rund 30 Milliarden Euro. Man könnte das durch die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung refinanzieren, die aber dann sektorenübergreifend auf rund 60 Euro pro Tonne steigen müssten. Es wäre ein mutiger und konsequenter Schritt, der starke Anreize für die Wirtschaft setzen würde, in klimafreundliche Technologien und Produkte zu investieren.

Wird es unserer Gesellschaft jemals gelingen, Gewinnmaximierung und die Erwirtschaftung eines Mehrwerts im Sinne der Nachhaltigkeit wirklich zusammenzubringen?

Was wir aktuell erleben, ist ja bereits eine Umorientierung hin zu nachhaltigem Wirtschaften. Der Weg ist aber noch weit. Wichtig ist, die Rahmenbedingungen Stück für Stück so anzupassen, dass nachhaltige Geschäftsmodelle attraktiver werden. Nur intrinsische Motivation wird da nicht reichen.

Was genau bedeutet Energiewende überhaupt für Sie?

Mich fasziniert der Mut der Menschen, Dinge neu zu denken und Veränderungen zu gestalten. Neue technologische Möglichkeiten und Innovationskraft ermöglichen immer mehr eine Kreislaufwirtschaft, sodass wir weniger aus dem Bestand leben müssen. Wenn wir es richtig anpacken, geht es auch nicht vorrangig um eine Verzichtslöge, sondern um einen Perspektivwechsel

„WAS WIR AKTUELL ERLEBEN, IST JA BEREITS EINE UMORIENTIERUNG HIN ZU NACHHALTIGEM WIRTSCHAFTEN“

dahingehend, was Wertschöpfung generiert. Man wird Wertschöpfungsprozesse weiter denken, zum Beispiel, indem man aus industriellen Reststoffen wieder Kraftstoffe macht.

Laut dem „Energiewende-Monitoring“ der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft ist der Stromverbrauch seit 2014 nicht gesunken und die CO₂-Emissionen sind nur unwesentlich niedriger als vor fünf Jahren. Ist das Ziel Bayerns, bis 2050 netto CO₂-frei zu sein, überhaupt noch erreichbar?

Technologisch gesehen, ja. Die Frage wird sein, wie wir den Transformationsprozess gestalten. Dabei spielen auch Akzeptanzfragen eine große Rolle, wie etwa die in Bayern bei der Windenergie. Hier kann zum Beispiel die Beteiligung regionaler Stakeholder an der Wertschöpfung helfen.

Was kann denn jeder Unternehmer in Bayern tun, um das Klima zu schützen: erst die Gebäude energetisch sanieren oder doch die Fahrzeuge auf Elektromobilität oder Wasserstoff umstellen?

Es gibt viele Möglichkeiten, von der energetischen Sanierung bis zur Solaranlage oder integrierten Energiesystemen. Zum Thema Wasserstoff bringen

wir im Wasserstoffbündnis Bayern auch verschiedene Akteure gezielt zusammen. Große Konzerne mit Mittelständlern und Kommunen. Gemeinsam entstehen Ideen, wie die Partner in Projekten ihre Kompetenzen einbringen und erweitern können. So wird die Technologie erprobt, die Kompetenz erweitert und es entstehen neue Geschäftsfelder. Brennstoffzellenfahrzeuge können zum Beispiel in einer kommunalen Busflotte oder in der Logistik einer Supermarktkette zum Einsatz kommen.

Fast die Hälfte des Stromverbrauchs in Bayern wurde 2018 regenerativ, also durch erneuerbare Energien, gedeckt. 2025 sollen es schon 70 Prozent sein.

Was hat denn das größte Potenzial in Bayern: Photovoltaik, Geothermie, Biomasse, Wind- oder Wasserkraft?

Eine Mischung aus allem. Traditionell gibt es in Bayern viel Photovoltaik, aber auch die Windkraft kann stärker ausgebaut werden. Bei Biomasse ist das Potenzial begrenzt, da es Konkurrenz um die Anbauflächen gibt. Wasserstoff wird zum Großteil aus Regionen importiert werden, in denen die Gesteungskosten erneuerbarer Energien sehr niedrig sind.

Ökologie und Energieeffizienz kosten. Welche Rolle hat Ihrer Meinung nach bei diesen Investitionen die LfA Förderbank Bayern im Vergleich zu den herkömmlichen Banken?

Sie kann auf Kriterien der Nachhaltigkeit anders achten und sie kann andere Maßstäbe setzen als rein privatwirtschaftliche Banken. Sie kann Dinge durch eine Grundfinanzierung gangbar machen, die am freien Kapitalmarkt so erst mal nicht funktionieren würden. □

VERONIKA GRIMM

Die Ökonomin Veronika Grimm ist seit 2008 Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Dekanin der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

Seit April 2020 gehört sie als Wirtschaftsweisse zu den wichtigsten Beraterinnen der Bundesregierung. Ganz nebenbei ist sie auch noch Fußballtrainerin der E-Jugend beim TUSPO Nürnberg. Sie twittert regelmäßig zu Themen aus Wissenschaft und Politik unter @GrimmVeronika.

Online unter www.lfa.de/magazin



HIER SPIELT DIE MUSIK

VON DEN MÜNCHNER PHILHARMONIKERN BIS LABRASSBANDA:
HANS KRINNER BAUT IN SEINEM NEUEN
 FIRMENSITZ INSTRUMENTE VON HOHER QUALITÄT –
 MÖGLICHST UMWELTSCHONEND

TEXT STEFAN RUZAS FOTOS MANUEL NIEBERLE



Aus Leidenschaft Hans Krinner war früher selbst Musiker – und ist heute ein gefragter Instrumentenbauer

Fotos: Krinner Instrumentenbau; Manuel Nieberle

Wenn Ayano Miyajima erzählt, warum sie als Meister-Studentin der Trompete nun eine Ausbildung zur Instrumentenbauerin macht, fällt die Japanerin ganz schnell ins Bairische: „Vui“, sagt sie, oder „fei“, „spuin“ und „zwäife“.

Kein Zweifel, Miyajima ist angekommen im Freistaat. Sie spielt in der Blaskapelle und singt im Kirchenchor. Wie sich das halt so gehört im oberbayerischen Gaißach. Ihre Ausbildung macht sie bei Hans Krinner, einem gefragten Instrumentenbauer, der auch bei Profimusikern immens populär ist:

von den Münchner Philharmonikern über LaBrassBanda bis zum Musikkorps der Bundeswehr. Circa 120 Trompeten, Posaunen oder Flügelhörner sollen in dem neuen Firmengebäude zwischen Bad Tölz und Lenggries im Jahr 2020 entstehen. Je nach Größe bauen Krinner und seine Mitarbeiter an einem einzigen Instrument bis zu 40 Stunden. Weswegen eines dann auch 3.000 Euro und mehr kosten kann.

„**Was wir machen, ist Handarbeit** und deswegen geht es auch nicht schneller. Das dünne Goldmessing kann man nicht einfach so mit Maschinen bie-

gen“, erzählt Krinner. „Handgebogen bleibt das Material einfach dichter und das ist natürlich gut für den Klang.“ Eine Basstrompete zum Beispiel besteht aus 50 Teilen. Das wichtigste ist das Schallstück, ein Rohling aus Goldmessing, der erst mal mit Wasser eingegossen und dann in einem speziellen Eisschrank mindestens fünf Stunden lang auf minus 86 Grad runtergekühlt wird, um ihn biegen zu können.

Früher hat man so was mit giftigem Blei gemacht, aber auch das ist eben Teil der Klimawende bei Krinner. Im November vergangenen Jahres ist er mit seinem Betrieb aus dem Tölzer Musikhaus mitten in der Stadt ins

»



Ganz schön musikalisch Die Auszubildende Ayano Miyajima (links) spielt Trompete und Flügelhorn. Die Werkstatt im neuen Firmengebäude (rechts) befindet sich in Gaißbach zwischen Bad Tölz und Lenggries

Gewerbegebiet von Gaißbach gezogen – mithilfe eines Ökokredits der LfA. Weil es um die Reinhaltung der Luft und um Lärmschutz ging.

Der neue Firmensitz von Krinner hat nicht nur ausreichend Platz für Werkstatt, Lager, Musikunterricht und Testtöne in einem Probenraum unterm Dach. Er bietet noch dazu Azubis wie der Japanerin Ayano Miyajima günstigen Wohnraum.

Und: Mithilfe der Biomasse-Heizung und der Photovoltaikanlage produziert der Instrumentenbauer, selbst erst seit 15 Jahren im Geschäft, immer wieder so viel Überschussstrom, dass er ihn verkaufen kann. „Es hat sich viel verändert mit dem Umzug“, erzählt Krinner. „Der Geruch durch unsere Arbeit mit

DAS GESCHÄFT LÄUFT GUT: HANS KRINNER PEILT SEINE ERSTE UMSATZMILLION AN

Blei war für die Nachbarn in Bad Tölz nicht einfach und der Lärm unserer Poliermaschinen war es auch nicht.“

Entstanden ist Krinner's Betrieb eigentlich durch den Traum seines Vaters. Der war zwar gelernter Metzger und später auch Bierfahrer, hat aber früher die Gaißbacher Blaskapelle dirigiert und wollte immer in den Instru-

mentenbau; wenn er nicht schon Familie gehabt hätte.

Sein Sohn Hans hat bei den renommierten Blechblasbauern in Geretsried ein Praktikum gemacht, im Alter von 13 Jahren, und später sogar eine Ausbildung als Instrumentenbauer. Dann ist er aber doch erst Musiker geworden, als Soldat bei den Gebirgsjägern in Garmisch. In dieser Zeit bekam er dann die Gelegenheit, das traditionsreiche Tölzer Musikhaus zu übernehmen, ein Geschäft, in dem es irgendwie alles gab. Krinner entwickelte seine ersten Instrumente, später auch mit dem „Trompetenprofessor“, also mit Erich Rinner vom Konservatorium Innsbruck.

Sie begannen, kleine Dinge zu verändern: das Material des Mundhorns,

den Verlauf der Ventile, die Blechstärke des Schallstücks. Krinner: „Man muss bauen, testen, wieder ausbauen und wieder bauen. Fertig ist man nie, wir optimieren immer noch.“

Die ovale Form der Flügelhörner, die sich bei Blechbläsern immer mehr durchsetzt, hat zum Beispiel auch Krinner erfunden: „Das ist von der Ansprache, der Intonation besser, klarer und einfacher zu spielen.“

Zwölf verschiedene Typen von Blasinstrumenten baut Krinner mit seinem Team, neben sechs Trompeten sowie einer Ventilposaune sind es auch Fanfaren. Am meisten bestellt aber werden die drei Flügelhorn-Varianten. In der Regel wird auf Bestellung produziert, einige Instrumente gibt es aber auch auf Vorrat.

Mit dem Umzug hat er ein Umsatzplus von 20 Prozent gemacht; ganz nebenbei baut er nämlich Steirische Harmonikas der selbst entwickelten Marke „Landerer“. Pro Jahr sind es im Schnitt auch schon 150 Exemplare. Krinner peilt nun seine erste Umsatzmillion an, noch ist er bei 800.000 Euro. Bis nach China und in die USA exportiert er schon, auch deswegen plant er nun den Aufbau eines richtigen Vertriebs, international natürlich. Daran ändert auch die Corona-Pandemie nichts.

Seine japanische Auszubildende Ayano Miyajima spielt in der Blaskapelle Flügelhorn statt Meister-Trompete. Weil's einfach besser passt. Im Alter von 28 Jahren ist sie hierhergekommen und möchte einfach nur bleiben. Trompete hat sie schon in Japan gelernt, mit zwölf, und dort und an der Essener Folkwang-Schule auch studiert. Quasi eine Meisterin zur Ausbildung. Die sagt: „Ich bin sehr glücklich hier.“ ☑

FAKTEN

KRINNER INSTRUMENTENBAU
Finanzierung: Ökokredit
Gründungsjahr: 2005
Standort: Gaißbach · Mitarbeiter: 12
www.krinner-instrumentenbau.de

Online unter www.lfa.de/magazin

Fotos: Manuel Nieberle; Kilian Blees

Exportschlager von morgen



Hubert Aiwanger

Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Stellvertretender Ministerpräsident

Die Energiewende bleibt eine große gesamtgesellschaftliche Aufgabe – auch in Zeiten der Corona-Pandemie. Mein Ziel ist eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Versorgung mit erneuerbaren Energien und der schrittweise Ausstieg aus den fossilen Energieträgern. Strom und Energie für Mobilität wie Wirtschaft müssen jederzeit und überall in gleichbleibend hoher Qualität verfügbar bleiben – und sie müssen erschwinglich sein. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende ist für mich deswegen die Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir müssen die Menschen mitnehmen, ihre Sorgen ernst nehmen und ihnen die Chance geben, sich aktiv einzubringen.

Bezüglich der Sicherheit der Stromversorgung sollten sich die Unternehmen im Freistaat keinerlei Sorgen machen. Kurz- und mittelfristig stehen ausreichend Reservekapazitäten zur Verfügung, mit denen aus technischer Sicht auch während der Energiewende die Versorgungssicherheit auf dem bisherigen Niveau gewährleistet werden kann. Um dies auch langfristig zu garantieren, verfolge ich ein Bündel an Maßnahmen: von Anreizen für die Realisierung neuer und schnell steuerbarer Gaskraftwerke über gasbetriebene Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung, das geplante Pumpspeicherkraftwerk in Riedl und Wasserkraft bis zum Ausbau von Biomasse.

Durch ihre modernen und hocheffizienten Produktionsmethoden leisten die bayerischen Unternehmen schon jetzt einen großen Beitrag zum Klimaschutz. Aber auch darüber hinaus können vermeintlich einfache Maßnahmen große Wirkung entfalten. Ob dies dann eher der Bereich der energetischen Gebäudesanierung, der Fuhrpark oder das Wärmemanagement sind, ist vom Einzelfall abhängig. Die Förderprogramme der LfA geben dabei wichtige Unterstützung. Aber auch das Bayerische Energieforschungsprogramm ermöglicht die Erforschung, Entwicklung und Anwendung neuer Energie- und Energieeinspartetechnologien.

Durch die Umweltdebatte und durch die notwendigen Maßnahmen gegen das Corona-Virus haben Ökologie- und Nachhaltigkeitsziele weiter an Bedeutung gewonnen. Aber nur mit Innovation und technologischem Fortschritt können die Herausforderungen des Klimawandels bewältigt werden. Für Bayern als Hochtechnologiestandort ergeben sich dadurch große Chancen. Klimafreundliche Mobilität, neue Produkte und Geschäftsmodelle – das werden die bayerischen Exportschlager von morgen sein.

CLEVER UND SMART

DAS START-UP **SMARTNRGY** ENTWICKELT UND FERTIGT SYSTEME FÜR PRIVATLEUTE UND FIRMEN, DIE ENERGIE NICHT NUR PRODUZIEREN, SONDERN AUCH SPEICHERN. TROTZ VIELER HINDERNISSE: DIE GRÜNDER EVELYN GRADEV UND HEIKO MELZER GLAUBEN AN IHRE IDEE

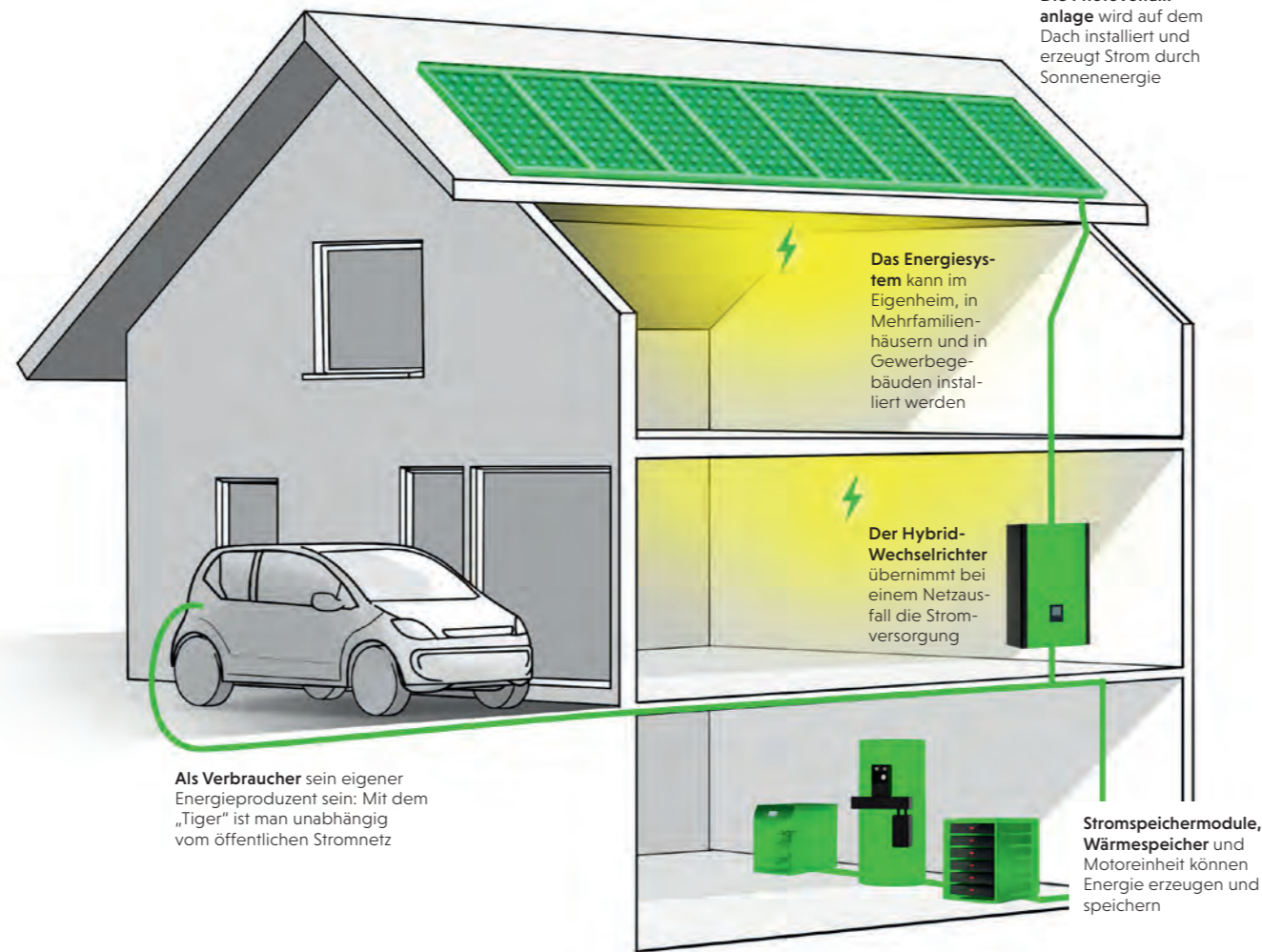
TEXT ALISSA SELGE

Alles begann 2010, an einem lauen Sommerabend, beim gemeinsamen Grillen in Geratskirchen. „Die Energiewende war das Thema“, erinnert sich Gründer Heiko Melzer. Er ist im elterlichen Heizungsbaubetrieb in der Nähe von Coburg groß geworden und macht nach Fachabitur und Studium eine Lehre zum Heizungsbauer. Später entwickelt er elektronische Schließanlagen und ist als Vertriebsleiter tätig. Seine Lebenspartnerin Evelyn Gradev arbeitet im Heizungs-, Stahl- und Behälterbau, unter anderem als Betriebsleiterin. Wegen ihres beruflichen Hintergrunds kreisen ihre Gedanken schon länger um das Thema Energie. „Wir haben angefangen zu diskutieren“, erzählt Gradev. An diesem Abend entsteht die Idee zu einem System, das sowohl die

Heizung als auch den Stromanbieter ersetzt. Sieben Jahre später ist der patentierte „Tiger“ auf dem Markt. Ein Energiesystem, das sich aus mehreren Produkten zusammensetzt, die aufeinander abgestimmt sind. Die Basis bildet eine Photovoltaikanlage, die auf dem Dach installiert wird – egal, ob beim Eigenheim, Gewerbegebäude oder Mehrfamilienhaus – und Strom durch Sonnenenergie erzeugt. Die nächste Komponente, ein Hybrid-Wechselrichter, garantiert, dass die Photovoltaikmodule auch ohne öffentliches Stromnetz unterbrechungsfrei laufen können. Wird überschüssige Energie erzeugt, kann diese in Stromspeicher-

modulen gesichert werden. Oder sie produziert mit dem im Wärmespeicher installierten Elektroheizstab heißes Wasser für Warmwasser und Heizung. Liefert die Solarstromanlage aufgrund schlechten Wetters zu wenig Energie, kommt noch die Motoreinheit ins Spiel. Sie erzeugt sowohl Strom über einen Generator als auch Wärme über einen Motor. Nachhaltigkeit geht so ganz entspannt von zu Hause aus. Denn 70 Prozent der Energie, die man im Objekt benötigt, werden mit dem „Tiger“ regenerativ erzeugt, was zu einem deutlich geringeren CO₂-Ausstoß führt. Die Unabhängigkeit ist ein weiterer Pluspunkt: Mit dem System ist man als Verbraucher sein eigener Energie-

MIT ENERGIE-SYSTEMEN GEHT NACHHALTIGKEIT ENTSPANNT VON ZU HAUSE AUS



Die Photovoltaikanlage wird auf dem Dach installiert und erzeugt Strom durch Sonnenenergie

Das Energiesystem kann im Eigenheim, in Mehrfamilienhäusern und in Gewerbegebäuden installiert werden

Der Hybrid-Wechselrichter übernimmt bei einem Netzausfall die Stromversorgung

Als Verbraucher sein eigener Energieproduzent sein: Mit dem „Tiger“ ist man unabhängig vom öffentlichen Stromnetz

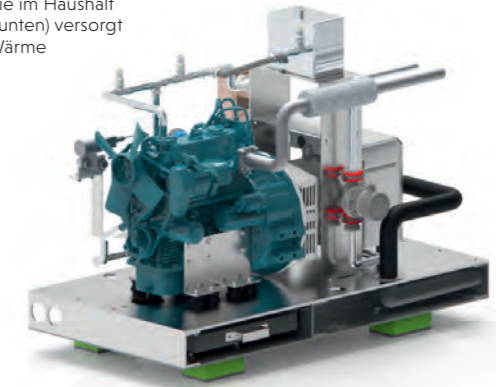
Stromspeichermodule, Wärmespeicher und Motoreinheit können Energie erzeugen und speichern



Der „Tiger“ erzeugt 70 Prozent der Energie, die im Haushalt benötigt wird, regenerativ. Die Motoreinheit (unten) versorgt das Gebäude sowohl mit Strom als auch mit Wärme

neu auf dem Markt ist, finden Gradev und Melzer lange keine Investoren oder Kreditgeber. „Die Finanzierung war die schwerste Hürde, die wir nehmen mussten“, sagt Gradev. „Und der Punkt, der am meisten frustriert hat. Wir wollten mit unserer Idee eine Zeit einläuten, die vor uns noch niemand erschlossen hat.“ Die beiden Gründer versuchen in Gesprächen immer wieder, von ihrem Konzept zu überzeugen, und müssen in dieser Zeit Stärke und Kampfgeist beweisen. Trotz einiger Absagen denken sie nie daran aufzugeben.

Auch als sie sich bei der Bayerischen Beteiligungsgesellschaft BayBG, einer LfA-Tochter, vorstellen, sieht es zunächst nicht gut aus. „Mit unserem Produkt waren wir schon zu weit, um noch als Gründerprojekt durchzugehen“, berichtet Melzer. „Aber in der Phase, in der das Produkt schon auf dem Markt ist, waren wir auch noch nicht.“ Also fahren sie wieder nach Hause, mit einer weiteren Absage in der Tasche. Zwei Wochen später kommt überraschend die erleichternde Nachricht. Die BayBG und die LfA finden gemeinsam eine alternative Lösung für die interessante Idee: „Wir machen das jetzt!“ Die LfA fördert sie mit einem Universalkredit Innovativ. „Wir haben der LfA wahnsinnig viel zu verdanken“, lächelt Gradev. Das junge Unternehmen kann endlich durchstarten. Höhen und Tiefen gibt es auch heute noch. „Wir haben ein



Produkt, das sich erst auf dem Markt etablieren muss“, erklärt Melzer. Deswegen gibt es einiges zu tun: Für jeden neuen Kunden wird eine Bedarfsanalyse angefertigt, die Elektroversorgung und Wärmetechnik des Objekts berücksichtigt. Denn der „Tiger“ wird nach intensiver Beratung an jedes Haus individuell angepasst. Das bedeutet einen sehr abwechslungsreichen Alltag – und viel Arbeit. Das Team von Smartnrgy – mittlerweile bestehend aus 50 Mitarbeitern – sprüht nichtsdestotrotz vor Ideen und entwickelt schon wieder neue Projekte: Balkongeländer und Solarcarports, beide mit integrierten und lichtdurchlässigen Photovoltaikmodulen. □

FAKTEN

SMARTNRGY
Finanzierung: Universalkredit Innovativ
Gründungsjahr: 2017
Standort: Eggenfelden in Niederbayern
Mitarbeiter: 50
www.smartnrgy.de

Online unter www.lfa.de/magazin

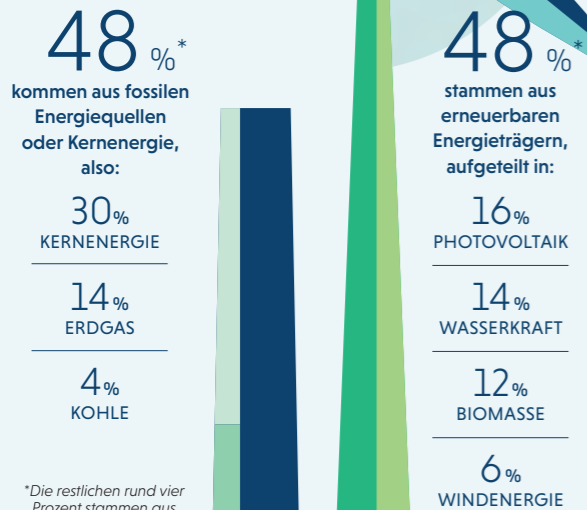
Infografiken & Foto: Smartnrgy

VOLLER ENERGIE

Bayern ist nicht nur Industriestandort, sondern auch ein **Land der Innovationen**. Und das bedeutet: Die Versorgung mit Strom muss sicher und bezahlbar sein, die Erzeugung des Stroms nachhaltig und seine Verwendung effizient. Eine Bestandsaufnahme

ZIEL DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG IST EINE STEIGERUNG DES REGENERATIVEN ANTEILS BIS 2025 AUF 70 PROZENT.

WO KOMMT DER STROM IN BAYERN HER?



WIE HOCH IST DER STROMVERBRAUCH IN BAYERN?



Pro Kopf lag der Stromverbrauch 2018 in Bayern 5% unter dem Bundesdurchschnitt.



86
Mrd. kWh
2012

83
Mrd. kWh
2018

Der **Bruttostromverbrauch** ist in Bayern gesunken.

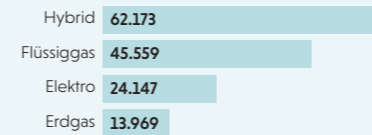
ZIEL BEIM PRO-KOPF-VERBRAUCH AN CO₂ IN BAYERN SIND WENIGER ALS FÜNF TONNEN BIS 2030 UND KLIMANEUTRALITÄT BIS 2050.

Der **Pro-Kopf-Verbrauch an CO₂** lag 2018 laut einer aktuellen Erhebung bei 5,8 Tonnen pro Jahr.



WIE NACHHALTIG IST BAYERNS VERKEHR?

Die **energiebedingten CO₂-Emissionen des Verkehrssektors** in Bayern liegen insgesamt im Jahr 2018 bei **28,2 Millionen** Tonnen. In Bayern waren zum **1.1.2019** folgende Fahrzeuge mit alternativen Antrieben zugelassen:



Im **Personenverkehr** dominiert in Bayern nach wie vor das **Auto mit 83 Prozent**.

Der **öffentliche Nahverkehr** kommt auf **17 Prozent**.



2019 gab es in Bayern **4.000** Ladepunkte für Elektrofahrzeuge.



WIE HOCH IST DER CO₂-AUSSTOSS IN BAYERN?



Die **energiebedingten Emissionen** in Bayern lagen 2018 bei **75 Millionen Tonnen CO₂**. Sie sind seit 2012 leicht gesunken.

WIE GELINGT MEHR ENERGIEEFFIZIENZ BEI UNTERNEHMEN UND KOMMUNEN?

40% des Energieverbrauchs entfallen auf den Gebäudebereich. Bis 2030 sollen durch Dämmung von Gebäuden, Verbesserung der Technik und durch den verstärkten Einsatz von Wärmepumpen 23% der Endenergie eingespart werden.

SIE HABEN FRAGEN ZUR FÖRDERUNG IM BEREICH ENERGIE UND UMWELT?

Die **LfA** unterstützt Sie bei Investitionen in **Umwelt- und Klimaschutz, Energieeinsparung und -effizienz**.

Weitere Details finden Sie auf Seite 26

WAS KOSTET UNSER STROM?

Betriebe in der Stromabnahmeklasse von 20.000 bis 70.000 MWh pro Jahr zahlen pro Kilowattstunde

8,7 Cent

Damit liegt Deutschland im Jahr 2018 auf **Rang 20** von 27 europäischen Ländern.

← TEUERER → GÜNSTIGER →

Ein klug erdachtes Luftkammersystem in den Starkholzplatten von ReBle ist Dämmung genug



NICHTS ALS HOLZ

KÖNNEN WÄNDE AUS MASSIVEM HOLZ ENERGIEEFFIZIENT SEIN? DER JUNGE ZIMMERER- MEISTER **ANDREAS RESSLE** AUS DEM OBERBAYERISCHEN PEITING BEWEIST ES

TEXT STEFAN RUZAS

Jahrelang haben sie an ihrer Idee getüftelt, der ReBle Andi und sein Vater Helmut: eine massive Holzwand, die keinerlei Zusatzdämmung braucht, um energieeffizient zu sein. Anfangs waren die drei Schichten noch 22 Zentimeter dick, später dann 30.

Der Trick ist ein klug erdachtes Luftkammersystem im Holz, das den Durchgang der Temperatur von der Außenfläche der Wand nach innen möglichst stark verzögert. In der Bau- physik heißt das „Phasenverschiebung“.

Im Alter von 22 Jahren hat sich ReBle junior selbstständig gemacht, nach seiner Ausbildung zum Zimmerermeister und Energieberater. Das war 2009.

Fotos: BSE Pictures; Werner Bögmüller

Anfangs waren da nur er und ein Hilfsarbeiter. Heute sind es mehr als 65 Mitarbeiter in drei Firmen. Eine heißt ARS Starkholzplatten. ARS steht für seine Initialen – plus Produkt.

Sein Büro liegt in Peiting im ober- bayerischen Landkreis Weilheim- Schongau, das Werk im 28 Kilometer entfernten Roßhaupten. Außerdem gibt es seit August ein neues Abhol- und Lieferzentrum in Hechingen, für die Zimmereien in der Umgebung dort. ReBle, heute 33, macht einen Jah- resumsatz von rund 15 Millionen Euro.

„Damals sind noch viele zurück- geschreckt, als es um das Sparen von Energie ging und um so was wie Nach- haltigkeit“, sagt ReBle. „Ich dachte mir nur: Wenn ich mich nicht jetzt damit beschäftige, bleibe ich stehen. Meine Chance wird kommen.“

Den Klimawandel erkenne man in den Bergen mittlerweile ganz einfach: „Vor zehn Jahren gab’s auf den höhe- ren Almen im Lechtal kaum Bäume, jetzt schon. Die Erderwärmung führt dazu, dass die Grenze sehr schnell nach oben geht.“

3.500 Holzplatten produziert ReBles Team jedes Jahr. Die energieeffiziente Variante aus Starkholz ist 15,5 Meter lang und bis zu 3,4 Meter breit.

Privathäuser und Büros werden damit ebenso gebaut wie Thermen, Hotels oder Garagen. 150 Objekte sind es jedes Jahr, von seinen Firmen selbst er- richtet oder beliefert.

Wichtig ist ReBle dabei: „Seit zwei Jahren stehen wir dafür, unser Holz aus heimischer Forstwirtschaft zu beziehen, also in einem Umkreis von maximal 50 Kilometern. Außerdem sind wir PEFC- zertifiziert, wir forsten also in unserer Region das auf, was wir verbrauchen.“

FAKTEN

ARS STARKHOLZPLATTEN

Finanzierung: Energiekredit Gebäude

Gründung: 2017 · Standort: Peiting

Mitarbeiter: ca. 65

www.starkholzplatten.de

Online unter www.lfa.de/magazin



Echt nachhaltig Andreas ReBle (oben links) produziert Massivholzwände (oben rechts)



„WIR STEHEN DAFÜR, UNSER HOLZ AUSSCHLIESSLICH AUS HEIMISCHER FORSTWIRTSCHAFT ZU BEZIEHEN“

Das Problem in der CO₂-Bilanz der Holzwirtschaft sei nämlich, dass das Holz oft Hunderte von Kilometern transportiert werde: „Wenn ich Holz von Würzburg hierher zum Schneiden fahre, ist die Energieeffizienz dahin.“

Immerhin verarbeitet ReBle mit Sägewerk und Baufirmen bis zu 35.000 Kubikmeter Holz pro Jahr. Das sind 1.400 Lkw-Ladungen. Von Fichte über Tanne und Lärche bis zur Douglasie.

„Man meint immer, es sei so aufwendig, ressourcenschonend zu arbeiten, aber man muss es einfach nur machen“, sagt er. Für den Jungunternehmer heißt das: eine eigene Photovoltaikanlage auf den 12.000 Quadratmeter großen Werkdächern, ein eigenes Biomasse-Kraftwerk für Hackschnitzel, wobei der Schredder mit Strom läuft, nicht mit Diesel. Eigene Wasserquellen und -speicher für die Heizung und zum Bedampfen des Holzes während der Trocknung. Geringe Ausdünstung beim Verleimen der Holz- platten. Und die Gabelstapler fahren nun mit den Euro-Normen 5 und 6.

Seine neueste Errungenschaft: die Umstellung auf LED-Lampen im Werk Roßhaupten, finanziert mit dem Energiekredit Gebäude der LfA För- derbank Bayern – in Kooperation mit der örtlichen Raiffeisenbank. Die spare

nicht nur 60 Prozent Strom, sondern bringe auch besseres Licht. Fast jeden Tag arbeitet ReBle 16 Stunden und wenn er von all seinen Aufgaben erzählt, sagt er zwischendurch auch schon mal voller Überzeugung: „Ich habe den inneren Antrieb und weiß, warum ich das alles mache.“

Was sich natürlich rumspricht: Der re- nommierte Münchner Architekt Florian Nagler ist nur einer seiner vielen Kunden.

„Wir überlegen immer weiter, wie wir den Kreislauf unserer Produktion noch nachhaltiger und effizienter gestalten können. Zum Beispiel kenne ich keinen Betrieb in Bayern, der eine große Blockbandsäge für Starkholz mit Strom betreibt. Auch das geht. Die 500 Tonnen schwere Presse zum Ver- leimen der Wände unter Hochdruck haben wir selbst gebaut. Deren Press- platten mit Heißwasser zu beheizen, macht den Unterhalt überhaupt erst sinnvoll und bezahlbar.“ Darauf muss man eben auch kommen.

Zum Boom der Massivholzhäuser hat ReBle eine klare Meinung: „95 Pro- zent der Anbieter bauen eine statische Hülle aus Platten und gehen mit so viel Dämmung drauf, bis der rechne- rische Effizienzwert passt. Das ist doch nicht Sinn und Zweck von Holz.“ Auch darauf ist er schon gekommen. □

MAHLEN, SCHROTEN – STROM PRODUZIEREN

DIE BRUCKMAYER MÜHLE KLAPPERT SEIT ÜBER 130 JAHREN IN ALTÖTTING. MÜLLERIN **VERONIKA BRUCKMAYER** BRINGT FRISCHEN WIND IN EIN TRADITIONSREICHES HANDWERK – UND EINIGE NEUE IDEEN

TEXT ALISSA SELGE

Der Holzboden knarzt, als Veronika Bruckmayer die schmalen Treppen ihrer Mühle hochsteigt. Das Rattern und Trommeln der Walzenstühle, die mit rotierenden Stahlwalzen das Getreide mahlen, übertönt ihre Stimme. Deswegen hört sie für einen Moment auf zu erzählen und deutet auf die frisch geernteten, dunklen Roggenkörner in ihrer Handfläche. Bei jedem Gerät und jedem Arbeitsschritt, den sie erklärt, wird deutlich, wie sehr sie für ihren Beruf brennt. „Ich bin stolz darauf, dass ich das Getreide und das Mehl für unsere Grundnahrungsmittel erzeugen darf“, bekräftigt die Müllerin.

Veronika Bruckmayer ist mit der Mühle in Altötting aufgewachsen, kennt den Betrieb seit frühester Kindheit. Schon mit 17 Jahren stand deshalb für sie fest: Sie wird das Unternehmen übernehmen – die Mühle, die 540 Jahre alt ist und sich seit 130 Jahren im Besitz der Familie befindet, und auch den Ackerbau, mit dem die Bruckmayers das Getreide für ihre

Erzeugnisse selbst produzieren. Noch auf dem Gymnasium beginnt sie, regelmäßig Versammlungen des Landwirtschaftsamts zu besuchen, um sich weiterzubilden und Aktuelles rund um die Pflanzenzucht zu besprechen. Es folgen ein Studium in Agrarmarketing und Management in Weihenstephan sowie eine Ausbildung zur Müllerin mit anschließender Meisterprüfung. Damals ist sie erst Anfang 20, aber voller Tatendrang. „In dem Alter hat man noch nicht so viel Respekt. Da macht man einfach“, lacht die zierliche Bayerin.

Wie sie die Mühle in Zukunft führen möchte, hat sie sich allerdings genau überlegt. Nach Abschluss ihrer Ausbildung steigt sie 2003 ins Unternehmen ein, baut die Mühle gemeinsam mit ihren Eltern um und bringt sie technisch auf den neuesten Stand. Um den aktuellen Lebensmittelanforderungen gerecht zu werden, rüstet die Müllerin immer wieder erforderliche Technik nach, beschäftigt sich mit Qualitätsmanagement und Effizienz. In der Landwirtschaft schlägt sie »

Seit 17 Jahren mit
ganzem Herzen
Müllerin: Veronika
Bruckmayer

Foto: Iven Matheis



Die Mühle steht seit 540 Jahren in Altötting und wird seit 130 Jahren von den Bruckmayers geführt



Der Mühlenladen ist ein Herzensprojekt der Müllerin. Auf 300 Quadratmetern werden hier Mehl, Müsli, Brot und Kuchen, aber auch Gemüse, Öl, Wein und Naturkosmetik verkauft



ebenfalls neue Wege ein und baut nicht mehr nur Weizen und Roggen an, sondern auch andere Sorten wie Dinkel oder Emmer. Heute verkauft Bruckmayer mehr als 40 verschiedene Sorten Mehl, Grieß und Schrot.

Die endgültige Übernahme erfolgte dann 2014. Vor allem Bruckmayers Vater freut es, dass eine seiner drei Töchter die Mühle weiterführt. Immerhin ist der Betrieb seit 130 Jahren in Familienbesitz; die Geschichte ist untrennbar mit der der Familie verflochten. Seit 1890 wird die Mühle von Generation zu Generation weitergegeben und stetig modernisiert. Auch heute noch unterstützt die ganze Familie tatkräftig: Die Eltern Josef und Gabriele kümmern sich um die Landwirtschaft und die Buchhaltung, die Schwestern bringen sich als Architektin bei Umbauten und als Bankkauffrau im Büro ebenfalls ein. Bruckmayers Mann Tobias arbeitet als Bauingenieur, packt aber auch an, wo er kann. Vor allem bei einem weiteren Herzensprojekt ist sein Know-how von unschätzbarem Wert: dem Bau des neuen Mühlenladens.

„WIR WERDEN UNS IMMER WIEDER NEUE IDEEN EINFALLEN LASSEN, UM UNSEREN WEG WEITERZUGEHEN“

„Anfangs war das nur ein kleines Zimmer, in dem wir unser Mehl angeboten haben“, erinnert sich Bruckmayer an die Anfänge des Mühlenladens. Aber das Interesse der Kunden wird immer größer: Sie fragen nach Nudeln, nach Müsli, nach Brot. Ein neues Gebäude muss her, mit Platz für Kundenkontakt, die eigenen Waren und andere regionale oder biologische Produkte. Der Bau beginnt im April 2019 und wird im November desselben Jahres beendet. Das Gebäude ist luftig, hell und erfüllt die Standards eines Energieeffizienzhauses. Es wird mit einer Hackschnitzelanlage geheizt und ist finanziert durch einen Energiekredit Gebäude der LfA. Jetzt stehen rund 3.000 regionale Produkte auf 300 Quadratmetern Verkaufsfläche. Es gibt neben Mehl und allen anderen eigenen Erzeugnissen aus der Mühle auch frisches Brot und Kuchen, Obst und Gemüse, Naturkosmetik und Säfte, Riegel und Tees.

Und das Bruckmayer Müsli in sechs verschiedenen Sorten, das nur Haferflocken aus Bayern enthält, ausschließlich bei den Bruckmayers produziert wird und besonders beliebt ist bei den Kunden. Bruckmayer: „Seit Corona hat sich natürlich einiges getan. Der Direktverkauf und der Online-Shop haben sich or-

dentlich entwickelt. Das Vertrauen zum Erzeuger und in die Unterstützung vor Ort scheint noch mehr geworden zu sein.“

Der regionale und nachhaltige Ansatz des Mühlenladens findet Anklang. Aber auch sonst ist die Müllerei sowieso ein ziemlich nachhaltiges Handwerk. Mit Wasserkraft aus dem Mörnbach, erzeugt durch eine über 100 Jahre alte Turbine, kann sich der Betrieb ein Stück weit selbst versorgen. Energie, die darüber hinaus noch benötigt wird, kommt von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der Nebengebäude, die 35 Kilowatt pro Stunde produzieren. Oder es wird, gemeinsam mit anderen Müllern, nachhaltiger Strom eingekauft. Außerdem entstehen im täglichen Geschäft so gut wie keine Abfälle. Das Getreide wird komplett verwertet – entweder als Mehl oder als Futtermittel. Und auch der Mehltransport zu den Kunden klappt ohne Müll. Bruckmayer beliefert Bäcker in einem Umkreis von 60 Kilometern – je nach Bestellung drei bis zehn Tonnen einmal in der Woche oder alle 14 Tage. Das Mehl wird mit Druckluft vom eigenen Silo in einen Silotankwagen und von dort in das Silo des Bäckers pneumatisch trans-

portiert. Von da kommt es direkt in den Teigknetter der Backstube. Vom Feld zur Mühle, zum Bäcker, und das alles ohne Verpackungsmüll. „Nachhaltigkeit ist mir sehr wichtig“, erklärt Bruckmayer. „Zum Glück ist das Müllerhandwerk eine sehr saubere Sache.“

Bruckmayer arbeitet jetzt schon seit 17 Jahren in der Mühle. Eine Zeit, in der die Auflagen für die Lebensmittelerzeugung immer strenger wurden. Bruckmayer muss sich an die vom Qualitätsmanagement vorgeschriebenen Arbeitsvorgänge halten und diese von der Ernte über den Auslese-, Reinigungs- und Vermahlungsprozess bis zum Vertrieb steuern, kontrollieren und schriftlich festhalten.

Mühsam ist dabei vor allem die zeitaufwendige Dokumentation jedes Arbeitsschritts.

Weitere Herausforderungen werden auch in Zukunft nicht ausbleiben, da ist sich die 42-Jährige sicher. „Wir werden uns aber immer wieder neue Ideen einfallen lassen, um unseren Weg weiterzugehen“, sagt sie zuversichtlich und mit einem Lächeln auf den Lippen.

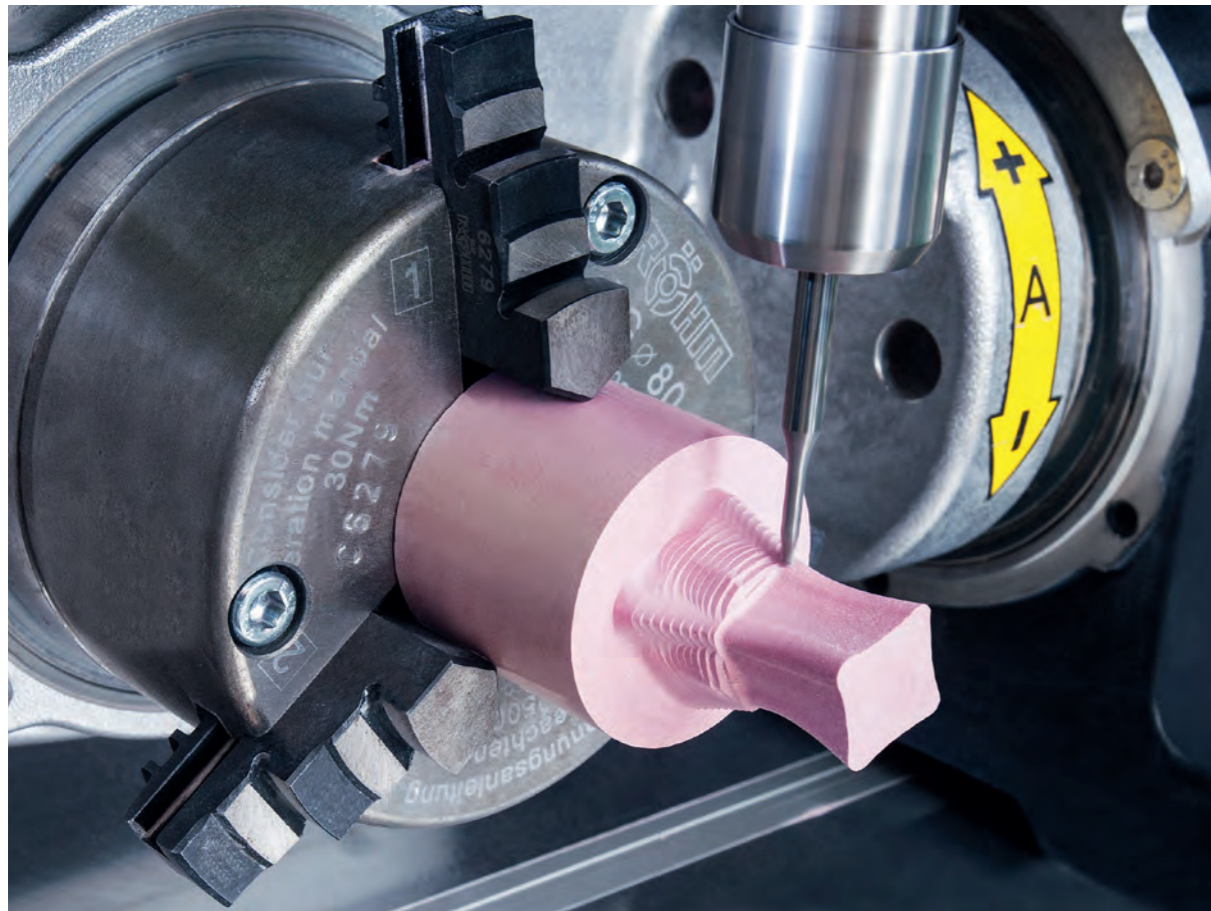
„Mein Ziel ist auf jeden Fall, die Mühle in die Zukunft zu führen. Das ist meine Aufgabe.“ □

FAKTEN

BRUCKMAYER MÜHLE
Finanzierung: Energiekredit Gebäude
 Gründungsjahr: 1890/Mühlengründung 1480
 Standort: Altötting in Oberbayern
 Mitarbeiter: 13
www.bruckmayer-muehle.de

Online unter www.lfa.de/magazin

Fotos: Bruckmayer Mühle, Iven Matheis



VIELE MÖGEN'S HEISS

OB WELTRAUM, AUTO ODER KÜCHENHERD: DIE TECHNISCHE KERAMIK VON **SEMBACH** IST QUASI ÜBERALL. ABER DAS KOSTET GANZ SCHÖN VIEL ENERGIE

TEXT STEFAN RUZAS

Bis zum Gasplaneten Saturn hat es die Keramik aus Lauf an der Pegnitz auch schon geschafft, immerhin 1,6 Milliarden Kilometer von der Erde entfernt. Sie war in der Raumsonde Cassini verbaut.

Auch ansonsten ist der technische Werkstoff von Sembach quasi überall. In Cerankochfeldern, Geldautomaten, Bügeleisen, solarthermischen Kraftwerken, Waschmaschinen, Flugzeugen, vor allem aber in den Abgassonden vieler Autos.

„Ich schätze, 60 Prozent aller Autos weltweit fahren mit Teilen von uns“,

sagt Martin Sembach, seit 1997 geschäftsführender Gesellschafter. Er ist bereits die vierte Generation in dem Familienunternehmen, und seit Anfang 2020 ist nun schon seine Tochter Anna als Anteilseignerin und Firmenleiterin dabei. Gemeinsam verantworten sie mehr als 20 Millionen Euro Jahresumsatz.

Gegründet wurde die Firma 1904 von Sembachs Urgroßvater Oskar. Als Revolutionär der Keramikindustrie gilt er, weil er ein Verfahren erfunden hat, mit dem Speckstein, auch Steatit genannt, trocken gepresst werden kann.

Damals vor allem für Lichtschalter, Hausgeräte und Kondensatoren. Sembach: „Unsere technische Keramik ist da, wo es richtig heiß wird. Bis zur Rotglut.“

700 Millionen Teile entstehen in Mitteleuropa Jahr für Jahr, sie werden zurzeit in 29 Länder geliefert. Produktion und Qualitätskontrolle sind hoch automatisiert und trotzdem ist Sembach in Lauf ein wichtiger Arbeitgeber – mit seinen insgesamt 220 Mitarbeitern. Maschinen und Anlagen sind meistens Eigenbau, deswegen zählen zur Belegschaft nicht nur Maschinenbediener und Wissenschaftler für Werkstoffe, sondern auch Ingenieure oder Verfahrenstechniker.

Seit der Jahrtausendwende bietet das Traditionsunternehmen auch Spritzguss an, für besonders komplexe, kleine Formen. Der neue Geschäftsbereich steuert schon jetzt 20 Prozent zum gesamten Umsatz bei.

Kunden wie dem Bosch-Konzern gefällt all das derart gut, dass Letzterer Sembach mal als einen seiner weltweit 60 Lieferanten ausgezeichnet hat. Eines der wichtigsten Themen bei Sembach ist der Gasverbrauch von jährlich zwölf

Gigawattstunden: „Wir sind energiehungrig, weil unsere Keramiköfen auf bis zu 1.650 Grad erhitzt werden, aber wir bauen eben auch Teile, die für die Reinhaltung der Luft oder die Produktion von Sonnenenergie gebraucht werden“, erklärt Martin Sembach. Seine Firma ist längst nach der DIN-Norm für Energiemanagement, ISO 50001, zertifiziert und hat einen eigenen Beauftragten dafür.

„ICH SCHÄTZE, 60 PROZENT ALLER AUTOS WELTWEIT FAHREN MIT TEILEN VON UNS“

Von Strom bis Druckluft: Der Verbrauch jeder Maschine wird mit Zählern gemessen. Tauscher für Luft und Wasser sorgen dafür, dass die Wärme der Öfen auch zum Heizen

von Büros und Produktionsstätten genutzt wird.

Die neuesten der 13 Kammer- und Spritzgussöfen sind nicht mit Steinen isoliert, sondern mit Fasern aus Aluminiumoxid. Was abermals zehn Prozent Strom spart. Finanziert wurden sieben der Öfen sowie Wärmetauscher über Energiekredite der LfA. Ab dem Jahr 2023 sollen auf einem 30.000 Quadratmeter großen Grundstück ganz in der Nähe nach und nach neue Produktionshallen entstehen, fürs Dach ist Photovoltaik vorgesehen.

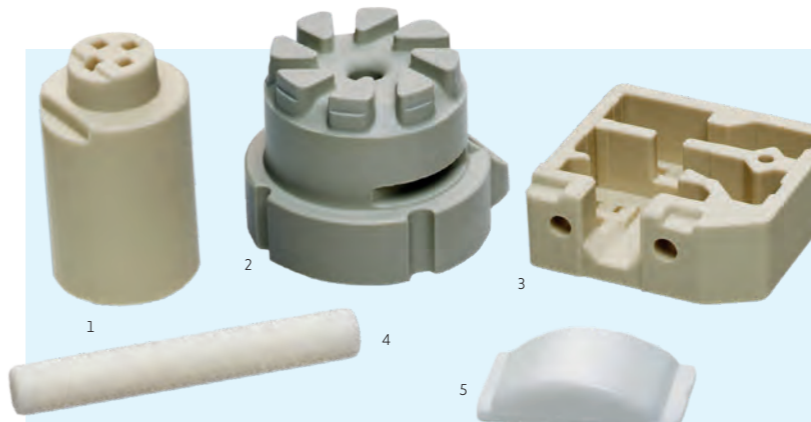


Martin Sembach führt das Unternehmen in vierter Generation. Hier zeigt er einen der Kammeröfen, der mit Aluminiumoxidfasern isoliert ist

„Trotzdem würde uns eine CO₂-Abgabe hart treffen“, warnt Sembach: „Sollte die nach 2025 auf 60 Euro pro Tonne steigen, würde uns das zusammen mit unseren Öfen jährlich mit zusätzlich 180.000 Euro belasten. Obwohl wir doch eigentlich dazu beitragen, die Umwelt zu schützen.“

Ja, Sembach denkt gern quer. Ursprünglich wollte er mal Künstler werden, Maler zum Beispiel. Als Auszubildender beim Selber Porzellanhersteller Hutschenreuther durfte er sogar mal einen Weihnachtsteller gestalten, als der erste Industriekeramiker wurde er aber dann doch in der Produktion gebraucht. Weil er eigentlich nichts lieber macht, als Abläufe zu optimieren.

Ein Kontrollsystem für Bauteile aus Keramik hat er sogar einmal in der Küche seiner Familie aufgebaut. Übers ganze Gesicht strahlt er, wenn er von Messzeiten von lediglich 330 Millisekunden erzählt, von unglaublicher Präzision und davon, dass solch ein Kontrollsystem gerade deswegen im Durchschnitt auch schon mal ein Jahr Bauzeit braucht. □



Fotos: Sembach

Wo sich Sembach-Bauteile verstecken
 AUTO Bauteile für die Lambdasonde zur Abgasanalyse, Düse für Standheizung für Kfz (1, 2)
 CERANKOCHFELD Sockel für elektrische Isolation (3) AQUARIUMPUMPE Achse für Gleitlager (4) GELDAUTOMAT Sensorgehäuse zur Dickenmessung von Geldscheinen (5)

FAKTEN

SEMBACH KERAMIK
 Finanzierung: **Energiekredit**
 Gründungsjahr: 1904
 Standort: Lauf an der Pegnitz · Mitarbeiter: 220
www.sembach.de

Online unter www.lfa.de/magazin



NACHHALTIGKEITSBERICHT 2020

BEWUSST WIRTSCHAFTEN

Mit einer nachhaltig ausgerichteten Geschäftspolitik und einem umweltschonenden Ressourcenumgang will die LfA ihren Beitrag für eine zukunftsfähige Gesellschaft leisten. Das in der Forstwirtschaft seit Jahrhun-

derten angewandte Nachhaltigkeitsprinzip steht für ein Wirtschaften, das durch langfristig orientiertes Denken und Handeln derzeitige Bedürfnisse befriedigt, ohne dabei künftigen Generationen die Lebensgrundlagen zu

entziehen. Nachhaltigkeitsgrundsätze bilden den Rahmen für die Nachhaltigkeitsaktivitäten der LfA in den Bereichen Interne Organisation, Verantwortung im operativen Geschäft und gesellschaftliche Verantwortung. Jährliche Nachhaltigkeitsziele geben einen Überblick, wie die Nachhaltigkeit in der Bank weiter vorangebracht werden soll. Verschiedene Zertifizierungen und Initiativen belegen die Umsetzung in der Praxis.

Der alle zwei Jahre erscheinende Nachhaltigkeitsbericht zeigt, welche Grundsätze und Prinzipien die Arbeit der LfA bestimmen und wie sie gelebt werden. Im Sinne der Nachhaltigkeit stellt die Förderbank ihre Nachhaltigkeitsberichte ausschließlich online zur Verfügung.

Der Nachhaltigkeitsbericht 2019/2020 ist abrufbar unter www.lfa.de/nachhaltigkeit

MIT EIGENKAPITAL IN DIE ZUKUNFT INVESTIEREN

Neben den Corona-Hilfen der LfA stehen den bayerischen Unternehmen und Gründern weitere Förderangebote zur Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis zur Verfügung. Für eine zusätzliche Unterstützung haben der Freistaat Bayern und die LfA mit dem Transformationsfonds Bayern ein neues Beteiligungsinstrument geschaffen. Daneben bieten die BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und die Bayern Kapital GmbH – beides Unternehmen aus der LfA-Gruppe – sowie der neue BayernFonds der Staatsregierung weitere Hilfen.



» CORONA-HILFE FÜR START-UPS UND MITTELSTAND

Von der Corona-Krise betroffene Start-ups und kleinere Mittelstandsunternehmen werden jetzt mit neuen **Beteiligungsangeboten von BayBG und Bayern Kapital** unterstützt. Mit dem Startup Shield Bayern und dem Eigenkapitalschild Mittelstand Bayern stehen so, neben Kredit- und Bürgschaftsprogrammen, unmittelbare Eigenkapitalangebote zur Verfügung. Das Beteiligungsvolumen je Unternehmen bewegt sich zwischen 100.000 und 800.000 Euro, die in Form von Mezzanine (Eigenkapitalschild) bzw. Wandeldarlehen und/oder direktem Eigenkapital (Startup Shield) eingebracht werden. Für Bayern steht damit die Säule II der von der Bundesregierung angekündigten Corona-Hilfsmaßnahmen.

Informationen und Anträge unter: www.baybg.de

» NEUE WEGE GEHEN

Mit den Mitteln eines neuen Transformationsfonds investiert die LfA als Co-Investor in mittelständische bayerische Unternehmen, die sich vor dem Hintergrund von Digitalisierung, Klima- und Mobilitätswandel in einer Phase der Transformation befinden. Die Corona-Krise trifft viele Betriebe in einem gleichzeitig fortschreitenden Veränderungsprozess. Informationen über mögliche Hilfestellungen und Förderungen bietet die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Unternehmen in der Transformation – Durchstarten trotz Corona-Krise“ des Bayerischen Wirtschaftsministeriums sowie der bayerischen Arbeitgeberverbände bayme vbm und vbw. Mit dabei sind Referenten der LfA Förderbank Bayern, von Bayern Innovativ und der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit.

Weitere Informationen unter: www.unternehmenstransformation.bayern

» WACHSTUMSFÖRDERUNG

Der erfolgreiche, vom Bayerischen Wirtschaftsministerium initiierte Wachstumsfonds Bayern hat einen kapitalstarken Nachfolger erhalten. **Der mit 115 Millionen Euro ausgestattete Wachstumsfonds Bayern 2** wird erneut von Bayern Kapital gemanagt. Die Mittel sollen technologieorientierte und innovative Start-ups dabei unterstützen, großvolumige Finanzierungsrunden in Kooperation mit privaten Investoren abzuschließen.

Nähere Informationen unter: www.bayernkapital.de/wachstumsfonds-bayern

» BETEILIGUNGEN UND GARANTIE

Insgesamt 46 Milliarden Euro umfasst der neue BayernFonds der Staatsregierung. Er soll mittelständische Unternehmen, die für den Wirtschaftsstandort Bayern besonders von Bedeutung sind – etwa für die technologische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit, die Versorgungssicherheit, kritische Infrastrukturen oder den Arbeitsmarkt –, mithilfe von Unternehmensbeteiligungen und Garantien stabilisieren.

Nähere Informationen unter: www.stmwi.bayern.de/bayernfonds

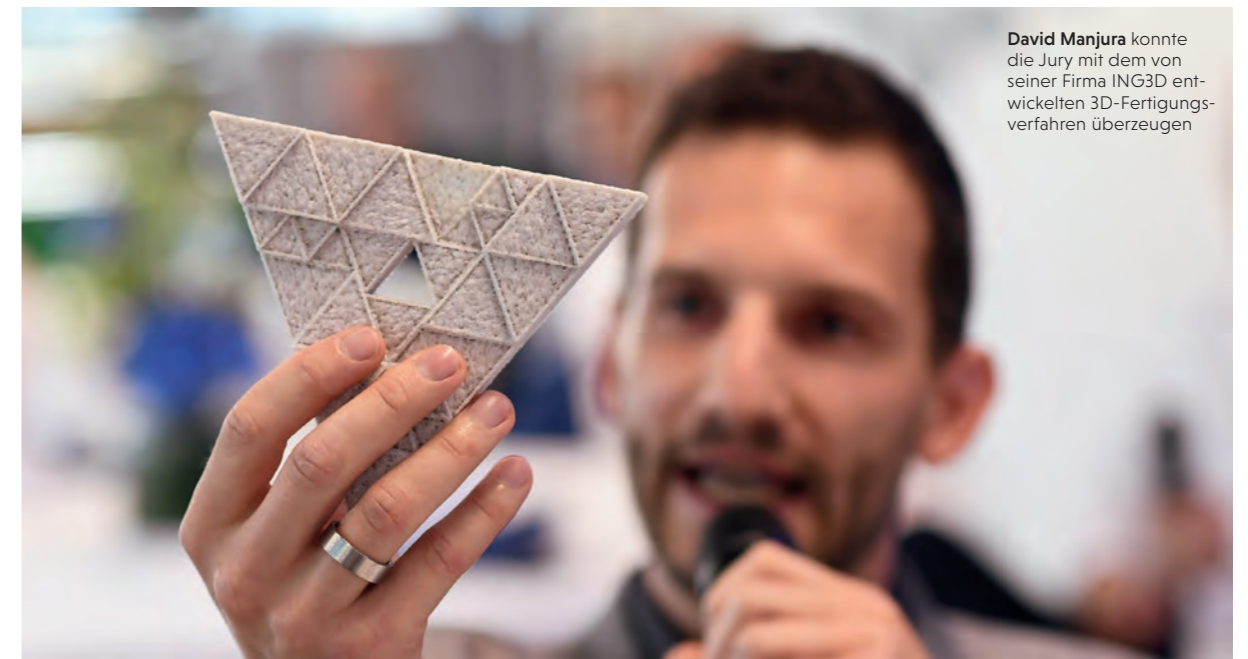
BUSINESSPLAN WETTBEWERBE

3D-DRUCK UND BIOTECH

Das bayerische Start-up-Netzwerk BayStartUP unterstützt Start-ups regelmäßig mit den Bayerischen Businessplan Wettbewerben bei der Optimierung ihrer Strategie, dem Aufbau ihres Unternehmens und der Suche nach Gründungs- und Wachstumskapital. Die LfA ist langjähriger Sponsor der Aktivitäten von BayStartUP und war auch dieses Jahr als Ausrichter und Sponsor bei den Businessplan Wettbewerben für Nordbayern und München dabei. Den ersten Platz für Nordbayern belegte das Technologie-Start-up ING3D aus

Zirndorf im Landkreis Fürth. Mit ihrem „Mineral Direct Laser Sintering“-Verfahren sind erstmals extrem leichte mineralische Objekte im 3D-Druck herstellbar. Der dabei genutzte mineralische Rohstoff ermöglicht einen zehnfach günstigeren und schnelleren 3D-Druck als bei

FÜR DEN ERFOLG EINES PROJEKTS BRAUCHT ES AUCH DIE PASSENDE FINANZIERUNG



David Manjura konnte die Jury mit dem von seiner Firma ING3D entwickelten 3D-Fertigungsverfahren überzeugen

Fotos: Getty Images/EyeEm/Michael Schoob; Shutterstock/MJgraphics; BayStartUP/Andreas Gebert

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München

Verantwortlich Bettina Daimer, Michael Muhsal, Markus Wöhl

Internet www.lfa.de

Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München

Leiter der Verlagsredaktion Stefan Ruzas

Redaktion Marlene Irausek, Alissa Selge

Bildredaktion Elina Gathof, Jasmin van de Loo

Gestaltung Claudia Homer, Thomas Saible

Lektorat Lektorat Süd, www.ektorat-sued.de

Druck Druckerei Vogl GmbH & Co. KG, Zorneding

Wenn Sie künftig unsere Informationen und Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte möglichst schriftlich unter Beifügung des Werbemittels und Angabe Ihres Namens sowie Ihrer Anschrift an unsere Adresse mit: LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de

Nähere Informationen finden Sie unter: www.lfa.de/datenschutz

DATENSCHUTZINFORMATION: Ihre Adressdaten stammen aus unserem Bestand sowie von Media Information Systems Deutschland GmbH, Bavariaring 16, 80336 München. Media Information Systems Deutschland verarbeitet auf Grundlage der Interessenabwägung gemäß Artikel 6 (1) (f) DS-GVO Ihre Adressdaten und Selektionskriterien, um Ihnen Werbung von Unternehmen zuzusenden. Sie können der künftigen Verwendung Ihrer Daten zu diesen Zwecken jederzeit unter o.g. Anschrift widersprechen. Dort erreichen Sie auch den Datenschutzbeauftragten. Weitere Informationen zum Datenschutz erhalten Sie unter www.mis-datenschutz.de und www.lfa.de/datenschutz



Das FSC®-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoller Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Materialien stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer können auf info.fsc.org Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.



UNTERSTÜTZUNG
IN DER KRISECORONA-HILFEN
DER LFA

Die LfA steht Unternehmen bei der Bewältigung der Corona-Krise mit Liquiditätshilfen in Form von Krediten und Risikoübernahmen sowie beschleunigten Bearbeitungsverfahren zur Seite. Beantragt und ausbezahlt werden die Programme über die Hausbanken.

WELCHES FÖRDER-
PROGRAMM HILFT WEM?

- ◆ **LfA-Schnellkredit** mit 100-prozentiger Haftungsfreistellung für Unternehmen, Einzelunternehmer und Freiberufler mit bis zu 10 Beschäftigten
- ◆ **Corona-Schutzschirm-Kredit** mit 90-prozentiger Haftungsfreistellung zur Unterstützung bayerischer Unternehmen bis zu einem Jahresumsatz von 500 Mio. Euro
- ◆ **LfA-Bürgschaften** bis zu 90 Prozent ermöglichen es Hausbanken, umfangreiche Finanzierungshilfen zu gewähren
- ◆ **Universalkredit und Akutkredit** stehen für längerfristige Konsolidierung und Umschuldung zur Verfügung
- ◆ **Innovationskredit 4.0** für innovative Vorhaben und innovative Unternehmen
- ◆ **Corona-Kredit – Gemeinnützige** zur Unterstützung gemeinnütziger Organisationen

Ausführliche Informationen unter www.lfa.de



UMWELTSCHUTZFÖRDERUNG

TILGUNGSZUSCHÜSSE
FÜR MEHR
UMWELTSCHUTZ

Ob energetische Sanierung Ihrer gewerblichen Gebäude, ein energieeffizienter Neubau oder eine andere Investition zur Verbesserung des Umweltschutzes: Die LfA Förderbank Bayern unterstützt Sie mit vielfältigen Förderangeboten im Bereich Energie und Umwelt. So sparen Sie nicht nur Ressourcen, sondern auch bares Geld. Neu beim „Energiekredit Gebäude“ sind zum Beispiel die Tilgungszuschüsse von bis zu 28,5 Prozent. Die Förderung ist umso attraktiver, je höher der erreichte Grad der Energieeffizienz ist.

WER WIRD GEFÖRDERT?

Unsere Förderangebote richten sich vor allem an kleine und mittlere Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie an freiberuflich Tätige mit Betriebsstätte oder Niederlassung in Bayern.

WELCHE VORHABEN FÖRDERN WIR?

In den Bereichen Umweltschutz oder Energiesparen fördern wir zum Beispiel folgende Maßnahmen:

- ◆ die Errichtung energieeffizienter Firmengebäude sowie die energetische Sanierung gewerblich genutzter Gebäude,
- ◆ Investitionen in energieeffiziente Produktionsanlagen und -prozesse, etwa den Austausch einer alten durch eine neue energiesparende Maschine,

- ◆ Investitionen in moderne Abwasserreinigungsanlagen oder Filtersysteme zur Luftreinhaltung,
- ◆ den Einsatz von Schallsisolierungen zum Lärm- und Erschütterungsschutz,
- ◆ Investitionen in die Abfall- und Kreislaufwirtschaft oder in den Boden- und Grundwasserschutz,
- ◆ Maßnahmen für den effizienten und sparsamen Einsatz von Ressourcen wie Wasser und Rohstoffen in Produktionsprozessen zur Verringerung von Treibhausgasemissionen oder zur Anpassung an den Klimawandel.

UNSERE FÖRDERANGEBOTE
IM ÜBERBLICK:

- ◆ **Energiekredit,**
- ◆ **Energiekredit Plus,**
- ◆ **Energiekredit Gebäude** oder
- ◆ **Ökokredit** sind die erste Wahl bei Investitionen in Energieeffizienz und Umweltschutz. Sie bieten Ihnen besonders günstige Konditionen, lange Laufzeiten und tilgungsfreie Anlaufjahre. Bei den Energiekrediten profitieren Sie zudem von Tilgungszuschüssen. Durch die Gutschrift von Tilgungszuschüssen reduziert sich Ihr Kredit, Sie müssen also nicht den gesamten Betrag zurückzahlen. Mit den Darlehen können bis zu 100 Prozent der förderfähigen Investitionen finanziert werden. Energiekredite und Ökokredite sind kombinierbar.

Auch mit den sehr viel breiter angelegten Darlehen **Startkredit** und **Investivkredit** können Investitionen mit Umweltbezug finanziert werden – gegebenenfalls in Kombination mit Energie- oder Ökokrediten. Für innovative Unternehmen sowie für innovative Vorhaben steht zudem der **Innovationskredit 4.0** zur Verfügung.

Kann ein Darlehen nicht ausreichend abgesichert werden, sind die Aussichten auf einen Kredit oft schlecht. Mit der Haftungsfreistellung „HaftungPlus“ kann die LfA der Hausbank einen Teil des Ausfallrisikos abnehmen und so den Kreditzugang öffnen. Unabhängig von LfA-Krediten sind zudem Bürgschaften möglich.

Mehr unter www.lfa.de/energieundumwelt

Sara
Chaudhry

Abteilung
Personalabteilung

Position
Teamleiterin
Personalmanagement &
-recht/Mitglied im
LfA-Nachhaltigkeitsteam
Seit 1999 bei der LfA



„Verantwortung zu übernehmen, gefällt mir besonders gut“

Geboren und aufgewachsen bin ich im Allgäu und ich wohne noch heute mit meiner Familie im Haus meiner Großeltern. In der Region und ihrer Natur bin ich eng verwurzelt, ich mag die Berge unheimlich gern und gehe in meiner freien Zeit wandern, reiten, mache Skitouren und betreue ehrenamtlich einen Waldkindergarten. Außerdem reise ich leidenschaftlich gern und liebe es, neue Kulturen zu entdecken. 1999 bin ich nach meinem Jura-Studium in Augsburg als Elternzeitvertretung für ein Jahr zur LfA gekommen. Dann hatten mein Mann und ich die Chance, in Neu-Delhi zu leben. Nach drei Jahren in Indien und der Geburt meines Sohnes konnte ich direkt wieder bei der LfA einsteigen. Heute leite ich das Team Personalmanagement & -recht. Wir bearbeiten unter anderem Gehaltsabrechnungen und Personalkostenplanung, beschäftigen uns mit der Zeiterfassung, Urlaubsberechnung sowie mit Arbeitsrecht und Regulatorik. An meiner Position gefällt mir besonders gut, Verantwortung für ein abwechslungsreiches Themengebiet zu tragen. Ich bin außerdem Mitglied des LfA-Nachhaltigkeitsteams. Gemeinsam legen wir Ziele zur Unterstützung der Nachhaltigkeit in der LfA fest, die wir im nächsten Jahr umsetzen wollen, und prüfen natürlich auch, ob wir die Vorhaben des vergangenen Jahres erfüllt haben. Da ich beruflich mit dem Thema Nachhaltigkeit so oft in Berührung komme, achte ich auch verstärkt in meinem privaten Umfeld darauf. Ich bin zum Beispiel überzeugte Zugfahrerin.

Fotos: stocky/Cactus Creative Studio; Manuel Nieberle

Robert
Kolb

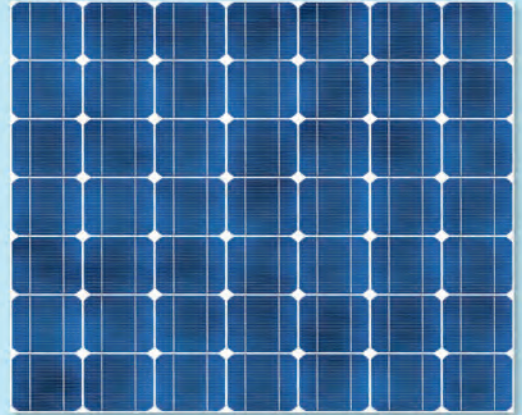
Abteilung
Finanzmärkte

Position
Wertpapierhändler/Mitglied
im LfA-Nachhaltigkeitsteam
Seit 2008 bei der LfA



„Ich wünsche mir ein noch größeres Bewusstsein für das Thema Nachhaltigkeit“

Ich sitze jeden Tag auf dem Rad und fahre seit drei Jahren auch fast ausschließlich mit dem Fahrrad zur Arbeit. Von Gauting, wo ich mit meiner Familie lebe, brauche ich nach München ungefähr eine Stunde. Das klappt sehr gut: Im letzten Jahr habe ich nur wenige Male die Bahn genommen. Weil klar ist, dass sich nicht nur im Privatleben etwas tun muss, bin ich Gründungsmitglied des vor zwei Jahren ins Leben gerufenen LfA-Nachhaltigkeitsteams. Das Team repräsentiert alle Fachbereiche, die laufend mit dem Thema Nachhaltigkeit in Berührung kommen, und ist unter anderem Ideengeber und Koordinator für Optimierungsmaßnahmen. Besonders freut mich, dass wir Ende letzten Jahres die erste Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex veröffentlichen konnten. Bei der LfA bin ich nicht nur für die Nachhaltigkeit zuständig, sondern seit zwölf Jahren auch als Händler in der Abteilung Finanzmärkte tätig und damit mitverantwortlich für die Refinanzierung der LfA. Wir beschaffen die Mittel, die die Kollegen in der Kreditabteilung in Form von Darlehen ausreichen können. Zusätzlich sind wir verantwortlich für die Eigenanlagen der Bank. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass das Bewusstsein für das Thema Nachhaltigkeit weiter zunimmt. Und dass immer mehr Menschen ihr Handeln im Sinne der Nachhaltigkeit hinterfragen.



WIR FÖRDERN RUND UND ECKIG

**TILGUNGSZUSCHUSS
BIS ZU 28,5 % FÜR
INVESTITIONEN IN MEHR
ENERGIEEFFIZIENZ**

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Als Förderbank für Bayern unterstützen wir Unternehmen bei Investitionen in mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie Energieeffizienz. Sparen Sie Energie und Geld – mit zinsgünstigen Darlehen und einem Tilgungszuschuss bis zu 28,5 %. Gerne beraten wir Sie kostenfrei. Tel. 089/21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.





Josef Scherl, Konzern-Bevollmächtigter Deutsche Telekom für Bayern:

„Wir wollen, dass Bayern MAGENTA leuchtet!“

Josef Scherl schwärmt für Bayern. Darum arbeitet er jeden Tag dafür, dass Bayern das beste Festnetz und den besten Mobilfunk erhält. Als Konzern-Bevollmächtigter der Deutschen Telekom ist er der zentrale Ansprechpartner für Gemeinden und Landkreise Bayerns. „Genau genommen für 2056 Gemeinden, 71 Landkreise und 25 kreisfreie Städte“, kommt es wie aus der Pistole geschossen, wenn man den 55-jährigen nach seinem Aufgabengebiet fragt.

Als Gesicht der Telekom ist Scherl Tag um Tag in Bayern unterwegs. Er spricht mit Landräten und Bürgermeistern, diskutiert mit Bürgerinnen und Bürgern über eine bessere Versorgung ihrer Gemeinden mit Mobilfunk und Glasfaser.

Dafür reißt er im Jahr rund 70.000 km ab. Bayern ist groß. „Denn wir wollen, dass ganz Bayern MAGENTA leuchtet“, betont Scherl. Das geht aber natürlich nur in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen des Landes.

Der Diplom-Ingenieur für Elektrotechnik fungiert dabei in etwa wie ein Relais an der Schnittstelle zwischen den Rathäusern und dem Telekom-Konzern. Wenn zum Beispiel eine Schule ans Glasfasernetz soll, kann Scherl den richtigen Ansprechpartner vermitteln. Und wenn es dann doch mal hakt, ist er für Eskalationen zuständig. Sprich: Scherl weiß, welche Schalter er drücken muss, damit es wieder voran geht. „Wenn es von uns eine Zusage gibt, dann achte ich akribisch darauf, dass sie auch eingehalten wird.“



Jeden Tag wächst das Netz der Telekom ein Stück weiter.

Drei Fragen an Josef Scherl, Konzern-Bevollmächtigter der Deutschen Telekom für Bayern

■ Was genau ist ein Konzern-Bevollmächtigter?

Scherl: Viele Kommunen und Landkreise wünschen sich ein Gesicht und einen Namen, den sie mit der Deutschen Telekom in ihrer Region in Verbindung bringen können. Im Vordergrund stehen hier insbesondere Fragen zum Netzausbau und einer flächendeckenden Digitalisierung, um zukunftssichere Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land zu schaffen. Dafür bin ich der Ansprechpartner.

■ Wenn es also ein Problem gibt, wenden sich Bürgermeister und Landräte an Sie?

Scherl: Genau. Sehr gerne stehe ich ihnen persönlich für Fragen im Bereich des Festnetz- und Mobilfunkausbaus der Telekom zu Verfügung. Ebenso bin ich ihr Ansprechpartner bei Problemen und helfe bei Eskalationen in ihrer Region. Und selbstverständlich bin ich auch da, um gemeinsam Digitalisierungs- und Kooperationsansätze zu entwickeln.

■ Das heißt, Sie entscheiden, wenn es irgendwo schwierig wird?

Scherl: Wir können nicht allein entscheiden. Der Ausbau von Festnetz und Mobilfunk ist komplex. Meine Mitarbeiter und ich können aber helfen, die Dinge wieder anzuschieben, wenn es stockt. Unser Ziel ist immer, mit den Kommunen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten. Wir geben uns erst zufrieden, wenn alle dabei sind. Das ist unser Motto und darauf können Sie sich verlassen. ■



Josef Scherl, Konzern-Bevollmächtigter
Deutsche Telekom für Bayern

Wie das geht mit dem Ausbauen von Kommunikationsinfrastruktur, hat Scherl auf die harte Tour gelernt. Anfang der 90-er Jahre war beim sogenannten Aufbau Ost dabei. Es galt, die neuen Länder nach der Wiedervereinigung möglichst schnell mit einem leistungsfähigen Netz zu versorgen. „Seitdem ist mir der Dreiklang aus Planen, Bauen und Betreiben ins Blut übergegangen“, erinnert sich Scherl.

Später war er dann zehn Jahre lang Niederlassungsleiter der Technik-Region Süd mit Sitz in Nürnberg. Dort ist auch heute sein Büro, wo er sich mit drei Kolleginnen und Kollegen um die Anliegen der Kommunen kümmert.

In der nördlichen Oberpfalz in Speinshart ist er mit seiner Familie verwurzelt. Hier engagiert er sich im Privaten genauso wie im Einsatz für die bayerischen Kommunen. „Beim FC Tremmersdorf habe ich wirklich schon alle Rollen gespielt. Vom Spieler, über Trainer bis zum Vorstandsmitglied“, schmunzelt Scherl. ■

Kontaktinformation

Josef Scherl

E-Mail: Josef.Scherl@telekom.de

Telefon 0171 5516413

Der Breitbandausbau in Bayern ist Teamarbeit

Im Team über den Berg

Bund und Freistaat spielen eine wichtige Rolle mit ihren Förderprogrammen. Städte und Gemeinden wissen, dass sie mit leistungsfähigen Netzen ihre Attraktivität steigern. Wirtschaft und Industrie brauchen Breitband für ihre Digitalisierung. Und natürlich steigt auch in den Privathaushalten der Bedarf nach Bandbreite kontinuierlich. Mitten drin steht die Telekom mit ihren Regional-Managern. Sie sorgen dafür, dass im besten Falle alle am gleichen Strang ziehen.

„Wir Regional-Manager im Infrastrukturvertrieb sind die Ansprechpartner für Gemeinden und Städte in Bayern in allen Belangen der Breitbandversorgung und des Breitbandausbaus in den Kommunen“, erläutert Reinhard Brandl. Von Nürnberg aus leitet er ein 25-köpfiges Team, das sich auf 13 Regionen aufgeteilt hat (s. Karte). Die wichtigsten Aufgaben dabei lauten erstens: Kommunen im Rahmen der bestehenden Förderprogramme ein wirtschaftliches Ausbau-Angebot zu unterbreiten. Und zweitens: Nach der Zeichnung eines Kooperationsvertrages auch dafür zu sorgen, dass die fertigen Netze mit Leben erfüllt werden, dass Unternehmen die sich bietenden Chancen nutzen und möglichst viele Bürger gemäß dem Telekom-Anspruch „#dabei“ sind.



Gesichert wie in der Steilwand: Techniker beim Antennenbau.

Tipps von der Telekom:

So kommt der Breitbandausbau besser in Gang

■ Raum:

Das Ausschreibungsgebiet sollte möglichst zusammenhängende Bereiche aufweisen und nicht zu klein sein.

■ Infrastruktur:

Kommunen sollten überdenken, ob sie vorhandene Infrastruktur bereitstellen können und welche Eigenleistung sie übernehmen können.

■ Methoden:

Sie sollten alternative Verlegemethoden erwägen und bei besonders schwierigen Gegebenheiten auch die Nutzung oberirdischer Leitungen nicht ausschließen.

■ Zeit:

Realistische Zeitansätze im Rahmen des Angebotsprozesse und für den Ausbau einplanen. Gerade mit der neuen Förder-Richtlinie ist mit einer hohen Nachfrage nach Ausbaupkapazitäten zu rechnen. ■

Erste Ansprechpartner für Kommunen

Nun ist der Weg durch die Anforderungen der verschiedenen Förderprogramme (s. Kasten) vielleicht nicht so anspruchsvoll wie der Gang über den Jubiläumsglat zur Zugspitze. Aber bis zum Gipfel, sprich: einem top-modernen Breitbandnetz, können die Regional-Manager der Telekom wie erfahrene Bergführer helfen, schwierige Wegpassagen zu bewältigen. Grundsätzlich sind die Regional-Manager der erste Ansprechpartner für Kommunen, wenn diese über die Ausbaupläne der Telekom Bescheid wissen möchten. Zudem bündeln die Regional-Manager vor Ort alle nötigen Maßnahmen bei einem eigenwirtschaftlichen Breitbandausbau der Telekom. Gemeint ist damit etwa der Rollout von Vectoring oder Eigenausbau-Projekte mit FTTH (Glasfaser bis ins Haus, engl. fiber to the home). Sie arbeiten dabei Hand in Hand mit den Kollegen von der Telekom Technik (s. Interview, S. 5).

Auch bei der Versorgung von Neubaugebieten in Eigenregie von Kommunen oder durch Bauträger sind die Regional-Manager erste Ansprechpartner. Sie halten zudem stets Ausschau nach Kooperationsmöglichkeiten mit Stadtwerken oder anderen regionalen Versorgern. Denn klar ist auch: Einen flächendeckenden Ausbau kann die Telekom nicht alleine stemmen.

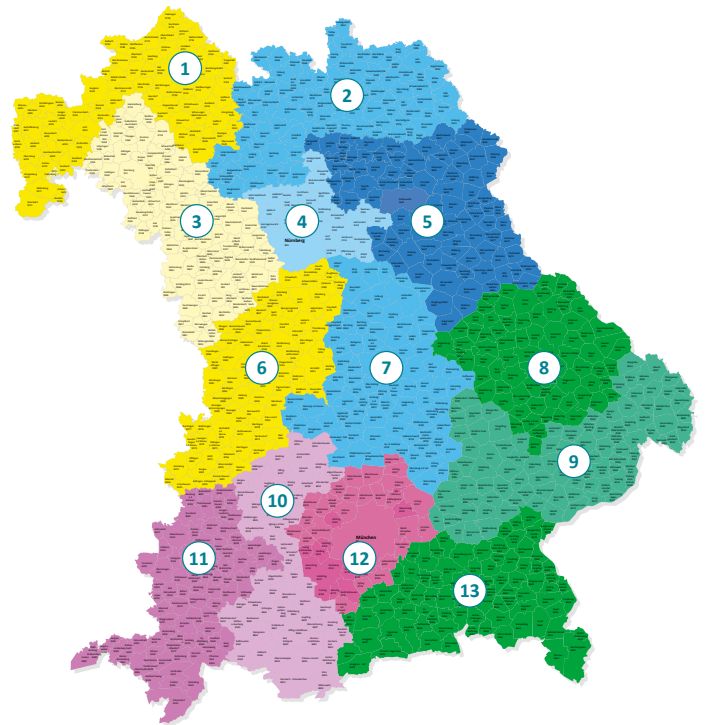
Komplexe Förderung

„Beim Ausbau im Rahmen der Förderprogramme ist es uns ein wichtiges Anliegen, den Kommunen wirtschaftliche Angebote

zu unterbreiten“, erklärte Brandl. „Allerdings, das möchte ich ausdrücklich betonen, haben wir keinerlei Einfluss, wenn es um die Ausschreibungsgestaltung geht“, fügte er hinzu.

Die unterschiedlichen Vorgaben und Regularien der verschiedenen Förderprogramme machen einen Ausbau nicht unbedingt einfacher. Das gilt sowohl für die Kommunen als auch für Netzbetreiber. „Denn unterschiedliche Subventionsmodelle und teils auch technische Vorgaben können schon mal zu Missverständnissen oder falschen Erwartungshaltungen führen. Wenn man nicht eben Experte für den Netzausbau ist, verliert man da schon mal den Überblick“, berichtete Brandl aus seiner täglichen Praxis. Hier helfen die Regional-Manager, Enttäuschungen zu vermeiden. „Wir sind jederzeit für die Kommunen zu erreichen. Und oft klärt ein schneller Anruf mehr als langwieriger Mail-Verkehr“, sagte Brandl.

Was umso reibungsloser funktioniert – und hier sind wir wieder beim Stichwort Teamarbeit – wenn alle Beteiligten motiviert bei der Sache sind und gut zusammenarbeiten. „Wichtig für einen erfolgreichen Breitbandausbau, speziell bei eigenwirtschaftlichen Ausbauvorhaben, ist eine gute Zusammenarbeit und die Bereitschaft der Kommune, das gesamte Vorhaben auch wirklich aktiv zu begleiten“, erläuterte Brandl und fügte hinzu: „Selbstverständlich soll dies im Rahmen der Neutralitätspflicht der Amtsträger passieren.“ Konkret nannte Brandl etwa eine begleitende Kommunikation der Kommune schon vor dem eigentlichen Ausbau. Denn so können sich Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen am Ort frühzeitig über das neue Breitbandnetz informieren und sich gegebenenfalls auf die kommenden Bauarbeiten einstellen.



- | | |
|---------------------------------------|---|
| 1. Wolfgang Neumann
0170 - 7851080 | 8. Markus Münch
0175 - 9303879 |
| 2. Andreas Rudloff
0171 - 1869987 | 9. Erhard Finger
0171 - 3320202 |
| 3. Markus Winter
0171 - 9762280 | 10. Ralf Niepel
0175 - 5831683 |
| 4. Christoph Bernik
0160 - 9632232 | 11. Eduard Hanneder
0171 - 2243390 |
| 5. Enrico Delfino
0151 - 11180800 | 12. Bernhard Multerer
0171 - 5605077 |
| 6. Markus Sand
0151 - 54152502 | 13. Norbert Kreier
0171 - 2246711 |
| 7. Stefan Hanke
171 - 2063780 | |

Schnelle Verbindung: die Regional-Manager der Telekom in Bayern

Förderprogramme:

Bayerische Gigabitrichtlinie

Nach Genehmigung durch die EU-Kommission löst die Richtlinie zur Förderung des Aufbaus von gigabitfähigen Breitbandnetzen im Freistaat Bayern (Bayerische Gigabitrichtlinie) die bisherigen Programme ab. Bereits seit März dieses Jahres können Kommunen in das Verfahren starten. Die Deutsche Telekom hatte sich bereits bei allen Pilotprojekten aktiv durch die Abgabe von Angeboten beteiligt. Die Pilotprojekte laufen in den Gemeinden Kulmbach, Hutthurm, Berching, Ebersberg, Kammerstein und Kleinostheim. Mehr Informationen:

www.schnelles-internet.bayern.de

Richtlinie des Bundes

Die Richtlinie der Bundesregierung zur Förderung zur Unterstützung des Breitbandausbaus in der Bundesrepublik Deutschland hat das Ziel, bis zum Jahr 2025 ein flächendeckendes Gigabit-Netz zu bauen. Mehr Informationen: www.bmvi.de/breitbandausbau ■

Mehr Offenheit und Unterstützung der Kommunen wünschen sich die Regional-Manager der Telekom im Übrigen, wenn es um alternative Verlegemethoden geht und die damit einhergehende Standort- und Wegesicherung. „Wir alle wollen einen schnellen und kosteneffizienten Ausbau“, betonte Brandl, „und dafür gibt es manchmal Besseres als den klassischen Tiefbau.“ (s. Interview mit Technik-Chef Markus Beckmann).

Beispiel Sonthofen

Wenn man Brandl nach einem besonders gelungenen Projekt fragt, fällt ihm sofort Sonthofen ein. „Speziell die dem FTTH-Ausbau vorgeschaltete Nachfragebündelung hat reibungslos funktioniert.“ Denn die Telekom baut in der Regel nur dann eigenwirtschaftlich aus, wenn die Kommune und eine genügende Anzahl von Bürgern und Unternehmen auch bereit für einen derartigen Ausbau sind. „Hier hat der Ausbau insbesondere von der Aufgeschlossenheit der Wohnungswirtschaftsunternehmen vor Ort profitiert“, betonte Brandl. Und: Der Bürgermeister hatte die Breitbanderschließung zur Chefsache gemacht. So war man in Sonthofen besonders zügig über den Berg. ■



Schnell, sauber, günstig: Das so genannte Trenching hat viele Vorteile gegenüber dem klassischen Tiefbau.

Markus Beckmann,
Leiter der Technik-Niederlassung Süd,
im Interview

Optimale Netzplanung



Markus Beckmann,
Leiter der Technik-Niederlassung Süd

„Ich bin ja ein Technik-Freak.“ So beschreibt sich Markus Beckmann selbst. Insofern hat er genau den richtigen Job bei Telekom. Er verantwortet die Netztechnik und den technischen Breitbandausbau in Bayern. Wir sprachen mit ihm aber nicht nur über Netztechnik und Tiefbau, sondern auch über Bomben und Künstliche Intelligenz.

■ Herr Beckmann, alle wollen schnelles Internet und überall mobil telefonieren. Was sind dabei die größten Herausforderungen für Sie?

Richtig, alle wollen ein leistungsfähiges Netz. Deshalb haben wir in ganz Deutschland letztes Jahr über 50.000 km Glasfaser verlegt. Auch hier in Bayern haben wir noch einen hohen Auftragsbestand und die nächsten zwei, drei Jahre noch richtig viel zu tun. Dabei haben wir bereits 90 Prozent der Fläche sehr gut versorgt. Jetzt geht es aber noch buchstäblich zu den letzten Höfen raus. Das ist viel Aufwand, der auch Zeit kostet. Zudem setzen wir den Glasfaserausbau konsequent fort. Nachdem wir die Glasfaser-Leitungen bis in die Straßen hinein verlegt haben, folgt nun der Anschluss der Häuser und Wohnungen. Getreu unserem Motto: Wir sind erst zufrieden, wenn jeder „#dabei“ ist.

■ Dabei sind Sie aber auf eine gute Zusammenarbeit mit den Städten und Gemeinden angewiesen.

Natürlich suchen wir immer die enge Abstimmung mit den Kommunen. Dabei geht es darum, Wege für eine optimale Zusammenarbeit zu finden. Wenn es schon eine Daten-Auto-

bahn gibt, zum Beispiel ein Netz des örtlichen Stromanbieters, hat es keinen Sinn, eine Autobahn daneben zu bauen. Oder wenn Städte die Straßen für Gas und Strom aufreißen, ist es natürlich sinnvoll, gleich Glasfaser mit zu verlegen. Oder wenigstens Leerrohre, die wir als Telekom dann später für unsere Kabel nutzen können. Leider ist es immer sehr unterschiedlich, was den Umfang und die Dauer von Genehmigungen betrifft. Wir brauchen ja Genehmigungen für jede Bautätigkeit – und oftmals nicht nur von der Kommune, sondern auch von privaten Grundstückseignern. Zudem müssen wir Naturschutz und Denkmalschutz berücksichtigen. Hier wünsche ich mir oft schnellere sowie standardisierte Abläufe z.B. durch weitere Digitalisierung der Prozesse.

Was uns teilweise auch noch viel Zeit, und damit Geld, kosten kann, sind potenzielle Kampfmittel aus dem Krieg, auf die wir beim Tiefbau stoßen können. Hier könnten wir mehr Auskünfte und Hinweise der Kommunen gebrauchen, um zusätzliche Sondierungen zu vermeiden. Denn schließlich geht es hier um die Sicherheit unserer Mitarbeiter sowie die der Anwohner.

■ Ist denn das Verlegen von Kabeln im Tiefbau samt Bagger immer noch Stand der Technik?

Natürlich baggern wir immer noch viel, wenn auch heutzutage schon moderner mit neuen Verlegemethoden wie schmalere Schaufeln und weniger tief. Aber es gibt auch noch deutlich elegantere Methoden. Mit dem so genannten Trenching sind wir z.B. viel schneller und günstiger. Wir haben dafür Maschinen, die fräsen einen Schlitz in den Asphalt und verlegen das Kabel quasi in einem Arbeitsgang. Hinterher muss nur ein schmaler Streifen mit neuer Oberfläche wiederhergestellt werden. Fertig. Für Verlegearbeiten in der Stadt oder in Siedlungen ist das super. So bleiben zum Beispiel Hof- und Garagenzufahrten immer nutzbar. Manche Kommunen sind aufgrund der neuen Methoden noch zurückhaltend. Dabei ist es aber wichtig, dass wir als Telekom immer die Gewährleistung übernehmen, egal wie eine Baumaßnahme ausgeführt wird.



Klein, aber stark: Die Trenching-Maschine fräst saubere Furchen in den Asphalt.

Für die letzte Meile auf dem Land können wir Glasfaser auch oberirdisch verlegen, um so viel Strecke mit wenig Aufwand zu realisieren. So ein leichtes Kabel ist für bestehende Telefonmasten kein Problem. Diese Methode ist damit deutlich günstiger. Wir erreichen bei gleichem finanziellen Aufwand deutlich mehr Haushalte und das auch viel schneller. Aber leider, ich muss das so deutlich sagen, wollen viele Kommunen lieber gleich die perfekte Lösung, was den Netzausbau teurer und langsamer macht. Besser wäre es z.B. mit einer oberirdischen Verlegung zu starten und dann bei den nächsten Straßenarbeiten mit deutlich weniger Aufwand und Belastung für die Bewohner die Verlegung unterirdisch nachzuziehen.

■ Was unterscheidet den Ausbau in den Alpen von dem im Donautal?

Natürlich spielen geologische Faktoren eine Rolle. Aber die größere Herausforderung für uns sind weitläufige Gebiete wie das Allgäu oder das Land rund um Rosenheim. Hier sind die Wege unter Umständen weit. Auch für unsere Service-Techniker.

■ Sie sprachen schon die Kosten an. Wie lassen sich diese senken?

Der Tiefbau ist der größte Faktor. Ein Kilometer kann je nach Oberfläche über 100.000€ kosten. Hier steckt viel Optimierungspotential. Zusammen mit unseren Partnerfirmen will ich intelligentere Lösungen finden. Mir kommt da zu wenig Innovation, zu wenig Effizienz. Die Digitalisierung und Automatisierung ist sicherlich ein Hebel, den wir nutzen könnten. Wir arbeiten selbst ständig an der Optimierung unserer Netzplanung. Ganz real ist zum Beispiel schon der Einsatz von Künstlicher Intelligenz zur Erkennung von Oberflächen und der Umgebung, um so die günstigste Verlegung unserer Glasfasern zu identifizieren.

■ Das klingt so, als hätte sich das Berufsbild des Netztechnikers erheblich gewandelt.

Die Technik-Niederlassung Süd hat alles in allem rund 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir arbeiten hier auf einem sehr dynamischen Gebiet. Die Technik entwickelt sich ständig weiter, sowohl in der Festnetztechnik als auch im Mobilfunk. Denken Sie an den neuen Mobilfunkstandard 5G. Künstliche Intelligenz setzen wir für die Netzplanung bereits ein. Die Technik-Niederlassung Süd hat dabei die bundesweite Projektverantwortung übernommen, um mit Kamera-Fahrzeugen alle denkbaren Verlegetrassen abzufahren und dabei den Untergrund und die Umgebung automatisch zu analysieren.

Die KI kann dabei erkennen, ob es sich um Kopfsteinpflaster oder eine Wiese handelt. Denn sie können sich denken, dass es für unsere Netzplaner ein Unterschied ist, ob sie Kabel hier oder dort verlegen müssen. Die KI macht aber natürlich auch Passanten und Informationen wie Autokennzeichen sofort unkenntlich. So erfüllen wir jederzeit alle Anforderungen des Datenschutzes. Wir bilden unsere Fachkräfte übrigens in der Regel stets selbst aus. Dabei testen wir neuerdings auch Datenbrillen mit so genannter Augmented Reality. Das heißt, wenn ein junger Techniker an einem Vorhaben arbeitet, werden ihm in seiner Brille z.B. Montagehinweise eingeblendet. Oder ein erfahrener Kollege, der gerade ganz woanders ist, kann ihm bei Bedarf sozusagen über die Schulter schauen und hilfreiche Tipps geben. ■

IMPRESSUM

Sonderbeilage Nr. 19|2020 der Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Frank Leibiger
 Gestaltung: Britta Eriskat
 Fotos: Deutsche Telekom,
 Titelseite: FC Bayern München
 Verantwortlich: Constanze von Hassel
 Anzeigenleitung: Monika Steer
 Druck: Creo-Druck, Bamberg

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
 Postfach 825, 82533 Geretsried
 Telefon 08171 / 9307-11, Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de, info@gemeindezeitung.de

Mobil vor Ort

Wenn es um den Mobilfunk in Bayern geht, sind sie genau die richtigen Ansprechpartner: die Kommunalbeauftragten der Telekom. Aufgeteilt in drei Regionen (s. Karte) kümmern sie sich um alle Fragen, die rund um den Mobilfunk entstehen. Sie stehen dafür ein, dass der Bayerische Mobilfunkpakt tatsächlich gelebt wird.

Jennifer Pohl ist zuständig für den Norden, die Mitte verantwortet Christian Blenk und um den Süden kümmert sich Frank-Peter Käßler. Ein großer Teil ihrer Arbeit besteht darin, Menschen in persönlichen Gesprächen zu überzeugen. Gespräche mit Bürgermeistern, Gemeinderäten, Diskussionen in Bürgerversammlungen sind entscheidende Teile des sogenannten „kommunalen Dialogs“. Sucht die Telekom einen neuen Standort für eine Mobilfunkanlage, führt ihr erster Schritt zu den Kommunen. Das ist so im Gesetz (26. Bundesimmissionsschutzverordnung) verankert und durch eine freiwillige Selbstverpflichtung mit den kommunalen Spitzenverbänden (mit Ausnahme des Städtetags) zusätzlich vereinbart. Die Kommune muss als erstes gefragt werden. Die Telekom übermittelt einen so genannten Suchkreis, innerhalb dessen ein Standort in Frage kommt. Denn ohne die Rückenbedeckung der Kommune ist die Standortsuche noch schwieriger. Das ist für die Kommunalbeauftragten tägliche Erfahrung.

Mit offenem Visier auf heißem Pflaster unterwegs

Erst recht in diesen Tagen, in denen Verschwörungstheoretiker die neuste Mobilfunktechnik 5G für die Verbreitung des Corona-Virus verantwortlich machen. Es ist das größte Anliegen der Telekom, die Diskussion zu versachlichen. Und das gelingt am besten in persönlichen Gesprächen. Die Themen bleiben zwar zunächst die gleichen: Es geht um Technik, wie Funknetzplanung, Mastaufbau, Antennen. Es geht um rechtliche Aspekte, wie Frequenzauflagen und Grenzwerte. Vor allem die immer wieder diskutierten Aspekte rund um das Thema Mobilfunk und Gesundheit bestimmen die Veranstaltungen vor Ort. Aber jede Kommune hat ihre Eigenheiten. Darauf gehen die Kommunalbeauftragten bestmöglich ein. Die Lage vor Ort zu kennen, hilft enorm und die meisten Bürger honorieren es, wenn sich Telekom-Vertreter selbst auf heißem Pflaster in Auge der Diskussion mit Bürgerinitiativen stellen. Deshalb ist es der Telekom besonders wichtig, dass die Kommunen einen zentralen Ansprechpartner haben, für alles, was mit dem Thema Mobilfunk zu tun hat.

Rund 98 Prozent Bayerns sind mit der aktuellen Mobilfunk-Technik LTE (4G) erschlossen. Heißt im Umkehrschluss: Zwei Prozent der Fläche sind nicht versorgt. Aber es gilt nicht nur, diese Lücken zu füllen. Vielmehr steht über den LTE-Ausbau hinaus 5G, die nächste Generation im Mobilfunk in den Startlöchern – und zwar nicht nur in Bayern, sondern in ganz



Die drei Regionen der Kommunalbeauftragten der Telekom Jennifer Pohl, Frank-Peter Käßler und Christian Blenk (Bild re.).

Deutschland. Mit der Umwidmung von bestehenden Frequenzbändern (um 2,1 Megahertz) ist 5G bereits in Bayern angekommen. Doch ausgerechnet hier, wo man sich in Sachen Digitalisierung an der Spitze aller Länder in Deutschland sieht, ist für den Mobilfunkausbau oft ein schwieriges Terrain. Ein hoher Anteil aller Eskalationsfälle kommen aus Bayern. Aus Kommunen, in denen der Widerstand der Bevölkerung besonders stark ist. Oder die Standortsuche wegen der topografischen Verhältnisse und der Nähe zu den Grenzen der Schweiz, Österreich oder Tschechien oftmals schwierig ist. Hinweise auf die funktechnische Eignung, Grenzaufgaben oder die teure Anbindung von mobilfunktechnischen Anlagen werden gerne in der Diskussion vom Tisch gewischt. Dabei zeigt die Corona-Pandemie zur Zeit in aller Dringlichkeit, wie wichtig eine gute Mobilfunkversorgung im ganzen Freistaat ist. ■

Die Kontaktinfos der Kommunalbeauftragten:

E-Mail: Bayern.Mobilfunk@telekom.de
 Jennifer Pohl, 0151 24234473
 Christian Blenk 0151 2124 7682
 Frank-Peter Käßler, 0170 2225333

„Die Jungen werden ein schlechtes Netz nicht akzeptieren“

Am Telefon mit Jennifer Pohl, Kommunalbeauftragte für das nördliche Bayern



Jennifer Pohl

■ Frau Pohl, die Mobilfunkversorgung der nächsten Generation 5G ist für die Telekom eine Herzenssache. Für einige Menschen aber ein absolutes Reizthema. Wo liegen für Sie als Kommunalbeauftragte die größten Herausforderungen?

Wir verspüren in der Tat viel Gegenwind beim Thema 5G. Da gibt es Befindlichkeiten in den Kommunen, die sachlich nicht begründbar sind. Oft in Kombination mit fehlendem Vertrauen in die bestehenden Grenzwerte für den Mobilfunk und fehlendem Verständnis für die Technik. Leider kursieren auch schlicht falsche Informationen über die neue Mobilfunkgeneration. So kommt es zu einer verzerrten Wahrnehmung dieses für unser aller Zukunft so wichtigen Themas.

■ Das müssen Sie bitte erklären.

Zunächst einmal: Der Mobilfunkausbau bezieht sich nicht nur auf 5G. Auch LTE wird weiter ausgebaut. 5G ist nicht an hohe Frequenzen über 2,5 GHz gebunden. Wir können 5G auf jeder Frequenz in unserem Repertoire laufen lassen. Das ist auch gut so, denn aus funktechnischer Sicht stellt der ländliche Bereich andere Anforderungen als der städtische Bereich. Daher muss ich in ländlichen Regionen Frequenzen einsetzen, die eine hohe Reichweite haben, allerdings weniger Datendurchsatz. In der Stadt haben wir viele Nutzer und ohnehin ein engmaschigeres Netz. Das gibt uns als Betreiber die Option, die 2019 ersteigerten höheren Frequenzen einzusetzen. Denn diese geben den Nutzern eine hohe Bandbreite. Am Land hingegen machen hohe Frequenzen mit geringer Reichweite wenig Sinn, weil ihre räumliche Abdeckung zu gering wäre.

■ Nichtsdestotrotz sorgen sich viele Menschen um die Grenzwerte.

Wir haben in Deutschland für alles Grenzwerte, die von den zuständigen Behörden auf Basis der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse festgelegt werden. Zum Beispiel für Wasser. Aber niemand stellt diese Grenzwerte in Frage. Beim Mobilfunk hingegen schon. Um es hier mit aller Deutlichkeit zu sagen: Auch für den neuen Mobilfunkstandard gelten die von den Behörden festgelegten Grenzwerte. Das gilt selbstverständlich auch für die letztes Jahr ersteigerten Frequenzen 3.400 MHz bis 3.600 MHz.

■ Das gilt auch für höhere Frequenzen?

Auch für die deutlich höheren Frequenzen im Bereich 26 oder 28 GHz gibt es geltende Grenzwerte und es gilt das gleiche Schutzkonzept. Das BfS sieht hier allerdings noch Forschungsbedarf, um die bestehende Forschungsgrundlage abzusichern. Aber: Diese Bänder stehen weder zur Versteigerung an, noch kommen sie aktuell zum Einsatz! Diese hohen Frequenzen werden aufgrund der geringen Reichweiten eher für industrielle Anwendungen interessant sein, nicht für den alltäglichen Mobilfunk.

■ Viele Menschen sorgen sich auch wegen der vielen Masten, die für 5G errichtet werden müssen ...

Auch das ist nicht ganz richtig. Wir bauen im Mobilfunk LTE und 5G aus, um dem Bedarf der Nutzer gerecht zu werden. Wir sehen ja täglich den Bedarf in unseren Netzen. Im Grunde sind die Nutzer die Architekten unseres Mobilfunknetzes. Deswegen bauen wir neue Standorte dort, wo es noch Versorgungslücken gibt, und deswegen rüsten wir bestehende Standorte mit der viel leistungsfähigeren 5G-Technik auf, um Kapazitätsengpässe zu schließen. Auf keinen Fall entsteht aber „ein Wald neuer Antennen“. Das ist absurd.

■ Wenn Sie einen Wunsch frei hätten, was würden Sie sich von den Kommunen wünschen?

Tatsächlich habe ich sogar drei Wünsche. Erstens: Die bayerischen Kommunen sollten die Chance zur Mitwirkung bei neuen Standorten unbedingt wahrnehmen. Und sie sollten ihre Bürger und Bürgerinnen rechtzeitig über einen Ausbau informieren, etwa über den Gemeinderat oder eine Mitteilung im Amtsblatt. Zweitens: Standfestigkeit. Leider erleben wir zu häufig, dass ein Ausbaubeschluss wieder in Frage gestellt wird, wenn wir schon beim konkreten Bauantrag sind. Es kostet Zeit, Energie und letztlich auch viel Geld, wenn es in dieser Phase zu Verzögerungen kommt. Und drittens: An die Zukunft denken. Landräte, Stadträte und Bürgermeister müssen an die heranwachsende Generation denken, aber auch an die örtliche Wirtschaft, die den Mobilfunk braucht. Ich bin 25, für mich ist Leben und Arbeiten ohne mobiles Internet gar nicht mehr denkbar. Unsere Kinder und Jugendlichen gewöhnen sich gerade ans digitale Lernen. Und wenn sie dann irgendwann im Job sind, werden sie ein schlechtes Netz nicht mehr akzeptieren. ■

Weitere Informationen

- Deutsche Telekom – Informationen zu Mobilfunk und Gesundheit:
www.telekom.com/mobilfunk-und-gesundheit
- Bundesamt für Strahlenschutz:
http://www.bfs.de/DE/themen/emf/mobilfunk/mobilfunk_node